

Er scheint täglich außer Montags. Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 3.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisklasse für 1896 unter Nr. 7277.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 3. November 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Bismarck's Enthüllungen.

Der Herzog von Lauenburg will sich nicht zufrieden geben, und er hat von seinem Standpunkte aus völlig recht. Fühlt er sich doch vollständig immun, weiß er doch, daß die Regierung, und zwar sowohl die für die auswärtige Politik verantwortlichen Staatsmänner, Hohenlohe und Marschall, wie der für unsere Justiz verantwortliche Schönstedt nicht wagen und nicht wagen werden, das zu thun, was Bismarck gegen jeden, der ebenso wie nun er selbst gehandelt hat, unweigerlich gethan hätte. Sie werden gegen den Herzog von Lauenburg kein gerichtliches Verfahren einleiten, sie werden ihn nicht in Untersuchungshaft nehmen, sie werden keine Haussuchung bei ihm vornehmen lassen, ja sie werden nicht einmal gegen die „Hamb. Nachrichten“ mit einem Beschloß vorgehen. Die ganze Politik unserer verantwortlichen Staatsleiter besteht dem Herzog von Lauenburg gegenüber in der Beobachtung äußerster Vorsicht; sie wollen ihn nicht reizen, damit er nicht noch mehr aus der Schule plaudere. Wer die Rücksichtslosigkeit des nun an Kaiserwahn sinn krankenden Junkers kennt, weiß freilich, daß ihm nur die eiserne Faust, niemals aber der Samthandschuh imponirt. Und deshalb wird er weiter reizen, weiter stacheln, auf seinem durch die Nichtverfolgung scheinbar statuirten Rechte weiterbauen und die Hohenlohe, Marschall u. als die von ihm Angeklagten behandeln.

So ist es begreiflich, daß die „Hamb. Nachr.“ in ihrem neuesten „Zum russischen Vertrage“ überschriebenen Artikel ruhig schreiben dürfen: „Außerdem sind wir, solange wir die Befehle nicht verlegen, niemanden für den Gebrauch verantwortlich, den wir von unserer verfassungsmäßigen Freiheit, unsere Ansicht durch Wort und Schrift auszuspochen, gemacht haben.“

Und dies, obgleich niemand bezweifelt, daß die Indiskretionen Bismarck's ein von dem Strafgesetzbuche mit hoher Strafe bedrohtes Vergehen sind.

Und weiter schreiben die „Hamburger Nachrichten“: „Wir sind zu der ganzen Besprechung dieser Verhältnisse, außer anderen Zwecken, über die wir niemanden Anstand schuldig sind, äußerlich durch die fortgesetzte Unsichtbarkeit veranlaßt worden, die von der liberalen Presse nicht ohne Beihilfe der offiziellen in der Richtung betrieben wird, die Regierung Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers unehelicherweise für alle Uebel verantwortlich zu machen, über die jetzt nach verschiedenen Seiten hin gellagt wird, namentlich aber für den Abbruch der früheren günstigen Beziehungen zu Rußland, der die europäische Stellung des Deutschen Reiches sicher nicht bester.“

Daß die liberalen Presse, die stets voller Bewunderung für Bismarck's auswärtige Politik war, ihn zu seinen Indiskretionen veranlaßt habe, ist eine der bekannten Fechterkunststücke Bismarck's, die zu bekannt sind, um noch eine Wirkung auszuüben.

Der „Reichs-Anzeiger“ antwortet heute wieder, aber nichts, was man auch ohne seine Bemühungen nicht schon längst wüßte. Er schreibt:

Die Frage, von welchem Zeitpunkt an geheime diplomatische Vorgänge den Charakter von Staatsgeheimnissen verlieren, kann ausschließlich von leitenden Staatsmännern auf Grund ihrer Verantwortlichkeit und ihrer besonderen Kenntniß der politischen Lage entschieden werden. Jede Abweichung von diesem Grundsatz würde die auswärtige Politik Ueberraschungen und Erschütterungen aussetzen und damit das Staatsinteresse gefährden. Hat Deutschland bedingungslos die Zusage erteilt, sowohl die Thatsache wie den Inhalt der vor 1890 mit Rußland geführten Verhandlungen geheim zu halten, so danert diese Verpflichtung für alle, die darum wissen, auch heute noch unverändert fort. Damit entfällt auch die Möglichkeit, auf den sachlichen Inhalt jener Verhandlungen einzugehen.

Das Organ der in Bismarck-Verehrung sich sonst niemals Genüge thnenden badiischen Regierung, die „Karlsruher Zeitung“, wagt schon eher ein kräftiges Wortlein; sie spricht von dem geradezu deprimirenden Eindruck, den das Hamburger Sprenggeschloß in den dreibundfreundlichen Kreisen Oesterreich-Ungarns hervorgerufen und der, darüber dürfe man sich nicht täuschen, den slavischen Gegnern des Deutschthums die Waffen schärfen werde.

Der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ schreibt zum Artikel der „Hamb. Nachr.“ u. a.: Dieser Artikel, ebenso wie der erste Artikel rühren, wie wir nämlich nun zufällig ganz genau wissen, direkt von Bismarck her. Alle Vermuthungen über eine Provenienz aus zweiter oder dritter Hand sind ganz hinfällig.

Daß in Rußland das Liebeswerben Bismarck's auf keine Gegenliebe stößt, beweist die Haltung der russischen Presse; so schreibt, um nur ein Beispiel anzuführen, der „Swjet“:

Der hochbetagte Kanzler hat von neuem in ungewöhnlicher Weise Schiffbruch gelitten. Seine Politik des Eisens und des Blutes, des Verrathes und Treubruches erweist in niemandem den Wunsch, ihr nochmals zu folgen. Außerst schmerzlich ist der Anblick eines Staatsmannes, der sich in so hohem Grade überlebt hat. Man kann nur nicht sagen, daß das unverdient sei! . . .

Die „Opinione“, das anerkannt, offiziöse Organ des italienischen Ministerpräsidenten, sagt in seiner Besprechung der „Enthüllungen“ der „Hamburger Nachrichten“:

Indem Deutschland ein Abkommen mit Rußland abzuschließen strebte, (wie man versichert, daß es gethan hat) war es für seine eigenen Ziele und seine eigene Sicherheit thätig, wodurch nicht ausgeschlossen ist, daß es auch dem Dreibund einen Dienst erwies, indem es die Kriegsgefahr immer mehr entfernte. Wir haben daher keinen Anlaß, uns über die „Enthüllungen“ zu beklagen, da der Dreibund vor allem den Frieden besuchte und bezweckt, und ihn um so besser sichert, je herzlicher die Beziehungen der verbündeten Staaten zu anderen Mächten sind. Die Mittheilungen der „Hamburger Nachrichten“ und die daran anschließende Polemik bilden zugleich einen leuchtenden Beweis nicht allein der inneren

Vortrefflichkeit, sondern auch der Loyalität der von dem Ministerpräsidenten di Rudini bekräftigt verfolgten auswärtigen Politik. Jene Mittheilungen beweisen, daß die gegenwärtige Regierung Italiens nicht Unrecht hatte und nicht Unrecht hat, indem sie die Beziehungen Italiens zu Frankreich und Rußland zu besserer Freieit. Zudem sie so handelt, thut sie nicht mehr und nicht weniger, als was Deutschland und Oesterreich gethan haben, wie es der durchaus friedliche Charakter des Dreibundes anrath.

Das heißt mit anderen Worten, ginge es nach Bismarck und di Rudini, so wäre Oesterreich-Ungarn vollständig isolirt und würde für dieses Glied des Dreibundes der ganze Allianzvertrag keinen Schuß Pulver werth sein.

In Italien ist man über diese — Offenheit di Rudini's erstaunt, man hofft, daß die „Opinione“ offiziell desavouirt wird. Dies ist aber nicht geschehen.

Vielleicht ist diese Erklärung di Rudini's, diese Klärung über die italienische Politik, der größte Nutzen der von Bismarck erzwungenen Erörterungen.

Wollte Bismarck die vollständige Auslosigkeit des Dreibundes klarlegen, er hätte nicht besser agiren können.

Der Zweibund steht heute mächtiger da als je, der Dreibund gehört bald nur noch der Geschichte und den Akten an, um ein bismarckisches Wort zu gebrauchen. Schiffbruch der Diplomatie! —

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

Bryan oder Mac Kinley, Silber oder „gesundes“ Geld — der Entscheidungslampf wird am heutigen Dienstag endlich zum Austrag kommen.

Selten hat eine Präsidentenwahl so tiefe Furchen im öffentlichen Leben Amerikas gezogen. Alles, was eine bedrängte und untergehende Mittelstandsschicht geistig kennzeichnet: lähmende Furcht vor der nächsten Gegenwart und ausschweifende Hoffnungen auf die erwartete große Zukunftswende, verborgener Haß gegen die übermächtigen kapitalistischen Glückspilze und mystischer Glanz an die Wundermittel und Wundermänner, denen augenblicklich gerade die Gunst der Umstände lächelt — das alles ist mit ungeahnter Stärke in der Farmeragitation zum Ausbruch gelangt. Aber Glanz und Furcht sind unberechenbare Faktoren. Das Steigen der Getreidepreise kann Zehntausende, die in der Verzweiflung alles zu wagen bereit waren, noch in letzter Stunde zurückhalten, den Sprung in das Dunkel der freien Silberprägung mitzumachen. Jeder Schätzung des Wahlausfalles sind somit die festen Grundlagen entzogen. Geseien weltete man auf Mac Kinley, heute sollen wieder die Aussichten Bryan's gestiegen sein.

Sicher scheint zunächst nur, daß der Osten mit seiner Industrie, seinen Handels- und Gläubigerinteressen einmüthig für Mac Kinley stimmen wird. Die Industrie in erster Linie wegen des Zollschnells, die Handels- und Finanzwelt wegen des vollwerthigen und international allein verwendbaren Goldes. Die östlichen Staaten — Maine, New-Hampshire,

meine Belohnung fordern. Wird sie verweigert, so kann die Hand, die das Gefängniß öffnete, es auch wieder schließen.“

Diese Gedanken beschäftigten den Kardinal noch in seinem Palast, als ihn plötzlich der Papst zu sich rufen ließ.

Der päpstliche Palast zeigte nicht mehr den prächtigen, aber anmuthigen Luxus Clemens VI., und der satirische Kardinal lächelte über die stille Ruhe in den Vorzimmern. „Er denkt, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen, dieser arme Vimosiner“, murmelte Albornoz, und erreichte doch nichts damit, als daß der geringste Bischof ihn in Schatten stellt. Er erniedrigt sich selbst und bildet sich ein, diese Erniedrigung werde ansteckend sein.“

Seine Heiligkeit sah vor einem kleinen mit Papieren bedeckten Tisch. Das Zimmer war mit einfachem Hausgeräth versehen, und in einer kleinen Vertiefung neben dem Fenster stand ein elfenbeineres Kreuzifix. Unter demselben sah man den Todtentopf und die kreuzweise gelegten Todtengebirne, welche Symbole damals vielen Mönchen zu ähnlichen Biedernden dienten, wie früher den Alten, nämlich als Memento's der Kürze des menschlichen Lebens und folglich als Anregung, es zu genießen. Auf der Erde lag eine Karte des päpstlichen Gebietes, auf der besonders die festen Orte und Castelle genau angegeben waren. Der Papst nickte freundlich mit dem Kopf, als der Kardinal eintrat. „Mein Sohn“, sagte er, „Du wirst es Dir kaum denken können, daß nach unserer langen Unterredung an diesem Morgen neue Sorgen so bald Deines Rathes uns wieder bedürftig machen würden. Wahrlich, der Dornenkranz sticht scharf unter der dreifachen Krone, und ich sehne mich oft nach meinem ruhigen Leben, wie ich es als Professor in Toulouse gewohnt war. Mein jetziges Leben ist voll Arbeit und Sorgen.“

„Gott mäht den Wind für das geschorene Lamm.“ bemerkte der Kardinal mit frommem und mitleidigem Ernst. (Fortsetzung folgt.)

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Drittes Kapitel. Heilige Männer — weise Beratungen — gerechte Beschlüsse und eigenmächtige Beweggründe.

So sehr auch der tapfere Kardinal durch die Schönheit, und fast eben so sehr durch den hochstrebenden Geist der Signora Cesarini bezaubert worden, so war doch die Liebe keine so überwiegende Leidenschaft in ihm, als jener Ehrgeiz, in allen Plänen des thätigen Lebens den vollkommensten Erfolg zu gewinnen, der bisher seinen Charakter und seine Laufbahn ausgezeichnet hatte. Zudem er, als er die Signora verließ, über ihren Wunsch für die Wiedereinführung des römischen Tribunen nachdachte, überfah sein erfahrener und tiefer Geist schnell die Vortheile, welche für seine eigenen politischen Absichten daraus hervorgehen konnten. Wir haben bereits gesehen, daß der neue Papst das Gebiet der Kirche, welches dem heiligen Stuhl entriffen worden war, ihm wieder einzuverleiben strebte. Um dieses zu bewirken, war bereits eine kleine Heeresmacht aufgegeben und der Kardinal im geheimen zu deren Anführer ernannt worden. Diese Streitkräfte genügte jedoch keineswegs für die Unternehmung, und Albornoz wurde auf die moralische Kraft der Sache selbst angewiesen, indem er hoffen mußte, auf seinem Marsche durch die italienischen Staaten viele Freiwillige dem Zuge sich anschließen zu sehen. Die wunderbare Erhebung Rienzi's hatte einen außerordentlichen Enthusiasmus zu seinen Gunsten in allen freien Staaten Italiens erweckt, und dieser war noch mehr durch die einflußreiche Beredsamkeit Petrarca's erhöht worden, welcher, zu jener Zeit über eine größere Macht gebietend, als deren früher oder später ein einzelner literarischer Mann sich rühmen konnte, alle seine Geisteskräfte der Sache des römischen Tribunen gewidmet hatte. Ein solcher Begleiter, als Rienzi, müsse außerordent-

liche Anziehungskraft für die Jugend und die unternehmendsten Männer Italiens besitzen. Wenn er, der Kardinal, sich Rom näherte, konnte er dann selbst beurtheilen, in wiefern es rathsam sein möchte, Rienzi als einen Stellvertreter der päpstlichen Macht wieder einzusetzen, und während der Zeit konnte der Einfluß des Römers dazu benutzt werden, die widerwärtigen Patrioten in Schrecken zu erhalten, oder das Volk zu versöhnen. Auf der anderen Seite war der Kardinal klug genug, einzusehen, daß Rienzi's jegliche Gefangenschaft durchaus keinen Vortheil darbieten könne. Mit jedem Monat erregte sie tiefere und allgemeinere Theilnahme, und die Blicke aller Republikaner Italiens waren nach seinem einsamen Kerker gerichtet. Die Literatur hatte ihre neue, und vielleicht gerade deshalb so ungemein einflußreiche Macht mit seiner Sache verbunden, und der Papst durfte es nicht wagen, ihn zu richten, mußte aber das gehässige Amt eines Gefangenenwärters sich zum Vorwurf machen lassen. Ein volkstümlicher Gefangener, sagte der kluge Kardinal bei sich selbst, ist der gefährlichste aller Gäste. Befreit ihn und macht ihn Euch zum Anhänger oder vernichtet ihn als Euren Feind! In diesem Falle sehe ich keine andere Wahl, als Befreiung oder den Dolch! In solchen Bemerkungen trennte jener tief in dem Machiavellismus der Zeit erfahrene Mann den Liebenden von dem Politiker. Als er dem ersten Charakter sich wieder hingab, fühlte er unangenehme Ahnungen wegen der lebhaften Theilnahme, die seine Geliebte für den Gefangenen an den Tag legte. Er war zwar geneigt, irgend eine patriotische Phantastie, oder auch die Absicht der Rache in dem Benehmen der Cesarini voranzusehen, und ihr eruster und stolzer Charakter begünstigte diese Ansicht; aber er konnte sich nicht des eifersüchtigen Vorgeföhls eines anderen und verborgenen Beweggrundes erwehren, der seine Eitelkeit verletzete und seine Liebe beunruhigte.

Vermont, Massachusetts, Rhode-Island, Connecticut, New-York, New-Jersey, Pennsylvania, Maryland und Delaware — stellen jedoch erst 128 von 447 Wählern (Wahlmännern), die zur Präsidentschaftswahl berufen sind. Es fehlen also fast 100 Stimmen zur absoluten Mehrheit, die hier entscheidet.

Aus dem Süden wird allem Anschein nach Mac Kinley feinerer Unterstützung zu erwarten haben. Die Industrie ist hier zwar im Vordringen, ausschlaggebend ist jedoch das Farmer-element, das freien Handel für seinen Export, in erster Linie an Baumwolle, wünscht und das, vom Zucker und den großen kapitalistischen Gesellschaften bedrückt, den Osten heute ebenso heftig haßt, wie es zur Zeit die Sklavhalter thaten. Selbst die Negerbewölkerung, die früher durch ihren Gegensatz gegen die freihändlerischen Plantagenbesitzer immer in die Arme der Republikaner getrieben wurde, ist heute in ihren führenden Köpfen durch die gemeinsame agrarische Noth den Demokraten näher gerückt, soweit sie politisch nicht ganz indifferent oder ganz eingeschüchert ist. Nur die Zuckerrohrpflanzer sehnen sich nach den Fleischhauern der Mac Kinley'schen Schutzolläre zurück; indes hat die demokratische Verwaltung mit ihrer differentiellen Behandlung der Ländereien mit Zuckerprämien auch nicht alle Drähte nach dieser Seite abgeknippt. Man darf demnach wohl der fast allgemeinen Annahme beistimmen, daß im Süden — Virginia, Nord-Carolina, Süd-Carolina, Georgia, Florida, Alabama, Louisiana, Texas, Mississippi, Tennessee, Arkansas und Missouri — die 129 Stimmen für Bryan gutgeschrieben sind.

Soweit gleichen sich die Ansichten der beiden Kandidaten wie ein Ei dem anderen. Die eigentliche Entscheidung fällt somit in den Westen und die angrenzenden Mittelstaaten. Wir verzichten darauf, die Leser noch vor Thoreschluß auf die verschlungenen Pfade der hier gemachten Wahrscheinlichkeitsrechnungen zu führen. Die sicheren Ziffern werden zum Teil morgen bereits vorliegen. Es genügt, zu ihrem Verständnis die sich bekämpfenden Interessengruppen nochmals kurz zu charakterisieren.

Schutzolleneigungen spielen im Westen natürlich eine untergeordnete Rolle, weil alles vom landwirtschaftlichen Export lebt; gegen die kanadische Konkurrenz werden zwar öfter Drohungen laut, aber wohl mehr, um Kanada zum wirtschaftlichen Anschluß an die Vereinigten Staaten mürbe zu machen. Bestimmend für den Ausfall der Wahlen ist hier demnach die Silberfrage und der dahinter sich verbergende und damit verquickte Gegensatz gegen das mobile Kapital und die „Kompagnien“ im Osten und jenseits des Meeres. Die Bergwerksdistrikte sind für Silber; der verfallene Grundbesitz ist für Rückzahlung der Schulden in verfallenen Geld. Die mächtigen Eisenbahnen hingegen und die sonstigen Verkehrsvereinigungen sind fast alle für Gold, weil ihre Verpflichtungen an das Ausland meist auf Gold lauten und weil voraussichtlich ihre Zins-einnahmen später nicht herab zu sinken werden, wie es entsprechend dem Geldverlusten geschehen müßte. Wer an den ungenügend verbreiteten Lebensversicherungs-Gesellschaften, Baugenossenschaften und ähnlichen Unternehmungen beteiligt ist, wird auf Gold, für das Gold zu stimmen, weil er sonst später zwar die zugesicherten Renten und Kapitalien in der bestimmten Summe, jedoch nur in schlechtem Silber und damit mit der halben Kaufkraft erhalten würde. Die Lohnarbeiter werden selbstverständlich ganz wie bei uns zum Schutze des kaufkräftigen Goldes aufgerufen, weil sie steigende Preise nicht durch allgemeine Lohn erhöhungen weitmachen können und so in ihrer Lebenshaltung zurückgeworfen würden.

Gerade das Arbeiter-element ist indes im Westen sehr wenig geneigt, mit dem Großkapital im Osten an einem Strang zu ziehen. Wir halten das Eintreten für die Demokraten und Populisten für kurzfristig und auch unsere parteigebirgischen Blätter in Amerika kämpfen energisch für eine unabhängige Politik, für Charles S. Mac Keith als Präsident und Mathew Maguire als Vizepräsident. So wertvoll dieses Sondervergehen für die Belebung der sozialistischen Agitation zweifellos gewesen ist, für das Wahlergebnis ist es von geringer Bedeutung. Die Neigung der lohnarbeitenden Massen zu den „Silberiten“ ist auch durchaus erklärlich. In den Bergwerksdistrikten wird die ganze Wirtschaftslage auf das direkteste vom Silberabfahle beeinflusst. In den überwiegend landwirtschaftlichen Gebieten hängt Aufschwung oder Zusammenbruch vom Gedeihen der Farmer ab. Die noch am besten organisierten Arbeiter des Westens, die der Eisenbahnen, haben in den letzten Jahren Schulte an Schulter mit den Populisten geschritten, die jetzt das treibende Element in der demokratischen Bewegung sind. Der Gouverneur Altgeld von Illinois, heute der Mittelpunkt der Bryan'schen Agitation im Westen, stand stets an der Spitze des kleinbürgerlichen Kampfes gegen die Kompagnien und Trusts; man hat es heute noch nicht vergessen, daß er einst die Chicagoer Anarchisten begnadigte, vor allem, daß er in dem letzten großen Eisenbahner-Streik selbst den Konflikt mit der Bundesregierung nicht scheute, um Pullman und die Kompagnien zu zerschlagen zu zwingen. Nicht nur die gemeinsame Noth, auch der gleiche Haß bringt seltsame Schlafgesellen zusammen und so werden

hier die Arbeiter im Gefolge der Populisten vorwiegend für Bryan stimmen.

Wird sich darum das Jünglein der Waage auf seine Seite neigen? Das wird mit davon abhängen, auf wieviel Stimmen es die Gold Demokraten bringen, also diejenigen Demokraten, die zwar das Uebermaß der Schutzolläre und die ganze einseitig großkapitalistische Politik der Republikaner mißbilligen, die jedoch an der Goldwährung festhalten. Ihre Kandidaten sind Gouverneur Palmer von Illinois und General Buckner von Kentucky; in den Städten des Westens, besonders des Mittelwestens, scheinen sie nicht ohne Anhang zu sein. Dazu tritt als ungenügendes Moment für Bryan eine starke Unzufriedenheit unter den Populisten selber, weil der demokratische Vizepräsidenten-Kandidat, Sewall, einer der verhasstensten Monopolisten ist; er ist Schiffbauer, vielfacher Millionär und Bankpräsident. Die Aufstellung eines eigenen populistischen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft (Wainson aus Westvirginien) gab der Mißstimmung bereits Ausdruck; sie scheint unterdeß nicht geringer geworden zu sein. Alle diese Abdrückungen von der kompakten demokratischen Masse können für Bryan leicht verhängnisvoll sein, weil die relative Mehrheit in jedem Staate die Wähler bestimmt.

So stellt sich im letzten Augenblick vor der Entscheidung das Bild der Parteien dar. Sollte wider Erwarten Bryan siegen, so wird zwar der Kampf um die freie Silberprägung noch lange nicht zu Ende sein, der amerikanische Kredit jedoch würde sofort die schwerste Erschütterung in Europa erfahren; amerikanische Aktien, private und öffentliche Anleihen befinden sich zu Milliarden in europäischen Händen. Geht Mac Kinley als erster durch das Ziel, so weckt das freilich für das europäische Kapital auch gerade keine angenehmen Erinnerungen und Erwartungen. Unsere Industrie kann sich höchstens damit trösten, daß Mac Kinley heute als Präsident auch nicht schlimmer sein kann wie seinerzeit Mac Kinley als Führer der parlamentarischen Schutzollarmajorsität.

Wir lassen dieser sachkundigen Darstellung der großen Parteigegensätze in den herrschenden Klassen der Vereinigten Staaten den letzten Brief unseres New-Yorker Korrespondenten folgen, der die Beteiligung unserer Partei an der Bewegung beleuchtet:

New-York, 28. Oktober. Zu den schon gemeldeten populistischen Blättern, welche sich für unsere Partei erklärt haben, ist ein weiteres getreten, „The New Charter“ in Los Angeles, Californien, und der Redakteur desselben, Mr. Wilkins, tritt in öffentlichen Versammlungen für unsere Kandidaten ein. Das Blatt scheint einen ausgezeichneten Verstand zu besitzen, denn seine letzte Nummer enthält — eine ganze Seite füllende — Zuschriften bisheriger Populisten nicht nur aus verschiedenen Orten Californiens, sondern auch anderer westlichen Staaten, sowie aus Nord-Carolina, in denen die Schreiber erklären, daß sie sich infolge des an der Volkspartei von deren Führern verübten Verraths der sozialistischen Arbeiterpartei angeschlossen hätten. Das letzt-erwähnte Schreiben ist von bekannten populistischen Agitatoren Namens A. Wilson, G. J. Wilson, Heckman und Transon unterzeichnet und heißt es darin, daß dieselben die — in Wilkins' Blatt erschienene — sozialistische Plattform aufmerksam studiert hätten und von nun an voll und ganz auf derselben stehen würden. Eine weitere Acquisition ward in Jamestown, Ohio, gemacht, wo der Hauptführer der Populisten dieses Staates, M. Flannery, Superintendent der öffentlichen Schulen in genannter Stadt, der ein gewandter Redner und unermüdlicher Agitator ist, sich für unsere Partei ausgesprochen hat. — Wilkins hat gleich bei seinem ersten Auftreten für unsere Sache einen Vorgesmack davon bekommen, daß sozialistische Agitatoren auch in diesem Lande nicht „auf Rosen gebettet“ sind; er ward nämlich in der betreffenden Versammlung in Los Angeles nebst mehreren anderen sozialistischen Rednern wegen „ungehörlichen Betragens“ verhaftet, weil — mehrere Silbersege Spelakel gemacht hatten! Es ist drüben auch schon „manches“ geleistet worden in diesem Genre, aber so was kann doch wohl nur im Lande der „Freien und Gleichen“ passiren! Natürlich wurden die Angeklagten vom Richter sofort „ehrenvoll entlassen“, nachdem sie die Gelegenheit ausgiebig benützt hatten, in ihren „Berichtigungsreden“ bei dem den Gerichtssaal füllenden Publikum für unsere Ideen Propaganda zu machen.

Einen recht traurigen Gegensatz zu der verschiedenen Stellungnahme jener früher kleinbürgerlichen Organe bilden manche sog. „Arbeiter-Blätter“; leistete doch neulich eins derselben, der in Chicago ausgehelt als Organ der Arbeiter erscheinende „Light Hour Herald“ einen Artikel, in dem das „Vergehen einer Klasse gegen die andere“ verdammt und die alte Redensart aufgefrischt wurde — die sich sonst kaum noch irgend ein Arbeiterführer alten Schlages anzuwenden getraut — daß die Interessen der Arbeiter und Kapitalisten von einander abhängig seien.

Ueber unsere Wahlagitation laufen vor wie nach von allerwärts günstige Nachrichten ein. Die Politiker der alten Parteien sind darüber ganz aus dem Häuschen, da sie hier vor einer ihnen

ganz fremden Erscheinung stehen. Sind sie doch nicht anders gewöhnt, als daß die Arbeiter wie die Schafe ihrem Weithammel, so denjenigen politischen Schleppern nachlaufen, welche diejenige Partei vertreten, der auch ihr „Bos“ angehört. Sie wissen in ihrer Wuth gar nicht, was sie anstellen sollen, und begeben dabei oft die größten Dummheiten. Eine gelungene Episode dieser Art wird aus dem Fabrikort Portchester N. Y. gemeldet, wo — wie in allen dergleichen Orten — die Besitzer der dort befindlichen Establishments fast in gleicher Weise die unumschränkten Herren spielen, wie es die alten Raubritter in ihren Dörfern thaten. Dort verfuhr man eine unter freiem Himmel stattfindende sozialistische Versammlung dadurch unmöglich zu machen, daß man das elektrische Licht abstellte, sodaß der betr. Platz in vollständige Dunkelheit gehüllt war und nur die nächste Umgebung der Rednertribüne mittels einiger schnell herbeigeschafften Laternen beleuchtet wurde. Die böshafte Manipulation hatte aber einen sehr unerwarteten Effekt; während sich nämlich vorher nur eine kleine Anzahl Zuhörer um die Tribüne versammelt hatten, da die Leute fürchteten, von den Spionen ihrer „Bosse“ gefehen zu werden, rückten sie jetzt von allen Seiten heran und als nach längerer Zeit auf Befehl der Polizei das elektrische Licht wieder in Aktion trat, konnte man über tausend Personen zählen, denen sozusagen im Dunkeln das „sozialistische Gift“ eingebläut worden war!

Als eine auffallende Erscheinung in dieser Wahlkampagne ist anzuführen, daß so ziemlich im ganzen Lande am ersten Registrirungstage ein außerordentlich starker Andrang stattgefunden hat; vielfach haben sich hundert Prozent mehr Wähler an diesem Tage eingetragen lassen, als bei der vorigen Wahl. An den weiteren Registrirungstagen war das Verhältnis wieder ein ziemlich normales; aber jener Umstand läßt annehmen, daß ein starker Prozentsatz Wähler, die sich früher nicht an den Wahlen betheiligt haben, diesmal „mitmachen“ werden. An manchen Plätzen spielte dabei wohl auch noch etwas anderes mit! So haben in Chicago insgesamt 891 000 Registrirungen stattgefunden gegen 830 000 in dem einige hunderttausend Einwohner mehr zählenden New-York. Wie der dortige Korrespondent unseres New-Yorker Parteiorgans schreibt, werden von beiden alten Parteien dort großartige Wahlbetriebe geplant! —

Politische Uebersicht.

Berlin, 2. November.

Die Nachwahl in Brandenburg-Westhavelland. Das amtliche Wahlergebnis lautet: Bei der Reichstags-Erfahrungswahl im Wahlkreise Westhavelland-Stadt Brandenburg wurden insgesamt 18 989 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Schriftsteller Peus-Dessau (Soz.) 7864 Stimmen, auf den Landrath v. Löbell-Rathenow (L.) 6288 Stimmen und auf den Kaufmann Bleil-Brandenburg a. H. (fr. Vp.) 4808 Stimmen.

Gegen die Hauptwahl hat unsere Partei 152, die freisinnige Volkspartei 687 Stimmen gewonnen, die Konservativen, auf deren Kandidaten sich die im Jahre 1893 für die nationalliberalen, liberalen und antisemitischen Kandidaten abgegebenen Stimmen vereinigt, hat 191 Stimmen verloren. Während 1893 unseren 7712 10 895 gegenrühige Stimmen gegenüberstanden, ist jetzt das Verhältnis 7864 sozialdemokratische gegen 11 091 gegenrühige. 1893 haben uns zur Majorität 1450 Stimmen gefehlt, bei der Nachwahl hätten wir zur Erreichung der Majorität noch 1614 Stimmen gebraucht. In der der Hauptwahl folgenden Stichwahl erhielt der Nationalliberale Wieseke 9026, unser Kandidat Genosse Ewald 8951, der Gegner siegte somit mit bloß 75 Stimmen Majorität. Bei dem Eifer, den unsere Genossen in der kurzen bis zur Stichwahl bleibenden Spange Zeit anwenden werden, darf man wohl hoffen, daß der Sieg ihnen zufallen wird. —

Eine Privatdepesche aus Brandenburg meldet: Ein konservativer Wahlausruf meldet (soben Freitag den 6. November als Tag der Stichwahl. Da sonst über den Tag der Stichwahl nichts bekannt ist, vermutet man in den Kreisen der Genossen, daß die Konservativen schon vorher von der Festsetzung des Wahltages Kenntniß hatten und die Flugblätter schon vorher drucken ließen.

— Der gesammte Etat liegt nun dem Bundesrat vor, er soll bestimmt dem Reichstage bei seinem Zusammenritte vorgelegt werden können. —

— Eine große Militärvorlage zur Ausstattung unserer Artillerie mit Schnellfeuer-Geschützen soll in naher Aussicht stehen. —

Parteikunst.

In einem interessanten, „Parteikunst“ überschriebenen Aufsatz im „Magazin für Literatur“ macht „Sperans“ interessante Ausführungen über die Kunstdebatte auf unserem letzten Parteitag. Wie entziehen dem werthvollen Aufsatz, ohne uns mit dessen Ausführungen in allen Einzelheiten zu identifizieren, folgende Ausführungen:

In Siebelen, dem Dorfe Gustav Freitag's, hat zum ersten Male eine politische Organisation öffentlich über die Kunst, ja mehr, über die moderne Kunst debattirt. Noch nie haben wir in unseren Parlamenten, auf unseren bürgerlichen Parteitag solche Töne vernommen, höchstens daß im bayrischen Landtag die schwarze Teufelsgarde den Horn Gottes und des Ministeriums auf die fündige moderne Kunst herabzeterete, die in wüstem Materialismus verfallen, im Schmutze wühlend und vom Gerank sich mähtend, schweinitisch und leberisch bestimmt einen der vielen stillosen Weltuntergänge zur Folge haben müsse, die in den frommen Laboratorien jedersort vorrätzig zu haben sind oder nach Maß angefertigt werden können. Die größte deutsche Partei hat einen erheblichen Theil ihrer Jahresversammlung der Erörterung von Kunstfragen gewidmet, und ob dieses unerhörten Vorgangs wohl hat die Tagespresse die verächtlichsten Urtheilsprüche herausgesucht, die man in allen Gattungen und Graden des Mißfallens seit 25 Jahren in den Blättern der Journalistik angeammelt hat. Niemals war der Parteitag der Sozialdemokratie so ergebnislos, flach, unbedeutend, widerlich als heuer. Gewiß, ihr Herren, hat man doch sogar über die Kunst debattirt! Wie flach, unbedeutend und widerlich!

Doch ernsthaft. Die Kunstförderung in Siebelen war ein bedeutendes Ereignis. Es handelt sich nicht nur um die Erziehung der Sozialdemokratie, also des Proletariats, der Volksmasse zur Kunst, sondern es handelt sich ebenso sehr um die Erziehung der Kunst zur Volksmasse. Bisher ist es ein Feindbetonenwahn gewesen, daß die Kunst eine irgend beträchtliche Rolle im modernen Kulturleben spiele. Das Premierpublikum ist keine Kunstgemeinde, und die paar Literaten auch nicht. Wir hatten im günstigsten Falle Literaturreine, eine Volkskunst gab es eben wenig wie ein Kunstvolk. Außerhalb der Schöngeliterklubs kümmerte man sich kaum um diese Erhebungen, die angeblich die Blume der Kultur darstellen. Die Präsewige waren wichtiger Arbeiter am Zeitgeist als die Hauptmann und Jäsen. Die unterdrückten freien Volksbühnen waren eigentlich die einzigen Stätten der Hoffnung. Jetzt aber hat uns Siebelen gelehrt, daß die bei allem Kleinlichen und Peinlichen der äußeren Erscheinung

ideell gewaltigste Kulturbewegung der modernen Menschheit auch nach der Kunst verlangend ausblickt, daß da draußen ein Volk auf die Kunst und eine Kunst auf das Volk wartet. Die dunkelste Oberflächlichkeit mag getrost über all die Höflichkeit, lächerlichen, absurden und banausischen Wendungen spotten, die rückständige Beschränktheit und trasse Unwissenheit in dem Kunststreit von Siebelen umfassen, was genügt hat, aus der Tiefe schimmert in neuem Beweise der fühlende Trost, daß endlich eine verlässliche Kulturbewegung entstanden ist, der wir auch unsere zarresten Heiligthümer getrost anvertrauen können.

Mit Feuer und Pathos wahrte Edgar Steiger der Kunst das Recht der Unanständigkeit und begeistert schilderte er, wie er es auf sich genommen habe, die Arbeiterschaft vorsichtig und mit den notwendigen Konzessionen zur Kunst heranzuziehen, zur modernen Kunst, als der einzigen, die wir haben, und Steiger fand mit diesen Darlegungen bei der großen Mehrheit lebhaften Beifall.

— — — — — Damit aber war die Angelegenheit nicht erschöpft. Ein zweites, weit wichtigeres Problem blieb zu lösen, das freilich nur in Andeutungen gestreift wurde und nicht zu klarer Fixirung gelangte, das mehr instinktiv gefühlt als begrifflich erkannt wurde: Ist diese moderne Kunst, von der zugehört sein mag, daß sie die einzige ist, die wir haben, eine Kunst für die Sozialdemokratie? Hat Edgar Steiger nicht die heilige Pflicht, den Genossen eine Parteikunst zu bieten?

In Wahrheit ist es ein Aberglaube, daß Parteikunst das Ende der Kunst sei. Dieser Aberglaube, akzept gehalten von den Mißgünstigern der Kunst, den entwicklungsgefährlichen Romantikern, den Armen im Geiste und den Schwachen am Fleische, ist das stärkste Hemmnis der Entwicklung echter Volkskunst. Gewiß, eine lgl. sächsische konservative Hofraths-Partei ist ein Urding. Auch die Programme von Pflü, Uebermann, Baasche und Eugen Richter lassen sich, wenn man den einen Träger ausnimmt, poetisch nicht ausmessen. Wo aber eine große Kulturbewegung sich in einer Partei kristallisiert, und die moderne Form jeder Kulturbewegung ist die Partei, da muß auch die Kunst Parteikunst sein. Hier ist die Partei nicht ein abbläbbares Stilett, sondern die Offen jedes fortschreitenden Geistes. Der Dichter, der in der Kulturbewegung steht, kann nichts anderes sein als Parteimann, er ist als solcher nicht schon Künstler, aber er ist noch weniger ein Künstler universaler Stile, wenn das Parteibild nicht in ihm pulst. Die Partei der Zukunft muß auch den Dichter der Zukunft gebären, sofern sie sich als eine Kulturbewegung bewährt.

Es ist gewiß nicht nur Verstandlosigkeit und Banausen-

thum gewesen, wenn von anfang an die Sozialdemokratie feindselige Worte gegen die moderne Richtung fand. Längst bevor die Sozialdemokratie offiziell die junge Kunst gegen bornirte Angriffe moralisirender Philister in den eigenen Reihen wacker schützte, fanden scharfe Auseinandersetzungen zwischen den Wortführern der Partei und den jüngsten Deutschlands statt. Damals kamen prinzipielle Meinungsverschiedenheiten sehr bedeutsamer Art zum Vortage. Die Sozialdemokratie, die von der Untergangskurve der bürgerlichen Gesellschaft überzeugt ist, konnte nicht die künstlerischen Verfallsblüthen für sich als Wahr- und Wehrzeichen dulden. Dadurch, daß sie selbstverständlich die matte Epigonenkunst ablehnte, war sie noch nicht verpflichtet, sich zu der neuen Richtung zu bekehren, die im Kampfe mit jener auf demselben Boden der Frühlings wuchs. Heute hat die Partei auf dem Parteitag von Siebelen in aller Form Frieden mit der Uebergangskunst geschlossen, weil keine andere vorhanden ist. Aber die Sehnsucht nach einer anderen, nach einer Parteikunst im höchsten Sinne, ist nicht erloschen, noch weniger verächtlich, sie birgt im Gegentheil die Gewähr, daß nicht die moderne Strömung stagnirt.

Man hat zur Zeit jener früheren Auseinandersetzungen gespottet, die Sozialdemokratie in ihrem parteibeschränkten Kunstproletentum verlange dramatisirten Marx, und man hielt diesen spöttischen Einfall für eine überaus glückliche Formel, um die Forderung einer Parteikunst zu widerlegen. In Wahrheit begünstigte der Witz die Forderung. Die Sozialdemokratie verlangte zwar nicht dramatisirten Marx, aber sie ersehnte ihn in dunklem Drange. Und diese Sehnsucht ist nicht als das drückende Bedürfnis nach einer großen modernen Weltanschauungskunst, und wir werden, im Ernste, erst dann den Maßstab der Modernen besitzen, wenn uns der dramatische Marx ertheilt. Der Dichter der Zukunft, auf den wir warten, wird ein übergangter Parteimann sein und seine Kunst eine Partei-kunst. Denn nur in der einheitlichen Zusammenfassung aller Kulturrichtungen, nur in dem vorwährenden Bewußtsein des Werden und Reimenden erwacht der Dichter der Universalität.

In Siebelen hat zum ersten Male eine politische Partei der modernen Kunst eine Meozenz erwiesen, jetzt ist es Sache der Kunst, sich der Auszeichnung würdig zu erwiesen. Edgar Steiger aber, der die Erziehung des Volkes zur Kunst als seine Lebensaufgabe betrachtet, ist eigentlich allzu billigen Kaufs davongekommen, als man sich mit einer Mahnung zum Nothdurst begnügt. Die unklar greifenden Gefühle hätten leicht wider ihn an aufstiegen und ihn anherrschen können: Edgar, Edgar, gib uns eine Kunst, ehe Du uns zu ihr erziehlst. . . .

— **Naber den Ueberschub im preussischen Staatshaushalt.** Stat von 90 Millionen Mark ist, wie Herr Miquel seinen Ministerialrath in der „Post“ sagen lässt, bereits vollständig Verfügung getroffen. Vorab werden 20 Millionen Mark laut einem Vorbehalt im Etat verwendet zu einem besonderen Dispositionsfonds für Zwecke der Eisenbahnverwaltung. Die übrigen 40 Millionen Mark werden nach dem Eisenbahngarantie-Gesetz zur Staatsschuldentilgung verwendet. Die letztere erreicht dadurch für dieses Rechnungsjahr die Höhe von 75 Millionen Mark. Das ist 1/4 pCt. der Staatsschuld. Und trotz solcher schon durch das Eisenbahngarantie-Gesetz herbeigeführten Schuldentilgung soll, wie die „Freisinnige Zeitung“ richtig bemerkt, bekanntlich noch ein besonderer Automat zur Sicherung einer weiteren Schuldentilgung auch in schlechten Jahren jetzt im Landtag konstituiert werden. — Die Schuldentilgung für 1895/96 vollzieht sich in der Form der Verrechnung auf die bewilligten Eisenbahngarantien. Schließlich kann aber selbst dieser Ministerialrath nicht umhin, zu empfehlen, die günstigen Finanzverhältnisse zu benutzen, um Tarifermäßigungen bei den Güterfrachten der Eisenbahnen herbeizuführen. Vor noch nicht langer Zeit bestritt gerade der Ministerialrath in der „Post“ die Zulässigkeit solcher Maßnahmen. Inzwischen hat sich über diese Frage bekanntlich eine lebhafteste Meinungsverschiedenheit im Staatsministerium zwischen dem Finanzminister und dem Eisenbahnminister entsponnen. Nach der Schwankung der „Post“ zu urtheilen, scheint der nächste Vorgesetzte des Ministerialraths, der Eisenbahnminister, über den fiskalischen Herrn Miquel die Oberhand gewonnen zu haben in dieser Frage.

— **Die Berichte der Fabriks-Aufsichts-Beamten** sollen in den nächsten Tagen erscheinen. —

— **Das preussische Vereinsgesetz.** Der „Gamb. Kor.“, dessen Beziehungen mit Reichskanzlern und Ministerien bekannt sind, schreibt: „Dass in gewissen politischen Kreisen der lebhafteste Wunsch besteht, eine über die Abänderung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes hinausgehende Verbesserung“ des Gesetzes von 1850 im Landtage zu versuchen, was schon lange kein Geheimnis. Neu ist nur die Nachricht, dass über diese Frage Meinungsverschiedenheiten auch innerhalb des Staatsministeriums bestehen, und dass deshalb die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der politischen Vereinen gestattet, mit einander in Verbindung zu treten, in nächster Zeit nicht in Aussicht steht. Die im Reichstage gemachte Zusage des Reichskanzlers bezog sich lediglich auf die Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine (§ 8). Dass Herr v. Bismarck eine Neigung habe, darüber hinauszugehen, ist, wie geschrieben wird, um so unwahrscheinlicher, als jede Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts wieder in den als unangenehm befundenen Weg eines Umsturzgesetzes einlenken würde. Dass Versuche in dieser Richtung im Abgeordnetenhaus mehr Aussicht haben würden als im Reichstage, kann man nicht so ohne weiteres behaupten. Man muß sich auch erinnern, dass der letzte nationalliberale Parteitag sich ausdrücklich gegen eine Verschlechterung des preussischen Vereinsgesetzes, aber für den Erlass eines liberalen Reichsgesetzes erklärt hat. Unter diesen Umständen würde das Zentrum den Ausschlag zu geben haben; in welchem Sinne das geschehen würde, ist nicht zweifelhaft. Die preussische Regierung würde sich also nicht nur dem Vorwurf einer illokalen Ausführung einer gegebenen Zusage, sondern auch der Gefahr einer parlamentarischen Niederlage aussetzen. Der Erfolg würde abermals ausschließlich auf Seiten der Sozialdemokratie sein, die ihren Anhang wieder einmal mit der drohenden Gefahr einer gesetzlichen Vergewaltigung in Bewegung setzen könnte.“

— **Das Vereinsrecht und die Christlich-Sozialen.** Stöcker's „Volk“ bestreitet, dass durch die Delegirtenversammlung der älteren Christlich-Sozialen und deren Vorbereitung das Vereinsgesetz übertritten wird. Wenn dem so ist, dann hat das fromme Blatt die bezügliche Notiz so ungeschickt wie nur denkbar abgefaßt. —

— **Die Bäckerei-Verordnung** ist nun vom Berliner Landgerichte als Verfassungsinfraktion und vom Hamburger Schöffengerichte als zu Recht bestehend anerkannt worden. Wohl noch in diesem Monate dürften wir übrigens den Ansturm der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen im Reichstage erleben. Wir sind auf Breslows Debut begierig. —

— **Gegen den Distriktskommissar v. Carnap** ist, wie das „Pos. Tagebl.“ erzählt, wegen der in der Schwurgerichtsverhandlung zur Sprache gebrachten, noch nicht verurteilten Mißhandlung des Nachwählers und des Arbeiters Orgyiel in Posen bereits ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet worden.

— **Zuckerartell.** Unter der Firma Vereinigte Zuckerfabriken Hannover-Braunschweig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, hat sich in Hannover die erste Kartellgesellschaft Deutschlands gebildet. Der Zweck der Gesellschaft ist eine bessere Verwerthung der Melasse und eine gemeinsame Interessenvertretung.

Ungarn.
Budapest, 2. November. Von den für die vier Wahlkreise anberaumten 405 Wahlen ist bisher das Endergebnis aus 404 Bezirken bekannt. Danach wurden gewählt: 274 Liberale, 87 Anhänger der Nationalpartei, 48 Anhänger der Kossuthfraktion, 6 Anhänger der Agronfraktion und 21 Anhänger der Volkspartei; 9 Gewählte haben sich keiner Partei angeschlossen; in 7 Bezirken hat sich die Nothwendigkeit einer Stichwahl ergeben; in einem Bezirke (in Barin, Komitat Trencsen) wurde die Wahl unterbrochen und in einem Bezirke (Kisvassze, Komitat Gömör) muß wegen Stimmgleichheit eine Neuwahl vorgenommen werden. Die Neuwahlen dürften in der ersten Hälfte des Monats November stattfinden. Die liberale Partei hat bisher 81 Mandate gewonnen, und zwar 24 von der Nationalpartei, 16 von der Kossuth-, 21 von der Agronfraktion und 20 von denen, die früher keiner Partei angehörten. Dagegen verlor die liberale Partei 17 Bezirke, und zwar 8 an die Nationalpartei, 6 an die Kossuthfraktion, 7 an die Volkspartei und 1 an jene, die sich keiner Partei anschließen. Der Reingewinn der liberalen Partei beträgt demnach 64 Wahlbezirke.

Der Abg. Graf Ladislaus Szapary, der Sohn des ungarischen Oberhofmeisters, richtete an den Ministerpräsidenten Baron Banffy ein offenes Schreiben, in welchem er seinen Beitritt zur liberalen Partei unter Aufrechterhaltung seines konservativen Standpunktes in der Kirchenpolitik ankündigt. In den Kreisen der liberalen Partei herrscht indessen die Auffassung vor, daß man unter derartigen Vorbehalten nicht Mitglied derselben werden könne.

Schweiz.
Zürich, 31. Oktober. (Sig. Ber.) Die Stichwahlen für den Nationalrath finden theils am 8., theils am 15. November statt. In Bern ist nun statt des zurückgetretenen Liebenmann von den Sozialdemokraten der Aemterassessor Scherz als Kandidat für den zweiten Wahlgang aufgestellt worden. Aussicht auf Wahlerfolg hat er aber nicht, da die Eisenbahner, welche in Bern eine Rolle spielen, beschloffen haben, den freisinnigen Wärgin zu unterstützen. Dagegen ist es wohl möglich, da die Kandidaten aller drei Parteien in den zweiten Wahlgang treten, daß keiner derselben das absolute Mehr erreicht, so daß ein dritter Wahlgang nöthig wird, in dem das relative Mehr gilt. Ganz gleich ist die Situation in Zürich, wo ebenfalls drei Kandidaten, von sozialdemokratischer Seite Grentlich, in den zweiten Wahlgang eintreten. Auch in Luzern dürfte die Wahlfrage sich in gleicher Weise gestalten. In Genf ist noch ein zweiter Vertreter in den Ständerath zu wählen, da am 25. Oktober nur einer, der Konservative

Richard, gewählt wurde. In der Stichwahl stehen sich gegenüber der Freisinnige Savard, der auch für die Arbeiter ein sympathischer Politiker ist und den die Sozialdemokraten unterstützen werden, und der Konservative Odier. Erstereem fehlten zum absoluten Mehr nur 18 Stimmen.

Die neue Bundesversammlung — der Ständerath ist theilweise neu gewählt worden — tritt bereits am 7. Dezember in Bern zur Winteression zusammen. Die bald 15jährige Seeschlange, Kranken- und Unfallversicherung, kommt noch nicht zur parlamentarischen Behandlung.

Die Volksabstimmung über das Bundes-Bankgesetz hat der Bundesrath auf den 28. Februar 1897 festgesetzt. Die Vertheidiger wie die Gegner haben also noch vier Monate Zeit zur Führung des Kampfes.

Frankreich.

Paris, 30. Oktober. (Sig. Ber.) Die Herbstsession beginnt unter sehr ungünstigen Symptomen für das Ministerium. Gleich in der Eröffnungssitzung der Kammer wurde Meline verhöhnt wegen des unglücklich plumpen Versuchs, den Jaurès rümel als ein die Regierung kräftigendes Ereigniß zu deuten. Die zweite Kammer Sitzung brachte den Regierungsparteien und mittelbar der Regierung selber eine empfindliche Schlappe, indem die Kammer zum Nachfolger des verstorbenen Vizepräsidenten Klausel de Couffergues, eines wackelhaften Opportunisten, den Oppositionskandidaten Jambert mit 186 gegen 158 Stimmen wählte. Der neue Vizepräsident ist Vorsitzender der progressivsten Kammergruppe, die eine Mittelstellung zwischen den Radikalen und den Opportunisten einnimmt, in allen entscheidenden Abstimmungen aber gegen das Ministerium votirt. Jambert selber hatte in der verflochtenen Session eine geharnischte Rede gegen die Merkmalfreundliche Politik Meline's gehalten.

Noch fataler war die gestrige Sitzung für das Ministerium deshalb, weil Barthou zum allgemeinen Erstaunen um Aufschub der Jaurès'schen Interpellation über die Carmauxer Vorgänge bat, und zwar unter dem unglücklichen Vorwand, er sei über die Angelegenheit noch nicht hinlänglich informiert. Zugleich aber erklärte der Kraftmeier, die volle Verantwortlichkeit für die — ihm unbekannt! — Polizeihäuten übernehme zu wollen. Die Wahrheit ist, daß Herr Barthou mit den bisher eingelaufenen Polizeiberichten unzufrieden ist. Um die notorischen, selbst von den Berichterstattern der ministeriellen Zeitungen gemeldeten Thatsachen umklagen zu können, hat er eine „ergänzende“ Polizeiuntersuchung bestellt. Jaurès bezeichnete denn auch die Prädikatserei des Urbeides des mißlungenen Streiches als ein indirektes Eingeständnis der Schuld und schloß seine höhrende Replik mit der Erklärung, daß die sozialistische Partei eigentlich schon Genugthuung bekommen habe. Die Interpellation wird am Dienstag, unmittelbar nach der Debatte über die Orientalpolitik Frankreichs, verhandelt werden.

Die brutale Voreinnahme der Regierung gegen die Glas-hütte von Albi hat zur Folge gehabt, die Geldsammlung des „Intransigent“ emporzuschwellen. Eine Witwe, namens Bourgeois, listete 10 000 Fr., zwei Ungenannte 600 Fr. Auch mehrere radikale Abgeordnete figuriren in der heutigen Subskriptionsliste.

Die sozialistische Kammerfraktion hat Millersand beantragt, während der Debatte über die Jaurès'schen Reden eine Anfrage über das französische-russische Einvernehmen zu stellen. Eventuell wird auch Jaurès das Wort ergreifen, d. h. die Anfrage wird in eine Interpellation umgewandelt werden. — Mit diesem Beschluß der Fraktion steht in Zusammenhang der Austritt des Pariser Abgeordneten Goussot aus derselben. Dieser gehört zu den halbsozialistischen Mitgliedern der Fraktion, die mit der Anfang Juni l. J. angenommenen international-sozialistischen Programmklärung unzufrieden sind. Das „unpatriotische“ Mißtrauen der Sozialisten gegen die Jaurès'sche Freundschaft hat den guten Goussot vollends scheu gemacht. Bei den nächsten Wahlen wird es sich zeigen, ob er, wie es in seinem Austrittsschreiben heißt, die „Einsamungen seiner Wähler“ richtig gedeutet hat. —

Paris, 31. Oktober. Nach dem heute der Deputirtenkammer vorgelegten Gesetzentwurf betr. die Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich soll der Gewinn von einer gewissen Grenze ab zwischen der Bank und dem Staat getheilt werden. Ferner sollen die landwirthschaftlichen Kreditbewerber den kaufmännischen gleichgestellt werden.

Der Bericht des Finanzministers, welcher dem vom Präsidenten Faure unterzeichneten Dekret, betreffend die Einsetzung einer außerparlamentarischen Kommission zur Prüfung der Frage des Alkoholmonopols vorausgeht, faßt die Prüfung folgender Fragen ins Auge: Fabrikationsmonopol, Melisierungsmonopol und Verkaufsmonopol.

Paris, 2. November. Der sozialistische Deputirte Rouanet erklärte in der „Vaterne“, angefaßt der „Enthaltungen“ der „Hamburger Nachrichten“ müsse die Kammer auf das Entschiedenste Aufklärung über die Tragweite der französisch-russischen Entente verlangen.

So dürfte in der französischen Nationalversammlung die erste Debatte über die Bismarck'schen Enthaltungen stattfinden. Wird der Reichskanzler sich nicht auch in dieser Sache zu einer Erklärung genöthigt sehen? Der Würde des Reiches würde es entsprechen, wenn Herr v. Bismarck sich nicht erst durch eine Interpellation zu einer Meinungsäußerung zwingen ließe. —

— **Die That eines Verräthers** weder als Anarchistenreich gedeutet. Dies geht aus den folgenden Depeschen aus Paris hervor:
Ein stellenloser Küchenjunge, namens Lemarie, schoß heute Nachmittag in der Rue des Petits Champs auf einen Polizeiamten, welcher schwer am Ohr verwundet wurde. Ein anderer Agent, der dem ersteren zur Hilfe eilte, erhielt ebenfalls einen Schuß in die Schulter, welcher ihn leicht verwundete. Lemarie wurde verhaftet, er bezeichnete sich als Anarchisten. Bei einer in seiner Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden zahlreiche anarchistische Papiere vorgefunden.

Der Urheber der Attentate gegen die beiden Polizeiamten, Lemarie, ist aus Corroze gebürtig und gilt als geistig gestört. —

Paris, 1. November. (Sig. Ber.) Die hervorstechende Eigenschaft der gegenwärtigen Kammer, die Ohnmacht im guten wie im bösen, im großen wie im kleinen, bekundet sich auch in der gestrigen Sitzung bei der Beratung des Regierungsentwurfs, betr. die Kunst- und Rosinenwein-Fabrikation. Der Entwurf bezweckt die Begünstigung der Traubenwein-Produzenten auf Kosten der Konsumenten, namentlich insofern es sich um den hygienisch unanfechtbaren und billigen Rosinenwein handelt. Zu diesem Zwecke werden die Rosinen, neben dem bisherigen Einfuhrzoll von 25 Fr. pro 100 Kilo, mit einem dem Alkoholgehalt entsprechenden Steuerzoll belastet, so daß die Gesamtsteuer 71,50 Fr. pro 100 Kilo ausmachen soll, was eigentlich einem Verbot der Rosinenwein-Fabrikation gleichkommt. Der Urheber des Entwurfs ist Minister Turcel, der selbst ein vermögendes Weinproduzent ist und seinen Weinbauenden Wählern die Beseitigung der Rosinenweinkonkurrenz versprochen hatte. Wie stellte sich nun die Kammer dem Weinvertheuerungs-Projekt? Zunächst lehnte sie den Gesetzentwurf des Genossen Gabriel Deville ab, der in seiner trefflichen Jungferrede die Interessen der ärmeren Konsumenten verlorcht und demgemäß dies die gesetzliche Verbindung der Weinschätzung beantragte. Sodann aber nahm die Kammer einen radikalen Zusatzantrag an, demzufolge die Fabrikation von Rosinenwein für den Selbstgebrauch steuerfrei bleibt. Damit ist die Regierungsvorlage durchlöcherter worden. Sie wandert wieder in die Kommission zurück, um wahrscheinlich, angefaßt

der Geschäftsfrage in der Kammer, für lange Zeit von der Tagesordnung zu verschwinden.

Das politische Interesse der gestrigen Sitzung konzentrierte sich nicht im Sitzungssaal, sondern in den Wandelgängen. Man erörterte da eifrig die von der „Libre Parole“ gebrachte Meldung, wonach ein Minister, der persönlich mit 1 700 000 Fr. an einer Rosinenwein-Fabrik betheilig ist, das Fallenlassen des ursprünglichen, das direkte Verbot der Rosinenwein-Fabrikation ausbrechenden Entwurfs zur Vorbedingung seines Eintritts ins Kabinett Melins gemacht hätte. Die Meldung findet ihre Bestätigung darin, daß in der gestrigen Debatte weder der Handels- noch der Finanzminister das Wort ergriffen haben. Sie übersehen die Vertheidigung des Entwurfs Turcel, der in diesem Falle nicht als Vertreter der Regierung sprechen konnte, inwiefern er Minister — der öffentlichen Arbeiten ist. Zudem ist die sehr präzis gefaßte Meldung nicht dementliert worden.

Die Vorlage betr. Erneuerung des Privilegiums der Banque de France ist im gestrigen Ministerrath beschlossen worden. Im wesentlichen ist es die Reproduktion der alten, von der früheren Kammer beiseite geschobenen Vorlage, die zum geistigen Vater den Ober-Polizier Rouvier hat. Das besagt deutlich genug, daß die Hochfinanz mit der Vorlage zufrieden sein kann. Die „Verbesserungen“ gegenüber der ursprünglichen Vorlage bestehen in der Hauptsache in folgenden Bestimmungen: Die jährliche fixe Abgabe an den Staat, die bisher 2 1/2 Millionen betrug, wird in eine proportionale umgewandelt, und zwar wird sie jeweils bestimmt durch das Produkt der Multiplikation eines Theils des Diskont-Zinssfußes mit dem Betrage der produktiven Banknoten-Firkulation; die dem Staatskassah bisher vorgeschossenen 140 Millionen sollen künftighin zinsfrei sein, ebenso wie die später nach Maßgabe des Bedarfs vorzuschickenden weiteren 40 Millionen; die Wechsel der Genossenschaften jeder Art sollen unter den gleichen Bedingungen wie die der einzelnen Geschäftslente diskontirt werden. Dazu kommt eine Reihe von kleinen Abänderungen zu Gunsten des Staates und der Gewerbetreibenden. Dafür aber wird der Bank ein weiteres Geschenk von 1 Milliarde Frank gemacht, indem das Maximum der Banknoten-Emission von vier auf fünf Milliarden erhöht wird. Die Börse begrüßte denn auch die „verbesserte“ Vorlage mit einer Haufe von 30 Fr. auf die Aktien der Bank.

Auch die Staatsrente erfuhr gestern eine Haufe, nachdem der Ministerrath endgiltig die Rentensteuer aufgegeben hatte. . . Hochsfort denunziert mit recht in einem aufsehenerregenden Artikel den verdächtigen Zusammenhang zwischen den Beschläffen des gestrigen Ministerrathes und der jähren Haufeaktion. Die Beschläffe betr. das Bankmonopol und die Rentensteuer wurden nämlich erst um 5 Uhr abends, also nach Börsenschluß, öffentlich im „Temps“ bekannt gemacht, während am Ausgang des Ministerrathes, d. h. vor Eröffnung der Börse, eine äußerst nichtsfagenbe offizizielle Mittheilung an die Presse versendet wurde. Es hieß da: „Der Ministerrath besaßte sich mit der Erledigung der laufenden Geschäfte! . . .“ Kein Wort also von den hochwichtigen Beschläffen — und trotzdem die Haufe! Zum ersten Mal werden derartige Beschläffe 4-5 Stunden lang der Presse vorenthalten. Der Vorgang sieht einem Börsenkoup so ähnlich, wie ein Ei dem anderen. „Man muß getrieben“, schließt Hochsfort, „daß, wenn die Minister nicht für sich selber gearbeitet haben, sie wahrlich recht gute Kerle sind, indem sie sich derart für andere kompromittiren.“ Auf die weitere Entwicklung der heiklen Angelegenheit darf man gespannt sein.

— **Prudent Dervillers**, der sozialistische Abgeordnete des 19. Pariser Wahlbezirkes, ein eifriger, alter Genosse und energischer Vertreter der Einigung der sozialistischen Fraktionen, ist im Alter von 47 Jahren gestorben. —

Dänemark.

Kopenhagen, 2. November. Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des verhafteten Redakteurs des Anarchistenblattes „Proletaren“, Adler, wurden mehrere tausende gefälschter Sparschekken-Marken vorgefunden.

Wie zum Sonnabend Abend sind im ganzen fünf Leiter der hiesigen Anarchistenpartei unter dem Verdacht der Mißthandlung an den gegen die Sparschekken verübten Fälschungen verhaftet. Es werden noch weitere Verhaftungen erwartet. —

Italien.

Rom, 31. Oktober. (Sig. Ber.) Italien und der Dreieund. Die Krisis, welche gegenwärtig das Verhältnis Italiens zu dem Bündnisse der mitteleuropäischen Staaten durchmacht, hat, soweit das Verhalten Italiens selbst dabei in betracht kommt, ihre Ausgangspunkte in dem italienisch-französischen Vertrag über Tunis, in der montenegrinischen Heirath und in den irredentistischen Woesen zur Einweisung des Dantedenkmal in Trient. Die Gefahr liegt aber nicht eigentlich in diesen drei Vorgängen, sondern vielmehr in dem Mangel an einer festen Tradition, an welchem die auswärtige Politik Italiens überhaupt leidet. Von einer starken und allgemeinen Strömung zu Gunsten eines Anschlusses an Frankreich ist in Italien zur Zeit keine Rede; der Abschluß des tunesischen Vertrags mit Frankreich ist lediglich unter dem Druck der Nothwendigkeit erfolgt, die Italiener in Tunis gegen französische Vergewaltigung zu schützen. Die Ansprache des italienischen Irredentismus können in Verbindung mit der südslavischen Agitation, mit welcher die italienische Presse aus Anlaß der montenegrinischen Heirath Fühlung genommen hat, vielleicht einmal gefährlich werden, aber erst dann, wenn die gegenwärtige Gruppierung der Mächte durch andere Ursachen umgestaltet worden ist. Die Hauptgefahr besteht, in einer gewissen Schwäche und Richtungslosigkeit der auswärtigen Politik und der öffentlichen Meinung in Italien, und in dem davon abhängenden Niedergange des italienischen Ansehens im Auslande, von welchem z. B. die bisherige Erfolglosigkeit der Verhandlungen mit Preußen zur Sicherstellung der dortigen Italiener einen Beleg liefert. Eine klare und zielbewusste Politik auf Seiten der anderen beiden Dreieundsmächte könnte diesem Mangel abhelfen. Wenn Italien sich in letzter Zeit anscheinend nahezu von dem Zwergstaat Montenegro ins Schlepptau nehmen ließ, so würde es den beiden mitteleuropäischen Mächten natürlicherweise noch ungleich leichter fallen, einen maßgebenden Einfluß auf die italienische Politik zu gewinnen, wenn sie nur selbst eine klare und feste Politik befolgten. Wenn man aber sieht, wie diese Mächte an allen anderen Stellen, nur nicht in ihrem eigenen Bunde ihren Anhalt suchen, wenn man insbesondere den Wettbewerb um die Gunst Russlands auch von der mitteleuropäischen Politik zum Grundfah erhoben sieht, so ist es erklärlich, wenn in Italien das Vertrauen auf den vom Dreieund ihm gewährten Rückhalt sich vermindert und wenn man sich fragt, ob es nicht besser sei, mit Russland, anstatt vermittelt der deutschen Mächte, direkt Fühlung zu nehmen. In diesem Sinne haben besonders die dem Fürsten Bismarck zugeschriebenen Mittheilungen über ein russisch-preussisches Einverständnis neben dem Dreieunde in Italien wirken müssen. Nur der neuerdings erfolgte Anschluß Rumaniens an den mitteleuropäischen Bund bildet in Italien eine Art von Gegengewicht gegen diese Eindeutigkeit. —

Amerika.

— **Das Wahlverfahren bei der Präsidentenwahl.** Nur noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten, der man diesmal eine größere Bedeutung beilegt, wie seit vielen Jahren. Die Wahl von Elektoren (Wahlmännern), die die Wahl eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten vorzunehmen haben, findet bekanntlich alle vier Jahre, am ersten Dienstag nach

dem ersten Montag im November statt; diesmal ist es der 8. November. Nach der Verfassung hat jeder Staat so viel Wähler zu wählen, als er Abgeordnete in das Repräsentantenhaus nach Washington entsendet, zuzüglich zweier weiteren Wähler, die gewissermaßen die beiden Senatoren eines jeden Staates vertreten. Im Jahre 1812 waren es nur 217 Wähler, 1832 schon 288, bei deren Wahl 1 217 691 Bürger abstimmen. Im Jahre 1852 waren diese Ziffern auf 298, beziehungsweise 2 988 052 Wahlberechtigte, 1872 auf 389 beziehungsweise 6 431 149, 1892 auf 401 beziehungsweise 11 390 542 und 1892 auf 444 Wähler, beziehungsweise 12 150 274 Wahlberechtigte angewachsen. Bei der diesmaligen Wahl sind 447 Wähler zu wählen und die absolute Mehrheit, die zur Erwählung eines Präsidenten nötig ist, beträgt also 224.

Die Wahl der Wähler vor anfangs den einzelnen Staatslegislaturen überlassen, und auch jetzt noch haben die Staaten innerhalb gewisser Grenzen das Recht, zu bestimmen, nach welcher Methode die Wahl stattfinden hat. In Michigan zum Beispiel werden die Wähler in den einzelnen Kongressdistrikten gewählt, während in allen übrigen Staaten das System der Wahl gilt, das heißt, jeder Wähler darf so viele Namen für Wähler auf seine Liste schreiben, als der Staat Wähler zu wählen hat. Wahlberechtigt ist jeder Amerikaner, der das 21. Lebensjahr überschritten und sich in die Stimmrollen eintragen lassen. Der Wahlmodus besteht in der Hauptsache darin, daß der Wähler auf der ihm übergebenen Kandidatenliste zu den Namen derjenigen Kandidaten, die er gewählt sehen möchte, ein Zeichen — ein liegendes Kreuz — macht. Obgleich manniplige Strafen für die Beeinflussung von Wählern eingeführt sind, kommt dergleichen doch noch sehr oft vor. Am wenigsten direkte Beeinflussung der Wähler ist in denjenigen Staaten möglich, wo das sogenannte australische Wahlverfahren eingeführt ist, das im wesentlichen folgendes ist: An den Stimmplätzen müssen Stimmlisten mit der Aufschrift „Allgemeine Zettel“ stehen und gleichzeitig Wahlen von Municipalbeamten stattfinden, Stimmplätzen mit der Aufschrift „Municipalzettel“. Für je 50 Wähler in einem Wahlkreis müssen in dem Wahllokal abgetrennte Räume eingerichtet sein, in die die Wähler einzeln eintreten, um ihre Zettel anzufertigen. Wer stimmen will, gibt Namen und Adresse an und erhält, wenn seine Wahlberechtigung nicht bestritten wird, von dem betreffenden Beamten je einen Stimmzettel für jede Partei, die Kandidaten im Felde hat. Mit dieser Kollektion Wahlzettel begibt er sich in die Schranke und stempelt dort ein X hinter den Namen desjenigen Kandidaten, für den er stimmen will. Stempel und Tinte müssen von den Behörden geliefert werden. Nachdem er den Stimmzettel ausgefüllt und so gefaltet hat, daß dessen Nummer auf der Außenseite, nicht aber die Parteibezeichnung ersichtlich ist, verlegt er den geschlossenen Raum. Der Wähler faltet sämtliche Zettel in der angegebenen Weise und muß ebenso viele Zettel, als er vom Beamten erhalten hat, diesem wieder zurückgeben. Dessen darf er nie nicht wieder. Stimmt die Nummer der Zettel mit der im Wahlregister angegebenen, dann ruft der Wahlbeamte: „gestimmt“. Niemand darf länger als zehn Minuten in dem geschlossenen Raume bleiben. Wer seinen Zettel verdirbt, kann einen anderen verlangen, dies darf aber nicht öfter als dreimal — in New-York viermal — geschehen; alle auf diese Weise zurückgegebenen Zettel müssen sofort als ungebraucht bezeichnet werden, und über alle diese Zettel ist Rechnung abzulegen. Wer unter Eid auszusagen, daß er des Besessenen unkundig ist, soll auf Ersuchen seinen Zettel durch irgend einen der von ihm namhaft zu machenden Wahlbeamten ausfertigen lassen. Die Wahlbehörde hat jedem Wähler auf Ersuchen während fünf Tagen vor der Wahl einen Musterzettel auszubehändigen. Jeder Wähler hat das Recht, am Wahltage auf die Dauer von zwei aufeinanderfolgenden Stunden zwischen Oeffnung und Schließung des Stimmlokals seinen Posten zu verlassen, den er im Dienste des Arbeitgebers inne hat, und er soll dafür weder bestraft werden, noch Einbuße an seinem Lohn erleiden. Es ist den Wahlbeamten nicht erlaubt, den Namen eines Kandidaten zu enthüllen, für den irgend ein Wähler gestimmt hat, noch soll ein Wahlbeamter oder Bürger im Umkreise von tausend Fuß von einem Stimmplatz als Stimmwerber thätig sein. Niemand darf an einem Stimmplatz jemanden fragen, für wen er zu stimmen beabsichtigt.

Solche Bestimmungen sind freilich noch nicht überall in Geltung, und es kommen mancherlei Abweichungen vor. In New-York zum Beispiel sind die Stimmplätze von 6 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags offen, an anderen Orten fängt die Wahl später an und endet auch später. Da sich der Name der Präsidentschaftskandidaten natürlich nicht auf der Liste der Wähler befindet, so hat sich der Wähler genau davon zu unterrichten, welcher Partei die betreffenden Kandidaten angehören. Findet außer der Abstimmung für Wähler, Gemeinde- und Distriktsämter auch noch eine Entscheidung über Vorschläge zur Abänderung der Staatsverfassung statt, so erhält der Wähler noch zwei weitere Stimmzettel, einen für und einen gegen das betreffende Amendement.

Außer der Wahl der beiden Präsidenten, die geborene amerikanische Bürger sein müssen, findet am 3. November auch in allen Staaten mit Ausnahme von Vermont, Maine, Arkansas, Florida und Georgia, wo die Wahlen schon stattgefunden haben, die Wahl von Abgeordneten für das Repräsentantenhaus in Washington sowie der Gouverneure und zahlreicher Staats- und Stadtbeamten statt. Die Zahl der Repräsentanten, die auf zwei Jahre gewählt werden, beträgt 386. Die Repräsentanten müssen 25 Jahre alt und seit sieben Jahren Bürger der Vereinigten Staaten sein, während die Senatoren, deren bekanntlich je zwei für jeden Staat von den betreffenden Legislativen ernannt werden, dreißig Jahre alt und seit neun Jahren Bürger der Vereinigten Staaten sein müssen.

Afrika.

Kairo, 31. Okt. Die Scheichs mehrerer bedeutender Stämme des Sudan haben sich der ägyptischen Regierung unterworfen. Es befindet sich daher ein großer Teil der Wüste zwischen Dongola, Berber und Omdurman im Besitze von Arabern, welche der Regierung freundlich gesinnt sind.

Langer, 1. November. Der Prozeß gegen die Mörder des Deutschen Kochtrod dauerte nur 15 Minuten. Der Sultan hatte die Urtheile, welche auf 2 bis 10 Jahre lauten, bereits vorbereitet.

Der Sultan überschickte dem englischen Gesandten 25 000 Dollars zum Ban einer neuen Note in Langer. Dies ist eines von den Zugeständnissen, welche der englische Gesandte vor einigen Monaten erlangt hat. Der Sultan befehlet den Gouverneuren von Langer und Tetuan, Expeditionen zur Bekämpfung des Stammes der Beni Gorfet zu entsenden.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Nach Beendigung des Gothaer Parteitag sprach Genosse Feldmann aus Langenbielau in mehreren Volkversammlungen in Schlesien, Ostpreußen und Mecklenburg, die sich durchweg eines guten Besuchs zu erfreuen hatten und bis auf eine — in Schwerin i. M. wurde die Versammlung aufgelöst — auch einen guten Verlauf nahmen. In Mecklenburg dürfen politische Versammlungen ohne ministerielle Genehmigung nicht abgehalten werden und da Sozialdemokraten eine solche Genehmigung selbstverständlich nicht erhalten, so werden eben unpolitische Versammlungen abgehalten, wozu keinerlei Anmeldung oder Genehmigung erforderlich ist. Diese Art Versammlungen werden aber aufgelöst, sowie dort nach Ansicht der überwachenden Beamten Polizei getrieben wird. In Schwerin erfolgte übrigens die Auflösung der Versammlung zu unrecht, denn sie geschah, als Genosse Feldmann eine rein geschichtliche

Uebersicht über die Entwicklung der Fäuste gab, worin man wohl nur in Mecklenburg eine Erörterung politischer Gegenstände erblickt.

Ueber das Thema: Duellstrafe und Pressefreiheit sprach Genosse Wessel in Düsseldorf in einer von gut 1000 Personen besuchten Versammlung, in der alle Bevölkerungsklassen vertreten waren, unter lebhaftem Beifall. Der Kern der Düsseldorfer Einwohnerschaft über den Duellstrafe und über die Preussensche Heldenthat läßt sich, wie man uns von dort schreibt, kaum schildern, und daß der Ausgang der Duellstrafe, die gegen eine Anzahl Rebellente angehängt wurden und wobei unser Genosse Wessel zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, nicht geeignet ist, die Stimmung zu befähigen, versteht sich von selbst.

Im Reichstags-Wahlkreis Mainz verschmähen die Gegner kein Mittel, um den Sieg unseres Kandidaten Dr. David zu verhindern. In einer ganzen Reihe von Ortschaften sind uns von den Wählern sämtliche größere Lokale zur Abhaltung von Wählerversammlungen verweigert worden.

Franz Maria Reiter theilt in der „Schwäb. Tagwacht“ mit, daß er der Stand ihrer Gesundheit für die nächste Zeit leider jede Agitation außerhalb wie innerhalb Württembergs unmöglich macht.

Die österreichische Parteipresse ist um 4 neue Organe verstärkt worden. In Gablitz an der Reiffe (Brunnengasse 25) erscheint seit 22. Oktober „Der Gebirgsbote“, sozialpolitisches Organ für das Herz- und Riesengebirge; in Floridsdorf bei Wien (Angererstr. 20) erscheint in den ersten Tagen des November der „Wähler“, sozialdemokratisches Organ für die Interessen der Wähler in der fünften Kurie; in Prag (II. Fleischhoderstraße 14) ist am 13. v. M. die erste Nummer des „Právo“, Organ der tschechischen Sozialdemokraten, erschienen, und in Pilsen wird Anfang November ein zweites politisches Blatt unter dem Titel „Nová Doba“ erscheinen.

In Johannesburg im Transvaal, wo bekanntlich der deutsche sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ besteht, ist nun auch die Gründung eines englischen Sozialistenvereins im Gange; derselbe wird einen Zweig der Londoner Sozialdemokratischen Föderation bilden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Suchsland in Luckenwalde wurde Genosse Huth, der Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, vom Schöffengericht in Brandenburg zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Der Amtsanwalt hatte 1 Monat beantragt. Es handelte sich um eine Kritik der Thatfache, daß der Bürgermeister 31 M. Zeugengebühren irrtümlich liquidirt hatte. Der Gerichtshof erblickte darin nur ein grobes Versehen, während die „Brandenburger Zeitung“ strenger geurteilt hatte.

Gewerkschaftliches.

Ein Vorkommnis von Verhätigungen ist über und hienübergegangen wegen der Bekannmachung, die die Lohnkommission der Lithographen und Steindruckere Berlin über den Stand des Streiks in der Sonnabend-Nummer (Nr. 266 vom 31. Oktober) veröffentlichte. Alle Verhätigungen begannen mit folgender Einleitung: „Es ist unwahr, daß sämtliche Kollegen, welche in Ringdruckereien beschäftigt waren, ausständig sind.“ Zum Beweise dessen werden dann von den einzelnen Firmen eine Reihe Daten angegeben.

Herr A. Radtke, Markstr. 8, erklärt: In meinem Betriebe sind zur Zeit 42 männliche und 76 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Herr B. Hagelberg, Neue Grünstr. 30, theilt mit: In meinem Betriebe sind zur Zeit 34 männliche und 24 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Herr W. Hagelberg, Marienstr. 19/22, schreibt: 1. In meinem Betriebe sind zur Zeit 252 männliche und 670 weibliche Arbeiter in Thätigkeit. 2. Die einzige Arbeiterin, welche sich in meinem Betriebe seit dem Ausstande die Finger zwar nicht „gerackelt“, sondern einen Finger gequetscht hat, ist keine neu angelehrte, sondern eine ältere gelernte Prägerin, welche sich gleich vielen anderen Berufsgenossinnen am Ausstande nicht betheiligt.

Herr Karl Hellriegel, Kochstr. 5, berichtet: Es hat sich keiner meiner Arbeiter am Ausstand betheiligt.

Die Herren Heymann u. Schmidt, Schönhauser Allee 164, sagen: In unserem Betriebe sind zur Zeit 112 männliche und 146 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Herr A. Sala, Schützenstraße 60, erklärt: In meinem Betriebe sind zur Zeit 6 männliche und 8 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Herr Wilhelm Böhm, Reichenbergerstr. 158, schreibt: In meinem Betriebe sind zur Zeit 62 männliche, 48 weibliche, zusammen 110 Arbeiter in Thätigkeit.

Die Herren Kberle u. Co., Luisenufer 11, theilen mit: In unserem Betriebe sind zur Zeit 29 männliche und 14 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Die Herren Eduard Böttner u. Co., Oranienburgerstraße 39, sagen: In unserem Betriebe sind zur Zeit 82 männliche und 100 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Die Herren Friedberg u. Silberstein, Elisabeth-Ufer 44, erklären: In unserem Betriebe sind zur Zeit 34 männliche und 104 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Die Herren Priester u. Eyd, Andreasstr. 32, berichten: In unserem Betriebe sind zur Zeit 52 männliche und 149 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Die Herren Grad u. Kron, Ritterstr. 13, theilen mit: In unserem Betriebe sind zur Zeit 3 männliche und 2 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Die Herren Kuhn u. Berger erklären: In unserem Betriebe sind zur Zeit 44 männliche und 56 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Die Herren Litzner u. Boyen, Stalitzerstr. 104, berichten: In unserem Betriebe sind zur Zeit 57 männliche und 181 weibliche Arbeiter in Thätigkeit.

Die Herren Otto Schäfer u. Scheide, Ritterstr. 111, sagen: In unserem Betriebe sind am Sonnabend, den 31. Oktober ca. 38 männliche und 8 weibliche Arbeiter für die vergangene Woche gelöhnt worden.

Die Lohnkommission der Lithographen und Steindruckere theilt uns zu diesen Verhätigungen mit, daß ihre Angabe, sämtliche Kollegen in den Ringdruckereien seien ausständig, abgesehen von ganz wenigen Firmen, zutreffend sei. Unter Kollegen wären selbstverständlich nur Lithographen, Steindruckere, Schleifer, Präger und Prägerinnen zu verstehen, nicht das übrige Personal.

Achtung, Porzellan- und Galanteriemaker! In der Malerei des Herrn Preußler in Berlin, Wasserthorstr. 73, sind wegen zu geringen Verdienstes Lohnstreitigkeiten ausgebrochen. Zugang ist deshalb streng ferngehalten. Alle Arbeiterblätter werden am Abdruck dieses gebeten. Verband der Porzellanarbeiter, Berlin II.

Aus Hamburg berichtet das Wolffsche Telegraphenbureau: Die Motorfahrer der Straßenbahn beabsichtigten am Sonntag wegen Lohnforderungen in den Ausstand zu treten. Die Polizei gab bekannt, wer ohne Kündigung streikt, verliert dauernd den polizeilichen Fahrschein. Der Streik unterblieb, soll aber angeblich am Dienstag beginnen.

Der deutsche Hafenarbeiter-Kongress wird wahrscheinlich Mitte Mai abgehalten werden. Als Tagungsorte sind in Aussicht genommen Hamburg, Magdeburg oder Frankfurt a. M.

Der Streik der Weber bei der Firma B. Neugebauer & Söhne in Langenbielau i. Schl. hat, wie aus der vom Streikkomitee veröffentlichten Abrechnung hervorgeht, insgesamt 21 545,80 M. Kosten verursacht. Eingegangen waren an freiwilligen Beiträgen, sowie von den Organisations 21 758,56 M., so daß ein Bestand von 212,76 M. vorhanden ist. Gestreikt hatten während des acht Wochen langen Lohnkampfes rund 500 Personen.

Ein neuer Streik der Messerreider in Solingen, der unter Umständen größere Dimensionen annehmen kann, steht bevor. Der Verein der Schlacht-, Brot- und Gemüße-Messerreider faßt einen dahingehenden Beschluß. Die in Arbeit befindlichen Messer dürfen noch zum alten Preise angefertigt werden, mit der Maßgabe, daß die Messer im Laufe der Woche fertig zu stellen sind. Neue Messer dürfen nur nach dem neuen Preisverzeichnis angefertigt werden. Alle Fabrikanten, welche das neue Preisverzeichnis nicht anerkennen, sind in Streik erklärt, und der Streik sollte event. vom 2. November ab ein allgemeiner sein. Weiter wurde beschlossen, daß keine Maßregelungen gebildet werden und alle Kollegen sich solidarisch erklären.

In Magdeburg ist der Ausstand der Maurer und Arbeiter auf dem Bau der deutsch-reformierten Kirche beendet. Der Meister versprach pünktlichere Lohnauszahlung, was die Forderung der Streikenden gewesen war.

In Leipzig nahm eine von gegen 1000 Personen besuchte Versammlung der Handelsangestellten, die von der freien Vereinigung der Kaufleute einberufen war, nach einem Referat des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer zwei Resolutionen an, worin die Bestimmungen zum VI. Titel des Handels-Gesetzbuch-Entwurfs als mangelhaft und dringend verbesserungsbedürftig bezeichnet sind und gegen die Sanftionierung der Konkurrenzkauf-Verträge und gegen die Verkürzung der Sonntagruhe protestirt wird. Die Versammlung beschloß einstimmig, an den Rath und die Stadtverordneten Leipzigs die Forderung zu stellen, die Sonntagarbeit im Handelsgewerbe auf drei Stunden zu beschränken.

Aus Wien. Auch das Personal der Interspinnerei in Simmering hat die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt zu dem unerfreulichen Ausgang des Streiks: Wir müssen abermals, wie schon so oft, mahnen, im Gebrauch der Waffe des Streiks die größte Vorsicht walten zu lassen.

In der Lohnbewegung der Schuhmacher ist am 28. Oktober ein vorläufiger Friede geschlossen worden. Die Firmen Löwenstein, Bedeles und Tremmel erklärten, bis zur Beendigung der Kommissionsverhandlungen den von den Arbeitern vor kurzem durchgesetzten Tarif zu bezahlen. Unter dieser Bedingung wurde bei diesen Firmen die Arbeit wieder aufgenommen. Dergleichen erklärten die Vertreter der Unternehmer, dahin wirken zu wollen, daß auch bei den Firmen Wippler und Rubez unter denselben Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen werden könne. Im übrigen ergab die Verhandlung ein für die Arbeiter keineswegs befriedigendes Resultat. Die Hauptforderungen der Arbeiter: Beseitigung des Sühnwesens und Errichtung von Betriebswerkstätten, wurden auf Grund eines Beschlusses der letzten Fabrikantenversammlung rundweg abgelehnt. Die Vertreter der Arbeiter nahmen diese ablehnende Antwort sowie einige auf den Minimallohn-Tarif bezughabende Propositionen zur Kenntnis, um einer Vertrauensmänner-Versammlung darüber zu berichten. Diese wird erst über die weiteren Schritte beschließen.

In Limoges in Frankreich droht wiederum der Ausbruch eines Konflikts in der Porzellanindustrie. Nach Beilegung des jüngsten Konflikts zu Gunsten der Arbeiter hatten einige Fabrikanten ein neues Reglement ausarbeiten lassen, das die Bestimmungen betreffend Geldbußen verschärfte. Ein Theil der Arbeiter der Firma Delinires stellte nach unfruchtbareren Unterhandlungen die Arbeit ein unter Zustimmung der Gewerkschaft. Darauf antwortete nun das Unternehmer-Komitee mit der Drohung einer allgemeinen Aussperrung, falls die Streikenden die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Ueber den Droschkentischer-Streik in London berichtet das Herold'sche Bureau: Seit drei Tagen verweigern die Londoner Lohnkutscher den Reisenden ihre Dienste. Anstatt diesbezüglichen bis ins Innere der Bahnhofe zu befördern, sehen sie die Reisenden mit ihrem Gepäck vor dem Bahnhof ab, was zu vielen Unzuträglichkeiten führte.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Görlitz, 2. Nov. (W. T. B.) Dem „Neuen Sächsischen Anzeiger“ zufolge fand in der „Friedrich-Hoffnungsgrube“ zu Hermsdorf eine Explosion schlagender Wetter statt, durch welche 8 Bergleute nicht unerheblich verletzt wurden.

Breslau, 2. November. (W. T. B.) Der Ritterguts- und Fabrikbesitzer Hans v. Deder aus Hoberstein bei Hirschberg im Riesengebirge stirbt, wie der „Breslauer General-Anzeiger“ meldet, bei Ritterbach in der Nähe von Löben auf der Jagd aus dem Wagen, wobei sich das Gewehr entlad und die Kugel dem Jäger in den Leib drang. Herr v. Deder war sofort todt.

Frankfurt a. M., 2. November. (W. T. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Aachen: Der Weberausstand bei der Firma Laake in Eupen wurde durch Vergleich beendet.

Prag, 2. November. (W. T. B.) Dem Edelsteinhändler Safary ist auf der Bahnstrecke Salow-Turnau eine Tasche mit Granaten entwendet worden. Die Steine hatten einen Werth von 15 000 Gulden.

Paris, 2. November. (W. T. B.) Demanceau, der Leiter des Anarchistenblattes „Libertaire“, ist verhaftet worden. Er wird beschuldigt, an einem Einbruch, den zwei Individuen, die der anarchischen Partei angehören, erklärten, am letzten Sonnabend versucht hatten, betheiligt gewesen zu sein.

Paris, 2. November. (W. T. B.) Wie der „Temp“ aus Madrid meldet, übernimmt die Bank von Spanien die Emission einer Anleihe im Betrage von 400 Millionen Franks gegen eine Provision von 1/2 pCt. Von dieser Summe sollen 62 Millionen zur Rückzahlung an die „Banque de Paris et des Pays-Bas“, 50 Millionen zur Rückzahlung der Vorschüsse an die Bank von Spanien dienen. 20 Millionen soll die „Compagnie transatlantique“ für die Truppentransporte nach Kuba erhalten; der Rest ist für die Kosten der Feldzüge auf Kuba und auf den Philippinen bis Ende Januar vorgesehen.

Palermo, 2. November. (W. T. B.) In Percara ist gestern der berühmte Räuber Antonino Nizzo verhaftet worden.

Caserta, 2. Novbr. (W. T. B.) Neun Fischerbarken sind bei Costa von einem heftigen Sturm überrascht worden. Eine Barke ist umgestürzt, von den neun Insassen sind drei gerettet, die übrigen ertrunken. Das Schicksal der anderen Barken ist unbekannt.

Warschau, 2. November. (W. T. B.) Bei einem Eisenbahn-Zusammenstoß in der Nähe von Bionow sind sechs Waggons, mit Getreide beladen, gänzlich zertrümmert worden; zehn Waggons wurden stark beschädigt. Eine Anzahl Bahnbeamten erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Warschau, 2. November. (W. T. B.) Der Umstand, daß bei der Welterwahl an der hiesigen Universität Chamberlain anstatt des allseitig beliebten Deputirten Birell zum Ehren doktor gewählt wurde, veranlaßte die Studenten, einen ungeheuren Krawall zu inszenieren. Polizei und Feuerwehr schritten ein, um die Ruhe wieder herzustellen. Sieben Studenten wurden in Haft genommen.

Tokales.

„Der Lokal-Anzeiger hat jetzt 200 000 Abonnenten.“ Diese Mitteilung, die am Montag auf riesigen Plakaten an den Auslagständern verhandelt wurde, liest sich wie eine schwere Anklage gegen einen beträchtlichen Teil der Berliner Bevölkerung. Das Geschäftsprinzip des Blattes, das eine derartige, bis jetzt in Deutschland unerhörte Auflage erreicht hat, besteht darin, sich peinlich zu hüten, über irgend eine politische oder soziale Angelegenheit eine Meinung auszusprechen. Das Blatt will keinem zu nahe treten und vor allem nicht den herrschenden Machtfaktoren. Darum muß es, ob es will oder nicht, den niedrigsten Instanzen schmeicheln, und darum giebt es keine politische oder soziale Ungehörlichkeit, die groß genug wäre, den „Lokal-Anzeiger“ zu einem scharfen Worte ehrlicher Entrüstung hinarbeiten. Im alten Athen mußte der Mann, der im Kampfe der Parteien keine Stellung genommen hatte, schimpflich die Stadt verlassen; im modernen, von sozialen Kämpfen durchwühlten Berlin steigt das Blatt, dessen politisches und soziales Prinzip es ist, auch nur den Anschein einer selbstständigen Meinungsäußerung ängstlich zu vermeiden, auf eine Auflage, mit der auch nicht entfernt irgend eine andere Zeitung in Konkurrenz treten kann. Und die Ursache? Das Blatt ist sensationell, es bringt die neuesten Nordgeschichten am schönsten und ausführlichsten, es läßt sich aus Italien über Hammerstein's Schlipshandel telegraphieren und ehrt den im Gefängnis sitzenden Nordbuben Grosse, indem es sein wertvolles Kontor heute an derselben Stelle bringt, wo morgen irgend ein Potentat prangt. Das macht kein anderes Blatt so gut wie der „Lokal-Anzeiger“ und nun schon garnicht ein politisches Blatt, das unter heftigen, aufreibendem Kampf den Unterdrückten und Entbehrten eine neue, bessere Welt erbauen helfen will. Wenn unsere Parteigenossen rühmend der 150 000 Berliner Stimmen gedenken, die bei der letzten Wahl den Kandidaten der Sozialdemokratie zugefallen sind, dann mögen sie sich der Worte erinnern: „Der „Lokal-Anzeiger“ hat 200 000 Abonnenten,“ und danach ihre Agitation einrichten!

Aus der Konfiskationsordnung von 1573. Eine attige Kurzeil bietet das „Gemeindeblatt“ seinen Lesern durch eine Beilage, welche die Verhandlungen der vorletzten Stadtverordneten-Versammlung über die bekannte Konfiskationsordnung vom Jahre 1573 im amtlichen stenographischen Berichte der Bürgerchaft mitteilt. Aus dem Berichte über die Versammlung selbst ist bekannt, welche Heiterkeit der Stadtverordnete Dr. Bergmann erregte, als er einzelne Bestimmungen jener Konfiskationsordnung im Wortlaute vortrug. Die Sache verdient es, daß wenigstens einige Blätter dieses Straußes nicht so schnell verweilen. Daß Anno dazumal in dem geistlichen Stande eine große Anzahl verbummelter Existenzen zu finden waren, geht aus dem Kapitel über die „Vocation“ hervor, in dem es u. a. heißt: „Zu dem sollen auch zu einem so wichtigen Ampte, wie Bischof, Pfarrer, Kaplan, Schreiber, Schlichter oder andere verdorbene Handwerker und Bediener, die ihre Grammatik nicht studiert, viel weniger recht lesen können, und alleine weil sie jenes Berufs nicht gewarnt, verdorben und nirgends hinaus wissen, nothhalber Pfaffen werden, gestaltet noch angenommen werden.“ — Ueber Lehre und Sitten der Pfarrer spricht sich die Konfiskations-Ordnung also aus: „Den Pfarrern und Predigern gebührt auch, die Gottlose, Faulen, Trege, unachtsame Leute, so Gotteswort und die Predigt verfehlen oder sonst in der Arbeit, und Sondthierung erwarten, auch von dem Gebrauch des hochwürdigsten Sacraments des Altars sich etliche Jahr wehren, dergleichen die in Unzucht, Ehebruch, Zauberei, Fußlaufen, Spielen, Wucher und anderen öffentlichen Gottesleistungen leben, damit berüchtigt oder verdächtig sein, trennlich zu ermahnen, sich zu bessern, und von sünden abzustehen. Mit angehefteter Verwarnung und Bedrängung, da jemandis also in verachtung Göttlichen Worts, und rohem Leben fortfahren, und nicht bey jette zur Buße schreiten würde, da der ober dieselben zu Gefalterschaften, und andere christlichen versammlungen und Feuden, nicht sollen zugelassen. Vielweinig, da sie verstorben, auff die Kirchhöfe als Christen begraben, Sondern ohne einiche christliche verordnete Geseze, als die unvernünftigen Thiere, anders wohin sollen begraben werden, und da sie durch solch schreden oder gütlich vernahmen, sich auch nicht wollten aus dem unbußfertigen leben begeben.“

Kunst und Wissenschaft.

Theater des Westens. Viel Klammere vor, viel Spektakel während der Hamlet-Aufführung am Sonnabend. Das Theater des Westens wollte Herrn Bonn, der von München und Wien her gewohnt ist, von sich reden zu machen, feierlich als großen tragischen Schauspieler einführen. Es hieß, Herr Bonn werde einen Hamlet schaffen einen Hamlet nach den neuesten Ergebnissen der Schakspere-Forschung. Wenn ein Schauspieler sich wissenschaftlich drapirt, so hat man ein Recht, gegen ihn mißtrauisch zu sein. Wenn er mühsam in sich hineinpumpt, was der Kommentator die Weisheit ausgegründelt hat, so wird kaum etwas Lebendiges daraus. So ging es auch mit dem wissenschaftlichen Hamlet des Herrn Bonn. Hamlet ist ein Geschöpf, bei dem Nerv und Geist vor dem muskeltätigen Leben Oberhand haben. Ein melancholischer Nachdenklicher wird vor eine blutige That gestellt. Nach schauspielerischer Tradition wird nun Hamlet als beschaulicher Mann gegeben, der trüblich in sich gelehrt ist. Wo die Hamletauffassung zur Schablone erstarrte, da pflegte man den Länenprinzen als völlig schlaffen Trummer zu spielen, als Menschen, der völlig blutlos geworden. Das war in der That ein Uebel. Gut, dachte Herr Bonn, ich mache es umgekehrt, und er versetzt in ein Extrem, das abermals von Uebel ist. Vor lauter Sucht, originell zu sein, kam Herr Bonn auf die geschmacklosten Verlehrheiten. Sein Hamlet wüthete zu Zeiten auf der Bühne, wie ein toller Draufgänger; ja nach dem Monolog Sein oder Nichtsein beging Hamlet, der blutsehene, einen Selbstmordversuch. Wie kann man an einem großen Dichter ländigen, wenn ein nützlicher Kommentator den Schauspieler zum Widersinnigen treibt! Und das Schlimmste von Allem: Die todbende Leidenschaftlichkeit von Bonn's Hamlet war äußerlich, war gemacht. — Ueber die übrigen Darsteller wäre nicht viel zu berichten. Den Schauspielern des Theaters im Westen wird eine überreiche Arbeitslast zugemüthet; sie können sich in ihre Aufgaben nicht recht vertieft, und so dienen sie im Hamlet gleichsam nur zum Untergrund, von dem sich die Künstler des Herrn Bonn blendend abheben sollte.

Im Residenz-Theater wird eine neue Poffe, „Die Vielgeliebte“ von Jarno und Fischer, zwei Berliner Schauspieler, gegeben. Es ist eine richtige Schauspielerkomödie, ein Brevi von allerhand Bühnenerinnerungen: Ein weiblicher Industrieller, „Die Vielgeliebte“, angelt im Kurort Ischl nach einem soliden Gatten; ein schnoddriger Berliner steckt seinen Trauring in die Westentasche und geht in den Alpen auf Abenteuer aus, ein Japaner bekommt, wenn er sich erregt, die merkwürdigsten Zufälle, er muß einschlafen; kurz, was sich in der

Sollen die Pfarrer dieselben selbst davon nicht halten, oder ausschließen, Sondern solchen zum Ueberfluß an unser Konfiskationsordnungen, dann in solchen und dergleichen Sachen im Fiscal vorordnet, welcher widder solche Verbrecher mit Prozeß gebühlicher zu erfahren, Gewalthat.“ — Und das alles soll heute noch zu recht bestehen!

Aus der Geschichte des Berliner öffentlichen Fuhrwesens. Am 30. Oktober 1848, also jetzt vor 50 Jahren, wurden in Berlin die ersten Omnibuslinien konzeffionirt. Es waren zunächst die folgenden 5 Linien: 1. Alexanderplatz—Unter den Einden—Benderstraße, 2. Karlsbad—Mollenmarkt—Jannowbrücke, 3. Hallesches Thor—Chausseestraße—Hamburger Bahnhof, 4. Anhalter Bahnhof—Gade'scher Markt—Schönhauser Thor, 5. nach Charlottenburg. Die „Konzeffionirte Berliner Omnibus-Kompagnie“ eröffnete den Betrieb noch in demselben Jahre mit zunächst 20 Wagen und 120 Pferden. In der Entwicklung der Verkehrsmittel war damit ein wichtiger Schritt vorwärts gethan. Versuche, einen regelmäßigen, an bestimmte Abfahrzeiten gebundenen Omnibusverkehr ins Leben zu rufen, waren in Berlin schon früher gemacht worden, aber bisher immer gescheitert. Bereits 1829 waren dahingehende Wünsche laut geworden, kurz nachdem in Paris die schon 150 Jahre früher aufgenommenen, aber später eingegangenen Omnibus wieder eingeführt worden waren. Daß das Unternehmen für Berlin erst 1848 verwirklicht wurde, lag in der Hauptsache daran, daß man sich über die Streiffrage „Monopol oder freie Konkurrenz“ nicht einigen konnte. Diese Frage, die auch gegenwärtig die Berliner Bevölkerung wieder lebhaft beschäftigt, hat in Berlin, so lange hier überhaupt ein öffentliches Fuhrwesen besteht, — seit 1789, wo ein Kaiser-Institut ins Leben gerufen wurde, das 1794 einging und erst 1815 als Droschken-Institut wieder auferstand — den Behörden wie den beteiligten oder Betheiligung wünschenden Unternehmern viel zu schaffen gemacht. Man hat beides, Monopol und freie Konkurrenz versucht, aber mit beiden schlechte Erfahrungen gemacht. Mit Privatunternehmern sind eben überhaupt keine guten Erfahrungen zu machen. Im Berliner Omnibus-Fuhrwesen führte die Konkurrenz, die sich dieses Ausbeutungsobjektes sehr bald bemächtigte und infolge immer neuer Konzeffionirungen rasch anwuchs, zu einer erheblichen Verbilligung der Fahrpreise, aber auch zur Verschlechterung des Materials und anderen Mängeln des Betriebes, so daß schließlich allgemein eine Zentralisation des gesamten Omnibusverkehrs verlangt wurde. 1868 wurden dann die sämtlichen Omnibusunternehmen zu einer „Berliner Omnibus-Gesellschaft“ vereinigt, an deren Stelle 1888 die „Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft“ trat. Wie diese Gesellschaft hinterher das Publikum ausgebeutet hat, ist ja hinreichend bekannt. Das Endergebnis der viel gepriesenen Konkurrenz möglichst vieler Privatunternehmer war also auch hier das übliche. Wenn die Segner sich lange genug bekämpft haben, ohne einander unterzukriegen, dann bestimmen sie sich auf ihren gemeinsamen Vortheil und reichen sich die Bruderhand zur Versöhnung; oder die schwächeren Segner werfen sich, wenn sie merken, daß sie nicht länger Widerstand leisten können, dem stärkeren in die Arme. Und die Kriegskosten zahlt allemal das Publikum!

Zur Werthaffäre Levy. Ueber das Vorleben des jungen Werner werden uns einige Einzelheiten berichtet, welche die von uns ausgesprochene Ansicht bestätigen, daß Personen, die eine moralische Verpflichtung gehabt hätten, sich um sein Wohl und Wehe zu kümmern, anscheinend nicht das geringste gethan haben, die Reime des Onten in dem jetzt zum Mörder gewordenen jungen Menschen zu pflegen und schlechte Auswüchse zu beseitigen. Werner war etwa 16 Monate beim Justizrat Levy beschäftigt, und erhielt an Gehalt zu Anfang 15 Mark, dann 20 Mark und schließlich 25 Mark im Monat. Dies Geld hat er regelmäßig an seine Mutter abgeliefert, und sein Arbeitgeber scheint keine Ursache gehabt zu haben, die gute Meinung zu verlieren, welche die Mutter und auch im übrigen Leute aus seiner Bekanntheit von ihm hegten. Im Gegentheil berichtet die Mutter, daß nach ihrer Meinung oft genug Grund vorhanden gewesen sei, sich bei Herrn Levy über allzu große Ausnutzung ihres Kindes zu beklagen. Der Junge habe morgens zeitig ins Bureau gehen müssen; die Mittagszeit über sei er gleichfalls in Anspruch genommen worden, so daß er nicht habe zu Tisch kommen können, und abends wäre er um 8 oder 9 Uhr, oft bis auf die Haut durchnäßt, endlich von den vielen Bureauangängen, die er zu verrichten hatte, heimgekehrt.

Berliner und der Pariser Poffe in den letzten Jahren wirksam erwiesen hat, das haben die beiden Autoren in ziemlich loederer Arbeit zusammengetragen. Aber es wurde nichts Rechtes daraus. Das Publikum am Sonntag nahm die Späße wohl etwas freundlicher auf, als das Premieren-Publikum am Sonnabend. Aber zu vollem Behagen kam man nicht; trotz der jappelnden Unfähigkeit des Herrn Alexander, der den Berliner Schwereindner gab, und trotz des Herrn Pagay, der einen Wiener Kellner in jeder Korrosatur zeichnete.

Nach der Poffe wird ein einactiges Gelegenheitspiel: „Treptom's Abschied“ von Dr. Leipzig aufgeführt. Viele Kallener und viel Gespötte über die faust entschlossene Aufstellung in Treptom bilden den Inhalt der Komödie. Wie weiß man jetzt so tapfer zu lästern, was man einst mit hellen Fanfaren begrüßte, als es entstand.

Im Beckhaller-Theater ist am Sonntag unter Leitung des Herrn Julius Turt Resroy's „Lumpavogelbandus“ gegeben worden. Heute erscheint einem Arbeiterpublikum die Welt des sorglosen Handwerkerthums, die der österrische Dichter mit lebenswürdigem Humor schildert, fast ebenso märchenhaft wie das Feenreich, das er im ersten Bilde seiner Poffe wohnen ließ erschließt. Wer geht, wie das lächerliche Kleeblatt, in der Gegenwart munter auf die Waise, wer verbringt den Abend auf der Herberge froh bei Bier, sauren Nieren und drallen Mädchen, wer fände in der Aera des Massenlebens und der Polizeihay den kindlichen Reichthum, der ehemals die zünftig legitimirte Handwerkerbürgerschaft mit einem fast poetischen Hauch umfleden mochte?

Wenn auch das vorgelagerte Sonntagpublikum vollaus begriff, daß die dargestellte Märchenwelt keinerlei Widerstand aus der gegenwärtigen Zeit spendete, so nahm es den freudigen Resroy dennoch dankbar hin. Und es hatte guten Grund, seine Zufriedenheit zu erkennen zu geben. Lumpavogelbandus wurde, einige Nebenrollen etwa abgerechnet, geradezu prächtig gegeben. Besonders günstige Umstände brachten es mit sich, daß die drei lustigen Hauptrollen in den Herren Worlisch, Jürgens und Manusli vorreffliche Darsteller fanden; ganz besonders glänzte der letztgenannte Herr, den der Fettel als aus Prag Kommender bezeichnet, in der Rolle des biederen Schüfers Anterim durch kernigen, echt österrischen Humor. Und zu diesem Kleeblatt gefellte sich Frau Dora, die bekannte Soubrette, als nobilitates Fräulein Camilla. Wie ehemals im Zentral-Theater, so wußte sie auch hier durch ihren schelmischen Roupelvortrag zu glänzen. Zum Schluß sei noch des Orchesters gedacht, das unter Leitung des Kapellmeisters Wolff in der Nachmittagsvorstellung brav seine Pflicht that.

Ein schlimmer Regentag sei auch die Ursache des „Diebstahls“ gewesen, dessen er sich nach der Mittheilung einiger Blätter schuldig gemacht haben soll. Er habe an dem Tage durchnäste Füße gehabt, und da sei er denn mit den Gummischuhen, die Herr Levy im Bureau stehen gehabt habe, nach Hause gekommen. Selbstverständlich hätten die Schuhe am andern Morgen wieder an ihrem Plage gestanden. Frau Werner bezeichnet ferner die Nachricht als unrichtig, daß ihr Sohn wegen Unterschlagungen aus seiner Stellung entlassen worden sei. Ihm sei die Beschäftigung zu strengend gewesen und sie als Mutter habe gleichfalls geglaubt, daß er eine Arbeit, wie die im Bureau des Rechtsanwalts, wohl gelegentlich mit einer, die seinen Kräften mehr zusage, vertauschen könne. Die Ursache seiner Verderbnis schreibt die Mutter dem Umgang mit Urfache und der Beschäftigung in der Ausstellung zu, welche er, wie bekannt, dort bald bei Gebr. Naglo gefunden hatte. Sie habe sich schwere Sorgen gemacht, als ihr Sohn schließlich bummelig geworden sei, und sogar die Nächte außer dem Hause verbracht hätte, und sie glaube, daß es ihr möglich gewesen wäre, ihr Kind wieder zur Raison zu bringen, wenn ihre Pfiogtochter nicht um diese Zeit eine schlimme Krankheit durchzumachen gehabt hätte, von der ihre ganze Kraft in Anspruch genommen worden wäre. Der Vormund, der für Werner eingesetzt worden sei, hat sich fast gar nicht um ihn gekümmert. Man mag das Bild, welches Frau Werner von ihrem Sohne entwirft, für ein solches halten, das durch mütterliche Liebe, die nimmer verfliegt, manche Jüge erhalten hat, die in Wirklichkeit eben nur das mütterliche Auge entdecken kann. Aber nicht allein die Mutter, sondern auch andere Personen, die Werner gekannt haben, bezeichnen ihn als einen Menschen, dem bis vor kurzem wenig Tadelhaftes nachzusagen gewesen sei. So auch der Prediger, der die Mutter am Sonntag besucht hat. Man wird es bei den herrschenden Moralansichten begreiflich finden, daß alle honesten Leute, die nach bürgerlichen Begriffen etwas auf sich halten, nach Bekanntwerden der Greuelthat die „Mutter des Mörders“ gemieden haben. Das bischen Weisheitsarbeit, mit der sie sich ernährt, ist ihr entzogen worden, und bis in die letzten Tage hat sich, einige gleichfalls arme Nachbarn ausgenommen, die ihr einen Topf Suppe in die im Quergebäude des Hauses Georgenkirchstraße 53, 3 Treppen hoch belegene Wohnung brachten, kaum ein menschliches Wesen um die Frau gekümmert. Zu dem furchtbaren Schmerz, den der Sohn ihr bereitet, muß sich nun auch noch die materielle Noth gesellen, wenn nicht einige weniger auf äußere Respektabilität versessene Leute sich der unglücklichen Mutter annehmen werden.

Benno Werner hatte gestern wieder eine lange Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter Landrichter Telle zu bestehen, welche von morgens 9 bis mittags 1 Uhr dauerte. Dem Vernehmen nach ist Werner auch gestern bei seiner mit den Ausgaben des Oeffen in Widersprüche stehenden Darstellung geblieben; infolge dessen wurde am Nachmittage Willy Grosse vorgeführt und vernommen. Eine Konfrontation der beiden Parteien hat auch heute noch nicht stattgefunden.

Ueber die Qualität der neuerdings in Sachen eines Fel. D. erlassenen polizeilichen Preßberichtigung giebt die folgende, von einigen hiesigen Blättern gebrachte Meldung einige Aufklärung. Wie lesen da: „Der schwere Mißgriff der Kriminalpolizei“, über welchen wir wiederholt berichtet haben, beschästigte am letzten Sonnabend den Untersuchungsrichter am hiesigen Landgericht I, Herrn Landrichter Telle. Der Herr Polizeipräsident hatte bekanntlich die Redaktionen um Aufnahme einer Berichtigung ersucht, in welcher behauptet wurde, daß kürzlich unter einem schimpflichen Verdachte zur Kriminalpolizei sistirte Fräulein D. habe einer wegen Verbrechens wider keimendes Leben verhafteten Frau F. nach Angabe „einwandfreier Zeugen“ längere Besuche abgestattet. Wegen dieser Berichtigung“ hat der Vater der Verdächtigten, wie gemeldet, beim Herrn Minister des Innern Beschwerde geführt, und auf dessen Veranlassung wohl die Ladung des Fräulein D. vor den Untersuchungsrichter zurückzuführen sein dürfte. Dem letzteren legte übrigens der Vater der gemahregelten jungen Dame das amtliche Attest eines königlichen Bezirksphysikus vor, welches darüber nicht den leisesten Zweifel aufkommen läßt, daß der gegen Fräulein D. ausgesprochene Verdacht völlig unbegründet ist. Herr Landrichter Telle ließ die inhaftirte Frau F. aus dem Untersuchungsgefängnis vorkühren; diese behauptete, daß sie das Fräulein D. nicht kenne und niemals längere oder

Arthur Schnitzler's neuestes Schauspiel „Freiwild“, das heute, Dienstag, im „Deutschen Theater“ zum ersten Male in Szene geht, weist folgende Besetzung der Hauptrollen auf: Oberleutnant Karinski: Oskar Sauer; Oberleutnant Mohnfiedt: Hermann Nissen; Paul Wöning: Rudolf Mittner; Foidl Drehtinger: Hanns Fischer; Dr. Wellner: Artz; Emanuel Reicher; Lieutenant Vogel: Hermann Müller; Schneider, Direktor des Sommertheaters: Guido Thielischer; Finke, Regisseur: Emil Marz; Waldwin, Liebhaber und Geldspieler: Paul Dienstedt; Enderle, Komiker: Max Reinhardt; Anna Kiebel, Liebhaberin: Annie Trenner; Papi Fischer, Soubrette: Gisela Schneider; Käthchen Schütz, zweite Liebhaberin: Paula Oberg.

Zu dem Ende der Wechthalererei im „Deutschen Theater“ zu München schreibt unser dortiges Parteiblatt: Das war die höchste Zeit, denn das sonst so geduldige Münchener Theaterpublikum fing bereits an, recht ungemüthlich zu werden. In der Vorstellung vom gestrigen Abend war es zu lebhaften Protesten des Auditoriums gegen die Wechthalererei gekommen. Leute, die das meist vorgeführte Ballet mit musterhafter Ruhe angehört hatten, begannen sich protestirend zu regen, als mit dem Beginne des Dramas „Liebele“ das Wechthaler'sche Regime an die Arbeit kam. Grelle Pfiffe ertönten, der Ruf „Wechthaler raus“ erscholl und unter allgemeiner Unruhe, während der viele Zuschauer das Theater verließen, konnte das Spiel zu Ende geführt werden. Der Spektakel hatte natürlich auch die Schauspieler und, wie es schien, namentlich die Regie durcheinandergebracht. Mehrere Szenen wurden ganz ausgelassen. Eines der fähigsten Mitglieder, Fräulein Sanden, wurde plötzlich unwohl, so daß der Vorhang mitten in der Szene heruntergelassen werden mußte. Hinter dem Vorhang hervor schallte dann auch von der Bühne lebhaftes Lärmen in den Saal. Einige männliche Mitglieder waren hart aneinander gerathen und der Spektakel unter den Mimen erreichte seinen Höhepunkt, als das nicht zu verkennende Geräusch einer knirschenden Oberseite die energische Eruption wogender Gefühle anfangende. Soll das Unternehmen wirklich in die Höhe kommen zu gedeihlichem Wirken, dann müßten vor allen Dingen die Eigentümer für die nächste Zeit die rein kapitalistischen Interessen beiseite lassen und die Leitung einer energischen und genügend künstlerisch gebildeten Persönlichkeit übertragen, welche sich von dem Schmutz des Geschäfts-Theaterunternehmens rein gehalten hat. Aber, daß der Wille dazu vorhanden ist, bezweifeln wir billig. Und so wird der Effekt der schönen und rühmlichen Entrüstung des Publikums am Ende nur der sein, daß der kleine Theater-Sklavenhalter durch einen größeren ersetzt wird.

Stübrende Frauen. Von den sechs Abiturientinnen der Berliner Gymnasialkurse für Frauen sind der „Volks-Zeitung“

... Besuche derselben empfangen habe. Von den einwandsfreien Zeugen war keiner zur Stelle, auch erklärte der Herr Untersuchungsrichter die Sache für vollkommen aufgeklärt und erledigt, wie dies seiner Zeit — vor der Berichtigung des Herrn Polizeipräsidenten — auch der vernehmende Kriminal-Kommissar gethan hatte. Man darf daraus gespannt sein, wie sich der Herr Polizeipräsident nun zu der Angelegenheit stellen wird. Der Vater der unschuldig Verdächtigten hat nämlich in seiner Beschwerdeschrift beantragt, daß die polizeilicherseits veröffentlichte Berichtigung öffentlich widerrufen werde.

Auf Antrag des Antrags des Berliner Unfallstationen wegen Bewilligung einer Kostenbeihilfe für das Etatsjahr 1897/98 hat die Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege am Sonnabend unter Vorsitz des Stadtraths Bail beschlossen, die Bewilligung von 1000 M. bei den städtischen Behörden zu beantragen. Die Deputation begründete ihren Beschluß dahin, daß die Unfallstationen der Stadt einen Theil der Lasten abnehmen (so?) und die Stadtverordneten-Versammlung im vergangenen Jahre eine einmalige Unterstützung von 1000 Mark denselben bewilligt habe. — Auf Antrag des Vorsitzenden der Vereinigung Berliner Sanitätsämter wegen Unterstützung der Sanitätsämter aus städtischen Mitteln für das Etatsjahr 1896/97 hat die Deputation beschlossen, bei den städtischen Behörden statt der Deputation 89 750 M. nur 88 000 M. zur Genehmigung zu empfehlen. — Zum Assistentenarzt für die chirurgische Abtheilung des Krankenhauses Am Urban hat die Deputation den Dr. M. Schulz gewählt. — Zur Revision sämtlicher Stations-Medikamente hat die Direktion des Krankenhauses Noabit einen Dispositionsbekanntmachung beantragt. Die Deputation hat beschlossen, zu diesem Zwecke vorübergehend monatlich 100 M. zu bewilligen, und zwar so lange, bis die Arbeit beendet ist. — Der Magistrat zu Magdeburg hat beim Berliner Magistrat ein gemeinsames Vorgehen der Kommunalverwaltungen angeregt zur Einführung einer Zwangsversicherung Prostituirter behufs Deckung der durch ihre zwangsweise Behandlung in Belfankstätten u. dgl. entstehenden Kosten. Die Deputation hat beschlossen, die Sache weiter zu verfolgen und in anderen Städten Nachfrage zu halten.

Der Vergnügungspark. Der Magistrat hat nunmehr die Stadtverordneten-Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Terrain des ehemaligen Vergnügungsparks der Berliner Gewerbe-Ausstellung an die Kadeberger Exportbier-Brauerei auf die Zeit vom 1. Januar 1897 bis 1. Januar 1900 für eine jährliche Miete von 4000 M. zum Betriebe als Rad-fahrbahn, Eisbahn, Lawn-tennis-Platz, Wasserbahn, Turmbahn und der hierzu erforderlichen Restauration unter den vom Magistrat in der Vorlage näher angegebenen Bedingungen ver-mietet werde.

Die neuen polizeilichen Verordnungen. welche am verflochtenen Sonntag in Kraft getreten sind, haben bei der ersten Probe anscheinend sowohl die Bourgeoisie wie die Arbeiterschaft unangenehm überrascht. Denn während berichtet wird, daß die gutgesinnten Elemente die vielen rögenden Kirchen-Neubauten Berlins ebensowenig gefüllt haben wie ehemals, wirkte das Versammlungsverbot auf die allerdings vom Haarscherfenden Standpunkte aus ja so wie so infamische Arbeiterschaft, wie alle Versammlungsverbote zu wirken pflegen. Buzig machten sich in den Geschäftsläden die vielen mehr oder minder sauberen Lappen, die auch während der Versamszeit die Fenster und Thüren zieren mußten. Geschlossen waren in der Zeit von 10—12 Uhr nur die Großdestillationen, die ausschließlich Schnaps ausschütten. Die kleineren Geschäfte berufen sich darauf, daß sie auch Bier und namentlich auch Speisen führen. Die Schulpflicht waren natürlich nicht in der Lage zu untersuchen, ob hier oder dort vorwiegend der Ausschank von Branntwein betrieben wird. „Gnapsblich gekoffen sind die armen Bierlastenmänner und andere Hofmusikanten“. Unter ihnen war gestern des Jammers und Klagens kein Ende.

Die Freigabe der Treptower Chaussee, welche bekanntlich durch die Ausstellung gesperrt war, ist am Sonntag für Fußgänger erfolgt. Für Fußwerke wird die Chaussee, die in recht bedenklichem Zustande ist, erst am 9. November frei.

Neue Berliner Omnibus-Verkehrs-Gesellschaft. Mit Donnerstag den 29. Oktober trat der Winterfahrplan dieser Gesellschaft in Kraft, der bekanntlich jetzt auch die Linien der früheren Großen Berliner Omnibus-Gesellschaft umfaßt. Der Fahrplan weist 11 Linien auf. Neu eröffnet wurde die Linie Anhalter Bahnhof—Rosenthaler Thor, die durch die Königsgrabenstraße—Potsdamer Platz—Leipzigerstraße—Spittelmarkt—Mühlendamm—Poststraße—Heilige Geiststraße—Kaiser Wilhelmstraße—Neuer Markt—Nosenstraße—Spandauer Brücke—Rosenthalerstraße—bis zum Rosenthaler Thor läuft. In Fortfall gekommen sind die Linien Neues Thor—Reichenbergerstraße und Goltzstraße—Treptow. Die Linie Spittelmarkt—Reinickendorferstraße ist für den Winter wieder bis Nettelbeckplatz verlängert und die Linie

Gartenplatz—Schöneberg wird statt durch die Karlstraße und Luisenstraße durch die Friedrichstraße über die Weiden-dammer Brücke, durch die Georgenstraße am Stadtbahnhof Friedrichstraße vorbei und durch die Neuköllnische Kirchstraße nach dem Brandenburger Thor geführt. Die Linie Anhalter Bahnhof—Vorherplatz ist bis zur Danzigerstraße verlängert, dagegen Potsdamer Platz—Treptow bis zum Ostlicher Bahnhof verlängert. Der von der Gesellschaft angebahnte einhellige 10 Pfennig-Fahrtpreis ist vorläufig für folgende Linien durch-gelassen: Potsdamer Bahnhof—Ostlicher Bahnhof, Goltzstraße bis Spittelmarkt, Nixdorf—Rosenthaler Thor, Kreuzberg bis Stettiner Bahnhof, Anhalter Bahnhof—Rosenthaler Thor, Nettel-beckplatz—Spittelmarkt; die übrigen Linien haben vorläufig noch einen Theilpreisen-Tarif.

Das Olympia-Theater, welches Sonntag Abend geschlossen wurde, soll in der Friedrichstraße, nahe der Kochstraße, wieder massiv aufgebaut und am 1. Oktober nächsten Jahres neu eröffnet werden.

Plötzlich verstorben ist Montag Vormittag der Geheim-Medizinrath Professor Dr. Georg Levin. Als er um 10 Uhr in seiner Wohnung, Kronstr. 8, beim Frühstück saß, rißte ihn der Schlag. Erst im Laufe dieses Jahres hatte er sein 50-jähriges Doktorjubiläum gefeiert und dann seine akademische Thätigkeit aufgegeben. Er war am 19. April 1820 zu Sondershausen geboren und wurde 1869 als Nachfolger des Professors v. Särens-prung dirigirender Arzt der Abtheilung für Syphilitische und der Gefangenen-Abtheilung der Charité.

Neue Brandstiftungen. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag war in Noabit eine neue Brandstiftung zu konstatiren. Als die Feuerwehre an der Brandstätte ankam, brannte der Boden des Hauses Perlebergerstr. 11. Das Feuer war auf dem Trockenboden neben der Waschküche zugleich an mehreren Stellen angelegt. Es gelang der Feuerwehre, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken. Die Unter-suchung nach dem Thäter hat bis heute früh noch kein Resultat ergeben. Eine zweite Brandstiftung erfolgte gestern früh um 4 Uhr in der Kolbergerstraße 32 in der Wohnung des Handelsmannes Lohse, während dieser sich in der Markt-halle befand. Eindrehen waren in die Wohnung gebrungen und hatten die Möbel an allen Ecken und Enden in Brand gesteckt. Die Feuerwehre löschte die Flammen und be-nachrichtigte die Polizei. Von den Thätern, die man ge-sehen haben will, fehlt bis jetzt jede Spur. Der Schaden ist für den Handelsmann um so größer, als nur ein kleiner Theil der Einrichtung versichert ist.

Kommerzienrath Gustav Adolf Heese, der Inhaber des bekannten Seidenhauses, ist am Sonnabend im 84. Lebensjahr hier gestorben.

Ein Schankendiebstahl ist in der Nacht zum Sonntag in der Drantenstraße verübt worden. Ein Spitzbube hat dort den am Hause Nr. 29 unter der Ladenscheibe angebrachten Schankkasten des Handlungsgeschäfts von Schneider, Inhaber Moritz Rosenthal, mit einem Stemmmeißel erbrochen und seines Inhalts beraubt. Erbeutet hat er nicht viel, denn der Kasten barg nur einige Schlipse, Strümpfe u. dgl. im Werthe von 8—10 M.

Auffehen erregt in theilhabenden Kreisen das Verschwinden des Inhabers der elektrotechnischen Fabrik Ebert u. Co., In-ge-nieur Eugen Ebert. Ebert soll stark spekulirt und bedeutende Verluste erlitten haben, welche ihn, da die Schuldenlast immer größer wurde, zur Flucht trieben. Das Geschäftslokale des Ebert, Grenadierstr. 20, ist geschlossen worden.

Verhängnisvolle Folgen hat ein Unglücksfall nach sich gezogen, von welchem vor etwa sechs Wochen der fünfund-zwanzigjährige Handlungsgeselle Eberhart, Joffenerstraße, be-traffen wurde. Der junge Mann hatte Anfang September einen Ausflug nach Schildhorn unternommen und fiel beim Er-stiegen eines waldigen Hügels mit dem Kopfe so unglücklich gegen einen Baum, daß er minutenlang betäubungslos liegen blieb. Mithwohl L. keine äußerlich bemerkbare Verletzung erlitten, kehrte er doch sofort nach seiner Wohnung zurück. Seit dieser Zeit war der Kaufmann wie umgewandelt; vorher stets lebenslustig und viel mit Bekannten verkehrend, hielt er sich jetzt von jedem gesellschaftlichen Verkehr fern, lebte still und zurück-gezogen, wurde schließlich menschchen und Nagte fortgesetzt über Kopfweh. Am Sonnabend Abend kam L. plötzlich zu seiner Wirthin herein gestürzt und bat flehentlich um Hilfe, weil er von Mördern verfolgt werde. Der Unglückliche war nach An-nahme der hinzugezogenen Verzte infolge jenes Falles vom Ver-sorgungsmann ergriffen und mußte gestern nach der städtischen Irrenanstalt Hertzberge überführt werden.

Unausgeklärt geblieben ist bis jetzt der Selbstmord der acht-zehnjährigen Anna Meyler aus Weißwald, die hier bei dem Kaufmann Roth in der Kählerstraße 6 ein Vierteljahr diente. Das Mädchen ging am 17. v. M. gegen 9 Uhr abends aus der Wohnung der Dienstherrschaft weg und blieb seitdem ver-schwunden, bis man am Sonnabend am Planufer in der Nähe

der Bärwaldrücke seine Leiche im Landwehrkanal fand. Was es in den Tod getrieben hat, darüber hat es weder der Dienst-herrschaft noch seinen Angehörigen irgend eine Andeutung ge-macht.

Aus Schmerz über den Tod seines Kindes hat am Sonnabend Nachmittag der in der Rathenowerstraße wohnende Heizer Karl P. versucht, seinem Leben ein Ende zu machen. P. hatte vor vier Wochen seinen einjährigen Sohn durch den Tod verloren und war seit dieser Zeit tiefjünnig geworden. Damit er sich kein Leid anthun konnte, ließ ihm seine Ehefrau nicht aus den Augen und begleitete ihn stets nach der Arbeitsstelle. So geschah es auch am Sonnabend. Mann und Frau kamen von Noabit her den Schiffbauerdamm entlang. Vor dem Neuen Theater riß P. sich plötzlich von dem Arme der Frau los und stürzte sich kopfüber in die Spree. Das Hilfsgeheul der entsetzten Frau rief alsbald eine große Menschenmenge herbei und alarmirte auch die Besatzung der zahlreich dort ankermenden Rähne. Es gelang den Schiffern bald, den Lebensmüden noch lebend aus dem Wasser zu bringen, worauf er der Charité zugeführt wurde.

Die Personen, welche in der Nacht zum 26. Oktober gegen 12 1/2 Uhr an der Ecke der Brunnen- und Vorlingstraße der Affäre mit einem Schuttmann belgewartet haben, werden gebeten, bei Adalbert Schwarz, Vorlingstr. 40, Hof part., ihre Adresse abzugeben.

Aus den Nachbarorten.

Viel Härter als in Berlin scheint am Sonntag die neue Polizeivorchrift wegen Schließung der Schankwirtschaften wäh-rend des Hauptgottesdienstes in Nixdorf gehandhabt worden zu sein. Der Aufsichtsdienst war hier sehr streng. Die Garküchen veranlaßten diejenigen Destillateure, die aus Unkenntniß der Vor-schriften oder weil sie nebenbei auch Bier schänkten, nicht frei-willig geschlossen hatten, unverzüglich die Thüren an der Straße zu schließen, d. h. zu verriegeln und, wenn ein Nebeneingang nicht vorhanden war, ihre Gäste zu entlassen. Von Strafanzeigen wurde aber auch in Nixdorf am Sonntag noch Abstand ge-nommen.

Militärtaut und Schulbildung. Die „Germania“ schreibt: Durch neue Schulverhältnisse hat sich die Berliner Umgebung schon wiederholt ausgedehnet. In Bernsdorf sind z. B. die Schulkinder gewissermaßen verwaist, indem beide Lehrer der dortigen Schule zum Militär eingezogen sind. Der Unterricht wird von den Lehrern der umliegenden Ortschaften, so gut es geht, ertheilt.

Geriichts-Beitung.

Mißhandlungen auf der Polizeiwache, bei denen Schu-leute den leidenden Theil bildeten, brachte zwei berüchtigte Schläger vor den Strafrichter. Eine tolle Szene auf der Polizeiwache lag der Anklage wegen schwerer Körper-verletzung zu grunde, die gestern den Arbeiter Razi-milian Rehslein und dessen Bruder, den Blieserer Billy Rehslein, vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I führte. In der fünften Morgenstunde des 12. Juli kamen die Angeklagten vor einem Kaffee-lokale in der Weinstraße mit einer Dime in Wortwechsel, der bald in Thätlichkeiten ausartete. Es entstand ein Menschenauflauf und da das Mädchen den herbeieilenden Schuttmann Ruskke um die Verhaftung der beiden Brüder ersuchte, mußte dieser die Angeklagten auffordern, ihm zur Wache zu folgen. Er erhielt aber sofort einen Stoß vor die Brust und wurde arg bedrängt, sodas ihm zwei Kollegen zur Hilfe eilen mußten. Als Ruskke in dem Backlokal eine dunklen Gang passiren mußte, stürzten sich die Angeklagten auf ihn und Billy Rehslein schlug ihm ohne weiteres mit der Faust ins Gesicht und brachte ihm einen Messerschnitt an der linken Wade bei. Der Verletzte packte den Messerscher sofort so kräftig bei den Händen, daß er weiteres Unheil nicht anrichten konnte, und auf seinen Hilferuf eilten andere Schutleute herbei, um die beiden gefährlichen Menschen zu bewältigen. Da zog auch Mag. Rehsfeld ein Messer aus der Tasche und schlug damit wie eine wüthende Bestie auf den Schuttmann Wallentowich los, der sich seiner bemächtigen wollte. Der Beamte erhielt einen Messerschnitt durch die Oberlippe, der bis auf die Zähne ging, etwa zehn bis zwölf leichte Messerschnitte zerfetzten den linken Arm und zerfetzten den Kessel des Uniformrockes, und ein Messerschnitt ging in die Brust bis auf den Knochen. Damit war es aber noch nicht genug; als dem Un-menschlichen das Messer entwunden war, stieß er mit den Stiefel-schäben den Beamten wiederholt so heftig in die Seiten und gegen den Unterleib, daß ein schweres inneres Verleiden die Folge davon war. Schuttmann Wallentowich befindet sich nun schon fast vier Monate im Krankenhaus und ist aus demselben auch gestern nur beurlaubt worden, um den Termin wahrzunehmen. Das Schöffengericht, dem die Strafsache ursprünglich überwiesen worden war, hatte sich f. B. für unzuständig erklärt, weil es der Ansicht zuneigte, daß Wallentowich in dauerndes Siechtum verfallen sei. Dieser Befürchtung trat der medizinische Sachverständige in der gestrigen Verhandlung allerdings nicht bei, erklärte aber den Zustand des Verletzten doch für einen derartigen, daß nur eine ganz langsame Genesung zu erwarten sei. Die Beweisaufnahme ergab, daß die beiden als Schläger berüchtigten Angeklagten wie die Wahnsinnigen gewüthet und drei Schutleuten Messerschnitte beigebracht hatten. Ihre Behauptung, daß sie von den Schutleuten überfallen und jämmerlich zugerichtet worden seien, konnte nicht erwiesen werden; erst nachdem sie so toll gewirbelt hatten, sind sie gebunden und in die Zelle geschleppt worden. Der Staatsanwalt beantragte je zwei Jahre Gefängnis. R. u. B. C. o. h. m. a. n. glaubte, daß eine mildere Strafe am Platze sei. Der Gerichtshof war ganz anderer Meinung; er war der Ansicht, daß so gemeingefährliche und rohe Menschen recht lange unschädlich gemacht werden müßten und ging deshalb weit über den Strafantrag hinaus, indem er Mag. R. zu fünf Jahren, Billy R. zu drei Jahren Gefängnis verurtheilte.

Nicht machen! Diese Vorschrift sollte in den Sitzungssälen des Schöffengerichts angehängt werden. Gestern wurde ein Zuhörer in 24 Stunden Haft verurtheilt, weil er einem Unter-suchungsgefangenen, seinem Vater, etwas zugeflüstert hatte. Vor-her war schon ein anderer Zuhörer geurteilt worden, weil er leise mit seinem Nachbar sprach.

Witterungsübersicht vom 2. November 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (7° R.)
Swinemünde	764	SWB	8	Dunst	8
Hamburg	763	N	1	bedeckt	9
Berlin	765	SW	2	bedeckt	9
Biesbaden	767	SW	1	bedeckt	8
München	766	NO	2	bedeckt	—1
Wien	768	SW	—	bedeckt	6
Haparanda	764	NNO	2	bedeckt	—5
Petersburg	763	NNO	0	heiter	—2
Cost	764	N	8	halb bedeckt	6
Aberdeen	762	SWN	8	halb bedeckt	5
Paris	767	OSO	1	Nebel	5

Weiter-Prognose für Dienstag, den 3. November 1896.
Ziemlich trübe, jedoch mild mit leichten Regenfällen und schwachen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Oder:
Dein Schiffelein hat dem Meere sich zu ranken,
Und mit den Wellen
Kannst Du schaukeln, schwanken.
Kann man in dieser Liebeslyrik aus all' den sinnlos anein-
andergereihten Worten keinen Gedanken finden, ebenso wenig
in den entsetzlichen Versen, wo der Verfasser ernst, lehrhaft
sein will. J. B.:
Einem Jüngerem ins Stammbuch.
Geh', laß die hohen — Irren
Der Zeiten — Plan bestirren,
Und doch die Josen — Schranken
Ihr Stoppesfeld umtanzen.
Gewohnt — gethan.
Pful! Jünger, lasse das Pappen,
Das Pichen von Lappen auf Pappen.
Da höhnen sie meinen Meister,
Sein zweites Wort war Kleister!
Wismarckade.
Und sind es auch Hyänen,
Wir Deutsche benedeien
Noch zwischen ihren Zähnen
Verzückte Melodeien.

Wo man aber wirklich einen Gedanken findet, da entspringt er der weinerlichsten, erlogenssten Sentimentalität:

Dem geknechteten Proletariat.
Dein Schmerz ist meine Wunde,
Ist, was mich Weinen macht,
In früher Morgenstunde,
Und in der späten Nacht.
Thun alle meine Klagen,
Was meine Wehmuth spricht,
Von Deinem Leide sagen,
— Bis mir das Herze bricht!
— — —
Obne Luft, voll stummer Plage,
Schwinden diese Erdentage,
Kur der Reiter an'ret Noth
Ist der — Tod — !

Es hat ja gewiß jeder Mensch das Recht, Gedichte zu ver-breiten, vielleicht auch sogar, wenn er Geld oder Kredit hat, sie drucken zu lassen. Daß man dem Arbeiter aber für sein schweres Geld solchen Müll zum Ausfinden will, dagegen aufzutreten und die Arbeiter vor dem Heimfall zu bewahren, ist unsere journalistische Pflicht.

aufolge drei (zwei Medizinerinnen und eine Studierende der Naturwissenschaften) an der Universität Halle ohne jede Ein-schränkung zum Studium zugelassen worden. Auch der Zutritt zu den Segirfälen und Laboratorien ist ihnen gestattet. Weniger Entgegenkommen finden die drei Damen, welche ihre Studien an der Berliner Universität fortsetzen. Sowohl den beiden Philosophinnen als der einen Medizinerin haben einzelne Pro-fessoren die Theilnahme an ihren Vorlesungen untersagt. Ins-besondere werden weibliche Studentinnen von den anatomischen Vorlesungen und Übungen streng ferngehalten, eine Ausnahme, die eventuell ein ganzes Studium in Frage stellen kann. Diese und manche andere Schwierigkeiten, durch welche die studirenden Frauen ihren männlichen Kollegen gegenüber im Nachtheile sind, werden erst überwunden werden können, wenn es ihnen gelingt, ihre vollständige Immatrikulation durchzusetzen. Die Zahl der in Berlin vorgebildeten weiblichen Studentinnen dürfte rasch steigen, da sich bei der kürzlich stattgehabten Renaufnahme zu den Gymnasialkursen für Frauen bereits 21 Theilnehmerinnen ge-meldet haben.

Der Maler Mukaczay hat, wie aus Budapest berichtet wird, in eine Nervenheilanstalt gebracht werden müssen; sein Zu-stand wird als besorgniserregend bezeichnet.

Literarisches.

Klänge der Arbeit. Gedichte von Friedrich Hofmann. Berlin 1896. Preis 40 Pf. 40 Seiten.

Das Wort von der „vollgewordenen Prosa“ und vom „blühenden Wortsinn“ drängt sich jedem auf, der das Gedicht-büchlein zur Hand nimmt. Wir übertreiben nicht. J. B.:

An Emilie.
Himmel! ach! in Deinen Armen liegen,
Trübselig sich an Deinem Busen schmiegen,
Göttliche, ein Paradies.
Wenn sich Blicke,
Sonnen magisch winken,
Seelen-Wellensysteme
Karg zu trinken.
Wenn sich Herzen,
Kerkermauern lichten,
Besen ineinander
Tranken, lichten.

Andere Verse lauten: Du großt und heiser — Brennen
Deine Sohlen, — Die Wahrheit aus — Der Hölle zu erholen.

Vermischtes.

Heber ein Eisenbahn-Angst wird aus Heil- f. von berichtet: Der von Heilbronn nach Hall fahrende Personenzug Nummer 140 fuhr Sonnabend Abend zwischen 8 und 9 Uhr zwischen Weinsberg und Eichenau mit dem abgerissenen Teile eines vorausfahrenden Güterzuges zusammen. Der auf dem abgerissenen Zugteil liegende Wagenwärter wurde getödtet, die beiden Fahrer und Heizer der 2 Maschinen des Personenzuges wurden schwer verletzt. Ein Heizer kam unter die erste Maschine, welche umstürzte, zu liegen; er ist wahrscheinlich todt. Der Materialschaden ist bedeutend. Beide Gleise der Strecke sind gesperrt.

Von der Affäre der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ hören nach einer authentischen Mitteilung, die bisherigen Erhebungen hätten ergeben, daß die Unterschlagungen des Kassiers Franz Klotzer von der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank 133 000 M. betragen und nur dadurch möglich wurden, daß

Klotzer von einem zweiten Kassierbeamten der Bank durch Fälschung der Bücher unterschützt wurde. Wegen dieser Kassierbeamten ist eine strafrechtliche Untersuchung veranlaßt. Die Kasse war am 30. September ganz in Ordnung; die Defraudation hat erst im Oktober stattgefunden.

Aus Krefeld wird gemeldet: In der Nähe von Uerdingen stürzte sich Sonntag Nachmittag der Kaufmann Emil Wredow mit seiner Frau und seinen drei Kindern in den Rhein. Der Mann, die Frau und zwei Mädchen im Alter von fünf und zwölf Jahren ertranken, während es dem neunjährigen Knaben gelang, sich zu retten. Die Beweggründe der That sind, wie man annimmt, in verfehlten Spekulationen zu suchen.

In den Ueberschwemmungen in Frankreich meldet der Telegraph: Die Seine ist ein wenig gesunken, allein man besorgt sich ein neues Anwachsen.

Die Rhône und die Saône stiegen am Sonntag fortgesetzt in beunruhigender Weise. Zahlreiche Häuser stehen in Lyon unter Wasser. In Neuville treiben Möbel auf der Saône. In Saint-Nambert sind die Soldaten vom Wasser in den Kasernen

eingeschlossen. Die Hälfte der Ortschaft ist überfluthet, zahlreiche Häuser sind geschlossen. Der durch die Ueberschwemmungen in Lyon und Umgegend angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. Rettungsgesellschaften organisiren die Hilfeleistung. Bisher ist kein Verlust an Menschenleben vorgekommen.

Das Hochwasser der Rhône hält sich auf gleicher Höhe, die Lage ist noch immer bedrohlich. Die Zahl der unter Wasser gestellten Häuser ist sehr beträchtlich, besonders in Avignon. In Lyon stehen jetzt auch die Maschinen, welche die elektrische Beleuchtung speisen, unter Wasser und funktionieren nicht mehr.

Zu Rom hat sich der Bankier Emilia Gattoni wegen bedeutender Wertsverluster erschossen.

Nachrichten aus Sizilien berichten von Meer- anschwemmungen, welche in Palermo die Erdgeschosse und die umliegenden Felder verflutheten. Auch bei Trapani sind die Felder beschädigt. Drei Personen sind bei der Katastrophe ums Leben gekommen.

Zu Bombay ist ein großes Baumwollen-Lagerhaus mit 35 000 Ballen niedergebrannt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 3. November.
Opernhaus. Die Hochzeit des Figaro.
Schauspielhaus. Goldfische.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Geschlossen.
Deutsches Theater. Freiwild.
Berliner Theater. Renaissance.
Kesselmeyer-Theater. Die Vielgeliebte.
Treprows Abschied.
Festung-Theater. Das Glück im Winkel.
Theater des Westens. Irene.
Neues Theater. Hochsprünge. Vorher: Opus I.
Schiller-Theater. Ein Ehrenwort.
Central-Theater. Eine wilde Sache.
Thalia-Theater. Prima Ballerina. (Maison Tamponin.)
Felle - Alliance - Theater. Ramsell. Vielgeliebte.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann.
Theater Unter den Linden. Die Nachtaube.
Abend-Theater. Der deutsche Michel.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Waise von Lowood.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Dienstag, den 3. November:
Zum 45. Male:
Emil Thomas a. G.

Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund. Musik von J. Einödhofer.
Anfang 1/8 Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
Chausseest. 25/26. Dir. Max Samst.
Die Waise von Lowood.
Schauspiel in 3 Akten und 1 Vorspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr.
Billets an der Theaterkasse und im „Juwelndenkmal“, Unter d. Linden 24.
Mittwoch: Die Waise von Lowood.
Sonntag, den 8. November, nachmitt. 3 Uhr: Klassiker-Vorstellung zu Abonnements- (kleinen) Preisen: Romeo und Julia. Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
Am 16., 17., 19.: Der Troubadour. Oper in 5 Akten von G. Verdi. Billetsbestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Offend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Carl Weiß.
Der deutsche Michel!
Der deutsche Michel!
Anfang 8 Uhr.
Sonntag Nachmittag: Der liebe Onkel.

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Prima Ballerina
(Maison Tamponin.)
Baudouille-Operette in 3 Akten von Blum und Lohé, bearbeitet von Hugo Wittmann.
Musik von Karl Weinberger.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Die nächste Aufführung von Gebildete Menschen findet am Freitag, den 8. November statt.
Sonntag, den 8. November: Nachmittags-Vorstellung bei bis auf die Hälfte ermäßigten Preisen:
Gebildete Menschen.

Alexanderplatz-Theater.

Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Wilh. Friedhöf.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: Ohne sittlichen Halt.
Sonntag, den 8. November 1896, nachm. 4 Uhr:
Auf allgemeines Verlangen:
Rübezahl, der Berggeist.
Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Eugen Prudens.

Einzig in Berlin
ist das neue Programm des

Volks-Theater

34 Reichenbergerstrasse 34.
Bierdebahn-Paltestelle:
Kottbuser Thor.
Seit 20 Jahren die lustigste Posse:
Ein vorsichtiger Mann.
Jeden Abend stürmischer Lacherfolg.
Um 9 1/2 Uhr:
Gemischter Theil (Ho-ho!).
Durchweg neue Künstler-Spezialitäten.

Die Rattinger's aus Salzburg!
Damen-Terzett ausser Konkurrenz.
Die Hunde-Akademie,
dirigirt von Miss Adèle.

Martin Reuter, Gesangs- Humorist.
Familie Derrington,
Parforce Kunst-Radsfahrer.
Neu:
Don Juan von rückwärts,
oder: Der vergaltete steinernes Gast.
Opernparodie von Richard Thiele.
Anfang: Woche 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. bis 3 M.

Dem geehrten Publikum zur gefälligen Nachricht, daß die Bekanntmachungen des Volks-Theaters nur durch die Zeitungen erfolgen, nicht durch Säulenanschläge.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Neues Programm.
The 3 Nighbons. Baronessen Odillon.
E. N. Kaufmann,
Meisterschafts-Kunst-Radsfahrer.
Geschw. Petram. Fleury Trio.
Henry Bender.
The Troubadours.
The Luppua. Comtessa Perucci.
Signor Bernardi
in der Komödie
Restaurant fin de siècle.
Das gekörte Hochzeitsfest
von der Rajado-Truppe.
Mile. Fougère
u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute sowie jed. Dienstag:
Stettiner Sänger
(Koyssel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)

Steidl als
Li-Hung-Tschang.
Anfang präg. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Mittwoch:
Moabiter Stadttheater.



Stettiner Sänger
(Koyssel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Steidl als
Li-Hung-Tschang.
Anfang präg. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Mittwoch:
Moabiter Stadttheater.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Lehrst. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.

Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern angehängt.
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.



Das **Théâtre Variété**
ist wieder eröffnet!
Ohne Extra-Entrée.

Castan's Panopticum
Neu! Die wunderbaren indischen Pygmäen
Neu! Ur-Australier (Kannibalen).



Einzig allein
bestehend in der Artisten-Welt ist das
November-Programm
von:
Kaufmann's Variété

Vogler's Casino
früher Welt-Restaurant, Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Tyroler Konzert.
Direktion Alois Ebner.
Entree vollständig frei.
Im großen Theateraal:
Variété- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten von Kunstkräften nur I. Ranges.
Jeden Sonnabend und Sonntag: Die unübertrefflichen **Hamburger Sänger.**
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
Gikardo. 4 neue Regelbahnen. Sorgf. gepf. Bier, anert. gute Küche.

Neues Klubhaus
72 Kommandanten-Strasse 72.
Sonnabend, 21. und 28. Nov., sowie Sonnabend, 5. Decbr.
Saal frei. 1103b

Gaal

(tausend Personen) in allen Versammlungen und an Vereins- Die beiden hoch. Regelbahnen sind Sonnabend u. Sonntags noch 3. vergeb. **Cöllner Hof, Cöllnerstraße 8.**
Winterpaletots, Kleidungsstücke, Wäsche, sportbillig. Reanderstraße 6. Pfandloide.

Für die „Volksstimme“ in Frankfurt a. Main wird ein bewährter **politischer Redakteur** zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. Anfangsgehalt 2400 Mark. Bewerber wollen früher erschienene Arbeiten nebst näheren Angaben bis zum 15. November senden an den Vorsitzenden der Verfassungskommission **A. Baumann, Frankfurt a. M., Große Wockenheimerstr. 25.**

Allgem. Arbeiter- u. Arbeiterinnen-Verein
Berlins und Umgegend.
Sonnabend, den 7. November, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:
7. Stiftungsfest
verbunden mit humoristischen Vorträgen und Theater der Theater-Gesellschaft Strzelewicz. 18/2
Festrede, gehalten vom Genossen **Wilhelm Liebhnecht.**
Anfang 8 Uhr. **Grosser Ball.** Billet 25 Pf.
Serren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Um rege Theilnahme ersucht **Der Vorstand.**

Kinetograph. (Lebende Photographien. Auch in Naturfarb.) Inter- essanteste Bilder historischen Charakters u. des Ge- sellschaftsleb. in vollkommener Naturwahrheit. Wiederergabe musikalischer und deklamatorischer Vor- träge. Für alle Besucher zugleich deutlich hörbar ohne Schläuche.
Phonographische
Eintrittspreis für alle Vorstellungen 50 Pf. Militärs und Kinder 25 Pf.
Vorstellungen ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
21. Unter den Linden No. 21.
Verlos erhalten Preisermässigung nach Vereinbarung.

R. Buske (früher Seefeldt), Grenadierstraße 33. Säle für 100-500 Personen, Vereinszimmer noch einige gute Sonnabende und Sonntage zu vergeben.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Nur noch kurze Zeit: Kunstschöpin
Elsa Dowe.
u. a.: Schließen auf den Original- Dows-Panzer. Ruhaltender Erfolg des Hochturner-Trios Niagara, Matadore auf dem Thurnsfeil.
Dazu das durchweg neue große **November-Programm.**
u. a. der beliebteste urkomische **Eduard Rennert.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt 50 Pf.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten- Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53.
City-Passage
Annenstr. No. 42/43.
Vom 1.-16. November:
Durchweg **neues Programm.**
Zwölf
Grand Attractions-Nummern!
Mr. Field mit seinem ur- komischen Panopticum. Hans u. Clara Sarno, Original-Duettisten.
Mr. Freiburg im Reich der Schatten. Ros' Perona, Tyrolische. Alice Szegony, die Perle Ungarns. Anton Fischer, Original-Humorist u. s. w.
Anfang. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
R. Winkler.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Grande Soirée équestre.
150 Pferde 150
nach einander in der Manege.
Sensationeller Erfolg.
Die Jagd nach dem Glück.
Auserdem: Monstre-Tablau von 70 Hengsten, dress. u. vorgel. v. Dir. Busch. 8 russ. Rapphengste u. 8 russ. Fruchhengste als Thurnspringer, vorgel. v. Dir. Busch. Doppelte ung. Springschule, ger. m. 6 engl. Vollblut- pferden. Die Troika, dress. u. ger. von Herrn Postill-Burghardt. Austr. des Hrn. Salamanski u. d. Pariser Schul- reitlerin Ade. Lorey. Doppel-Jockey, ausgef. v. Geschw. Coltrill. (Bisher unerreichte Leistung.) Der Clown Dr. Bogdanowsky als Ridorfer. Austr. d. Sigerl-Clowns Hr. All. Daniels.
Morgen: Die Jagd nach dem Glück
Klempnerci, 1192b
Gas- und Wasseranlagen, altes Ge- schäft, zu verkaufen durch Hensel, Kahlerstraße 18.
Möbel, gebrauchte, lauft Barow, Rosenbalerstr. 18.
Nähmaschine, gut näh., 20 M., verl. Urbanstr. 83, Lesehalle. 1235/6
Möbl. Schlafst. u. verm. f. D. Neu- kölln am Wasser 4 2 Tr. I. 1241b

Arbeitsmarkt.
Achtung, Soljarbeiter!
In der Bantischerei von **Roll,** Demminerstr. 7, haben die Kollegen die Arbeit wegen Lohnunterschieden nieder- gelegt. Jung fernhalten. 78/12
Die Werkstatt-Kontrollkommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Licht. Belegerrinnen f. bessere Arbeit sucht Werkmeister, Brunnenstr. 194.
Karton Arbeiterinnen, geübte, auch junge Lehrlingchen verlangt **Theodor Poy,** Gräner Weg 2. 11186*
Korbmadler.
Ein tüchtiger, geschlagener Arbeiter bekommt dauernde Beschäftigung bei **Robert Wengler,** 12276 Kopenhagen K.
Schulmädchen für nachmittags verl. **Maciejewski,** Reichenbergerstr. 155.
1 Korbmadler, tücht. Bambusarbeiter, verlangt **Lauhan,** Kleinbeererstr. 24.
Bergolder Farbigmacher verlangt **Matthiasstr. 14.** 1240b

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich (außer Sonnabends):
Konzert, Theater-Vorstellung.
Mit vollen Segeln.
Volksstück mit Gesang in 3 Abtheilungen von Hugo Schulz.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach d. Vorstellung **Tanzkränzchen.**
Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an. Theilz. wöchentl. 1 M. wird abgeholt. Zahn- ziehen, Zahnreparaturen, Nervödien bei Vorstellung umsonst.
Gudiel, Poststr. 2, Gassestr. 12, Steglitzerstr. 71, I.

Deutscher Hobarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 4. November 1896, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen.

Osten:

im Lokale des Herrn Heise, Lichtenbergerstraße Nr. 21.

Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt:

im Lokale des Herrn Mörchel, Schönhauser Allee 28.

Wedding und Gesundbrunnen:

im Lokale des Herrn Raabe, Kolbergerstraße Nr. 23.

Westen und Südwesten:

im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße 106.

Südosten: im Lokale des Herrn Kantenberg, Oranienstr. 180.

Moabit: im Lokale Thurmstraße 84.

Tagesordnung: Werkstättangelegenheiten.

Die nicht vertretenen Werkstätten werden von jetzt an in den nächsten Bezirksversammlungen bekannt gegeben.

Drechsler.

Donnerstag, 5. November, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung: 1. Wie können wir das Ertrugene festhalten? 2. Werkstättangelegenheiten. Es ist Pflicht jeder Werkstätt, in der Versammlung vertreten zu sein. Besonders eingeladen sind die Kollegen der Firma Bornede u. Dofens.

Große öffentliche Versammlung

der Vorstände u. Verwaltungsbeamten

sämtlicher Krankenkassen

Berlins und Umgegend

am Freitag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20.

Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Krankenkassen Berlins zur Belegung der Lungenheilstätten am Grabowsee? Referent: Herr Dr. Friedberg. 2. Diskussion. 3. Eventuelle Wahl einer definitiven Kommission aus Vertretern sämtlicher Gruppen von Krankenkassen. Das Erscheinen aller Vorstände ist notwendig.

Die provisorische Kommission.

J. W.: Eugen Simanowski, Gartenstr. 78, Portal II, 2 Tr.

Achtung! Gürtler. Achtung!

Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Konferenz der Gürtler

im Lokale des Herrn Meiner, Oranienstraße 184.

Jede Werkstätt muß vertreten sein. Um pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann: Richard Heinrich, Wienerstr. 61.

Achtung! Vergolder. Achtung!

Mittwoch, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn Grosse, Annen-Strasse Nr. 16:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Rahmenbranche beschäft. Vergolder und Berufsg.

Tages-Ordnung:

1. Die Lage in der Rahmenbranche. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen aller ist in betracht der wichtigen Sache dringend notwendig. Die Agitationskommission. J. W.: G. Langner.

Chemigraphen. Mitglieder-Versammlung

des Vereins der graphischen Arbeiter u. Arbeiterinnen

Deutschlands

am Donnerstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstrasse No. 106.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. Warm über: „Wie erhält man die Sehkraft (mit Demonstrationen an künstlichen Augen).“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom II. Quartal. 4. Wahl eines Schriftführers. 5. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Verwaltung.

Verband aller in der Metall-Industrie

beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung

im Konigsstädtischen Kongerthaus, Alte Jakobstraße 37.

Tages-Ordnung:

1. Kasienbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des ersten und zweiten Vorsitzenden, Wahl zweier Kassierer (Nord und West), Wahl zweier Schriftführer (Nord und West) und Bestätigung der vorgeschlagenen Beisitzer. 3. Abänderung des § 6 des Statuts. 4. Bericht des Arbeitsvermittlers und der Kontrollkommission. 5. Au den Vorstand gelangte Anträge. Ohne Mitgliederkarte kein Zutritt. Die Versammlung wird punkt 8 1/2 Uhr eröffnet. Wir ersuchen um zahlreiches und rechtzeitiges Erscheinen. Der Vorstand.

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen.

Mittwoch, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:

Rechnungslegung der Lohnkommission. Bericht der Gesamtkommission und Neuwahl der Lokalkommission. Gleichzeitig findet die Ausgabe des gedruckten Rechenschaftsberichtes statt. Die Kommission.

Karl Scholz, Brangelstraße 32,

empfiehlt sein reichhaltiges Lager von Wästen und Bildern

Tafelle, Marx, Engels u. a.

in diversen Größen, in sauberster Ausführung. Lager von Stahl- u. Kupfer-schischen, Oelgemälde, alle Sorten Rahme. Besonders zu Geschenken geeignet

Der I. Mai.

Für Vereine und Klubs Preisermäßigung.

Nach Antrags schriftlich gegen Nachnahme.

Ordentl. General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse

der Dachdecker Berlins

am Sonntag, 8. Nov., vorm. 9 Uhr,

im Lokale des Herrn Feind,

Weinstraße 11.

Tagesordnung:

1. Wahl von zwei auscheidenden Vorstandsmitgliedern (ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer). 2. Wahl eines Rechnungs-Prüfungs-Ausschusses für das Jahr 1896. 3. Umänderung des § 27 des Statuts wegen Herabsetzung der Rassen-Beiträge. 4. Wahl der Delegierten für das Jahr 1896 (ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer). 5. Verschiedenes. Um zahlreiches Besuch bittet

G. Krebs, 1. Vorsitzender,

N., Bergstraße 28 I.

Unserem Kollegen S. Paase zu seinem heutigen Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch! Klein Mir! u. Kollegen, Heinrich, merkst Du was?

Unsere Genossin

Marie Ludwig,

die uns in unserm schweren Kampfe um die Befreiung des Proletariats treu zur Seite gestanden, ist aus dem Leben und somit aus unseren Reihen geschieden. Wir fordern die Genossinnen hiermit auf, sich an der heute Nachmittag 3 Uhr von der Charitee aus stattfindenden Beerdigung recht zahlreich zu beteiligen.

Genossinnen

des sechsten Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Schlosser

Fritz Wicht

am Sonnabend, den 31. Oktober sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zionstempelhofes in Neu-Weißensee aus statt.

Familie G. Wicht.

Verband aller in der Metall-

Industrie beschäftigten Arbeiter

Berlins u. Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am 31. Oktober starb unser Mitglied, der Schlosser

Fritz Wicht.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Nov., nachm. 3 Uhr, von der Reichenhalle des Zionstempelhofes in Neu-Weißensee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Nachruf!

Am 31. Oktober ist unser langjähriger Kollege und Mitarbeiter, der Werkzeugschlosser Fritz Wicht nach kurzem Krankenlager verschieden. Er war uns stets ein lieber und braver Kollege.

Ehre seinem Andenken!

Das Personal der Blochhemballagen-

Fabrik Gebr. Koppe.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme an der Beerdigung unseres unvergesslichen Kindes Hedwig Günther und für den reichen Blumenschmuck sagen wir allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank!

Bernhard Günther u. Fran.

Für die zahlreiche Beteiligung und für die reichen Kränzchen bei der Beerdigung meines mir unvergesslichen Mannes Wilhelm Jänike sage ich allen Freunden, Bekannten u. Kollegen, vor allem dem Gesangsverein Rosenthaler Vorstadt, und für die Unterstützung, welche mir zu theil geworden ist, meinen herzlichsten Dank!

Wwo. Anna Jänike nebst Sohn und Verwandten.

Den werthen Vereinen zur

gefl. Kenntniahme,

daß der Tanzlehrer Herr Max Nielt unserem Verein nicht angehört und auch laut Statut keine Aufnahme finden kann.

Tanzlehrerverein „Solidarität“.

J. W.: Der Vorstand.

Dirigent, Konservat. gebildet, tüchtig, gewissenhaft, übernimmt Gesangsverein mit guten Stimmen. Denk, Prenglaue Allee 37, v. III. L.

Genossen,

welche gewillt sind, einem Arbeiter-Gesangsverein beizutreten, können sich melden Dienstag Abend 9 Uhr Balderstraße 23-24.

Möbel auf Theilzahlung.

J. Kellermann,

Neue Jakobstr. 28.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preussischen Lotterie vom gestrigen Tage bei.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr

1896/97.

Südost-Schule, Waldemarstr. 14.

Dienstag:

Deutsch. (Die Literatur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Aufsatzlehre.) Herr Heinrich Schulz.

Mittwoch:

Geschichte. (Alte Geschichte: Urzeit, Entstehung der Religionen, Geschichte der orientalischen Völker, Griechen und Römer.) Herr Dr. C. Pian.

Donnerstag:

Rede-Übung. (Die wichtigsten technischen Grundsätze für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrags. Übungen in Diskutiren.) Herr Heinrich Schulz.

Freitag:

Natur-Erkennntnis. (Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Alterthum. Griechische Weisheit und biblische Ueberslieferung. Die Entthronung der Erde aus ihrer bevorzugten Stellung im Weltall. Mechanistische Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einreihung des Menschen in das Naturganze [Lamarck-Darwin]. Das Seelenproblem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Erkennntnis.) Herr Dr. C. Joël.

Sonnabend:

National-Ökonomie. (Allgemeine Uebersicht der verschiedenen Wirtschaftsklassen. Entwicklung der bürgerlichen theoretischen National-Ökonomie. Die Marx'sche Werth- und Mehrwerthlehre.) Herr Dr. Conrad Schmidt.

Nord-Schule, Brunnenstr. 25.

Dienstag:

National-Ökonomie. (Allgemeine Uebersicht der verschiedenen Wirtschaftsklassen. — Entwicklung der bürgerlichen theoretischen National-Ökonomie. — Die Marx'sche Werth- und Mehrwerthlehre.) Herr Dr. Conrad Schmidt.

Mittwoch:

Deutsch. (Die Literatur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Aufsatzlehre.) Herr Heinrich Schulz.

Donnerstag:

Geschichte. (Alte Geschichte: Urzeit, Entstehung der Religionen, Geschichte der orientalischen Völker, Griechen und Römer.) Herr Dr. C. Pian.

Freitag:

Rede-Übung. (Die wichtigsten technischen Grundsätze für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrags. Übungen in Diskutiren.) Herr Heinrich Schulz.

Sonnabend:

Natur-Erkennntnis. (Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Alterthum. Griechische Weisheit und biblische Ueberslieferung. Die Entthronung der Erde aus ihrer bevorzugten Stellung im Weltall. Mechanistische Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einreihung des Menschen in das Naturganze [Lamarck-Darwin]. Das Seelenproblem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Erkennntnis.) Herr Dr. C. Joël.

Näherdem finden abwechselnd 14-tägig Sonntags vormittags von 10 1/2 bis 12 Uhr Brunnenstraße 25 Fortschrittskurse in National-Ökonomie (Herr Dr. Conrad Schmidt wird das „kommunistische Manifest“ erklären) und Rede-Übung (Herr Heinrich Schulz) für diejenigen Schüler statt, die schon während eines Semesters das betreffende Fach besucht haben.

Der Unterricht beginnt Wochentags pünktlich um 9 Uhr abends und endet pünktlich um 10 1/2 Uhr.

Die Schulräume sind täglich von 8 Uhr abends an geöffnet, um den Mitgliedern Gelegenheit zur Benutzung des Zeitungs-, Zeitschriften- und Büchermaterials zu geben. Es liegen in beiden Schulen fast sämtliche proletarischen, sowie einige bürgerliche Tageszeitungen, außerdem eine große Anzahl von wissenschaftlichen Revuen, Fachschriften, Gewerkschafts- und Wihl-Blättern aus.

In größeren Lokalitäten werden in zwanglosen Zwischenräumen Versammlungen abgehalten, in denen zeitgemäße Thematika in populär-wissenschaftlicher Weise von anerkannten Fachleuten erörtert werden.

Dem künstlerischen Bedürfnisse der Mitglieder wird die Schule gerecht durch Veranstaltung von Theater-Vorstellungen, Konzerten und Dichter-Abenden.

Unter fachkundiger Führung werden ferner wissenschaftliche, künstlerische und gemeinnützige Institute besichtigt.

Der Mitgliedsbeitrag sowie das Unterrichtsgeld für jedes belegte Unterrichtsfach beträgt monatlich je 25 Pf. Aufnahme neuer Mitglieder (am besten bei Beginn jedes Semesters im April und Oktober), sowie die Zahlung der Beiträge erfolgt in beiden Schulen und in den nachstehend verzeichneten Zahlstellen:

- | | |
|---------------------------------|---------------------------------|
| SO. Schönig, Köpnickstr. 68. | N. Nord-Schule, Brunnenstr. 25. |
| Südost-Schule, Waldemarstr. 14. | Gnadt, Putzbuscherstr. 32. |
| Schulz, Admiralsstr. 40a. | Gleisner, Müllerstr. 7a. |
| SW. Grabe, Mariendorferstr. 5. | Babel, Rosenthalerstr. 57. |
| Kasler, früher Windhorst, | NO. Reul, Barnimstr. 42. |
| Junferstr. 1. | NW. Löffler, Stendalerstr. 42. |
| W. Werner, Bälowsstr. 59. | |

Der Vorstand.

NB. Alle Briefe, Anfragen und Zusendungen etc. sind an den Vorsitzenden, Schriftf. Heinrich Schulz, Berlin SO. 16, Kaiser-Franz-Grenadierplatz 7, alle Geldsendungen an den Kassierer, Buchdrucker H. König, Berlin S. 59, Dieffenbachstr. 30, zu richten.

Dienstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung der Schmiede

Berlins und Umgegend

bei Buske, Grenadierstraße Nr. 33.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Monats. 2. Ergänzungswahl der Lohn-Kommission. 3. Stellungnahme zur Agitations-Kommission. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 8. November 1896, abends 5 Uhr:

Öffentl. Schmiedeverammlung mit Frauen

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c.

Tagesordnung: Vortrag über: „Glaube und Vernunft.“ Referent: A. Hoffmann. — Nachdem: Gemüthliches Beisammensein und Tanz. Der Einberufer.

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 4. November, abends 6 Uhr,

im Lokale des Herrn Joël, Andreas-Strasse Nr. 21:

General-Versammlung

sämtlicher Putzer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Abrechnung der Lohnkommission. 2. Weitere Beschlußfassung über die Lohnbewegung.

Auf dem Bau Mäde, Prenglaue Allee, haben 30 Fassaden-Putzer wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt, nachdem der Arbeitgeber jedwede Preisänderung rundweg abgelehnt hat. Die Kollegen werden ersucht, unter allen Umständen Zugang fernzuhalten. Durch die nachträglich erhöhte Dekoration stellt sich der Preis fast um die Hälfte unter unserem Tarif.

Die Lohnkommission der Putzer Berlins und Umgegend.

Aus den Unternehmer-Verbänden.

Zu dem Projekt eines Deutschen Inland-Zucker-Syndikats bemerkt der „Hamburgische Correspondent“: „Jedenfalls hält auch dieses Inland-Zucker-Syndikat an dem die bisherige Zuckersteuer-Gesetzgebung beherrschenden Grundsatz fest, daß der deutsche Konsument den deutschen Zucker um so theurer bezahlen muß, je billiger der deutsche Zucker dem ausländischen Konsumenten geliefert wird.“ Wie im „Vorwärts“ schon mitgeteilt wurde, soll jeder dem Syndikat beitretenden Zuckersfabrik für den Doppelzentner des gesetzlichen Kontingents, d. h. einer bestimmten Menge Zucker, aus der Syndikatskasse ein Geschenk von 2 M. vorweg gemacht werden. Um soviel könnte dann der deutsche Zucker auf dem Weltmarkt billiger verkauft werden. Dadurch hofft man die exportierenden Rohzuckerfabriken für das Inland-Syndikat zu gewinnen. Wer soll nun die 2 M. pro Meterzentner ausbringen? Diese Rolle ist dem deutschen Michel zugedacht. Wenn es gelingt, 80 pCt. der deutschen Zuckerproduktion für das Syndikat zu gewinnen, soll der Raubzug auf die Taschen des Volks losgehen. Da die Menge des Zuckers, die produziert werden darf, gesetzlich auf 17 Millionen Doppelzentner festgesetzt ist und da das Syndikat 90 pCt. dieser Menge auf sich vereinigen will, so würde das 2 M.-Geschenk an die Zuckersfabriken für die Konsumenten eine Belastung von rund 31 Millionen Mark bedeuten. Unter Berücksichtigung der Praktik, daß bei derartigen Manipulationen der Preis gewöhnlich noch oben abgerundet wird, schätzt der „Hamb. Correspondent“ die Steigerung des Zuckerspreises im Detailverkauf auf 6-7 M. pro Doppelzentner. Die Ausländer dagegen würden den deutschen Zucker mindestens um 2 M. pro Doppelzentner billiger als jetzt bekommen. So sieht der „Schutz der nationalen Produktion“ in der Praxis aus. Bemerkenswert ist noch, daß jede Fabrik in Beziehung auf den Export volle Freiheit behalten soll; was Deutschland betrifft, so würde sie sich durch den Anschluß an das Syndikat auf die Zeit vom 1. August 1897 bis 1. August 1900 binden. Vorläufig hat es aber mit dem Zustandekommen des Syndikats noch gute Wege. Das Stummische Ausdeuterorgan „Die Post“, die das Syndikat begrüßt, weil es die „Sanierung“ (Gesundung) einer Industrie bezweckt, die „von vornherein als eine konservative zu bezeichnen ist“, wehrt, daß der saubere Plan auch innerhalb der Zuckerindustrie auf Widerstand stößt. An dem Inland-Zucker-Syndikat sind vornehmlich die Verbrauchszucker-Fabrikanten, die Raffinerien, interessiert. Ihnen kommt es darauf an, den Preis auf dem inländischen Markt zu erhöhen. Die exportierenden Rohzucker-Fabrikanten wollten bekanntlich selbst ein Syndikat errichten, das im Bunde mit den österreichischen und, wenn möglich, auch den russischen Fabrikanten den Weltmarktpreis beeinflussen soll; sie möchten gerade den jetzigen Zeitpunkt hierzu ausnützen, weil Rußland durch seine Revolution jetzt an der Rohzuckerindustrie gehindert ist. Das Inland-Syndikat bindet aber, wie erwähnt, seine Mitglieder nur betreffs des Absatzes im Inland, nicht gegenüber dem Ausland, handelt also insoweit nicht im Interesse der exportierenden Rohzucker-Fabrikanten. Die „Post“ sieht nun die Rohzucker-Fabrikanten an, nicht hochbedeutend zu sein, sondern beim Inland-Syndikat mitzutun, das ihnen ja 2 M. pro Doppelzentner schenken wolle; und den Weltmarkt unterzulegen sei mindestens fraglich, die Ausplünderung des deutschen Michels dagegen sei wohl erreichbar. Dieses künftige Liebeswerben des Stummischen Moniteurs wird aber wahrscheinlich vergeblich sein. Einer anscheinend aus den Kreisen der Rohzucker-Fabrikanten stammenden Meldung zufolge, die die Presse durchließ, sollen die Syndikatsbestrebungen dieser Kategorie so weit gediehen sein, daß der Anschluß aller Rohzuckerfabrikanten an das Inland-Syndikat kaum noch zu erwarten sei; da dieses den Anschluß von 90 pCt. des Kontingents zur Voraussetzung hat, so wäre sein Zustandekommen somit unmöglich gemacht. Das Inland-Syndikat wird übrigens auch von den Agrariern gefördert. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt es für die Rübenbauer als außerordentlich bedenklich, wenn die Einschränkung der Zuckerproduktion durch Verminderung der Rübenanpflanzung erreicht werden sollte; sie meint, um die Zuckerüberproduktion zu verhüten, wäre es gescheiter gewesen, seinerzeit anstatt der Zuckerproduktion die Produktion der Rüben zu limitieren.

Die rheinisch-westfälische Stahl- und Eisenindustrie hat nach wie vor außerordentlich viel zu thun, und noch auf lange Zeit hinaus liegt Arbeit vor. Dennoch wird über zu geringen Gewinn geklagt. Die Produzenten von Roheisen- und Hochofenblöden haben die Preise erhöht, die Walzwerke müssen deshalb für die Rohmaterialien etwas mehr Geld ausgeben, können aber für ihre Erzeugnisse nicht so schnell mit der Erhöhung der Preise nachkommen. Beispielsweise hat die neueste Erhöhung der Preise für Halbfabrikate aus Stahl die Kaufkraft vermindert. Gar zu gern möchten die Walzwerke den Preis für Stabeisen in die Höhe schrauben, aber die Sorge, daß sie damit hereinfallen könnten, hat sie noch zu keinem Entschlusse kommen lassen.

Der Abhängigkeitstermin der österreichischen und ungarischen Eisenwerke, der am 1. September abließ, war bis Ende Oktober verlängert worden und soll nun bis Ende November hinausgeschoben werden. Bis dahin soll Arbeit geschaffen werden, ob zwischen den großen Werken eine Verständigung in dem Maße zu erreichen ist, daß an die kleineren Werke etwas deren Beteiligung an dem neuen Kartell herangetragen werden kann.

Wie bedeutend die Produktionsbeschränkung ist, die das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat vornimmt, ergibt sich aus folgenden Zahlen. Die Förderung wurde eingeschränkt im Jahre 1895 um die nachverzeichneten Prozentsätze: Januar 11,52, Februar 8,12, März 8,83, April 12,90, Mai 18,79, Juni 10,70, Juli 14,29, August 12,58, September 14,96, Oktober 11,82, November 8,45, Dezember 2,12, im Durchschnitt 10,45 pCt. Für das Jahr 1896 beträgt die Produktionsbeschränkung: Januar 4,28 pCt., Februar 11,04, März 11,83, April 11,74, Mai 10,85, Juni 11,81, Juli 11,26, August 10,20, September 8,21, Oktober 8,88, November 8,78, Dezember 8,79, im Durchschnitt 9,71 pCt.

Sechs westschottische Kohlenproduzenten beabsichtigen die Bildung eines Trusts mit zwei Millionen Pfund Sterling Kapital (über 40 Millionen Mark).

Die Vereinigung deutscher Jute-Industrieller hat sich aufgelöst, weil ihr Zweck, durch Einschränkung der Produktion der Ueberproduktion vorzubeugen, insolge des Entstehens neuer Jutespinnereien illusorisch geworden ist. Die Mitglieder der Vereinigung hatten zusammen 71 744 Spindeln und 3568 Webstühle, davon waren während der Dauer des Einschränkungsvertrags durchschnittlich 21 beziehentlich 18 pCt. dem deutschen Markt entzogen. Diese sind nun wieder frei. Außer der daraus sich ergebenden Zunahme wird die Produktion noch vermehrt durch 25 000 Spindeln und 1100 Webstühle, die theils in neuen, theils in den bestehenden Jutespinnereien neu aufgestellt und nach und nach in Betrieb gesetzt werden.

Vom Petroleummarkt wird berichtet, anscheinend hätten die Preise den Höhepunkt noch nicht erreicht. Die deutsch-amerikanische Gesellschaft macht kein Unterangebot.

Eine Vereinigung Berliner Lederwaren-Fabrikanten ist gegründet worden. Zweck: es den Arbeitern zu erschweren, Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage durchzuführen, ander-

seits die Konsumenten zu zwingen, höhere Preise zu zahlen. Der neuen Unternehmerorganisation gehören bereits über 50 Firmen an.

Soziales.

Die preussischen Steinkohlen-Bergwerke förderten im 1. Halbjahr 1896 bei einer Belegschaft von durchschnittlich 278 547 Arbeitern 87 744 186 Tonnen; der Absatz betrug 86 431 451 Tonnen. Gegen das 1. Halbjahr 1895 hob sich die Förderung um 9,49, der Absatz um 9,76 pCt. Die absolut höchste Steigerung der Förderung wie auch des Absatzes wies das Ruhrgebiet auf, relativ steht am höchsten die Zunahme der Förderung und des Absatzes im Ober-Bergamt Bonn (Saar-gebiet) mit 12,32 bzw. 11,17 pCt. Die Arbeiterzahl ist gegen denselben Zeitraum des Vorjahres im 1. Halbjahr 1896 um 9967 gestiegen.

Braunkohlen wurden 10 359 386 Tonnen gefördert und 8 294 644 Tonnen abgesetzt. Die Arbeiterzahl auf den Braunkohlen-Werken betrug 30 842. Gegen das erste Halbjahr 1895 ist die Förderung um 9,30 pCt., der Absatz um 12,40 pCt. und die Arbeiterzahl um 1008 Köpfe gestiegen. Ueberall das Wesen der guten Geschäftslage, nur die Arbeitslöhne wollen sich der rapide steigenden Geschäftskonjunktur nicht anpassen.

Die Löhne der Steinkohlen-Bergleute sind in den einzelnen Revieren gegen das Jahresmittel 1895 um 2-8 Pf. pro Tag „gestiegen“. Und das in einer Zeit, wo die Grubenbesitzer vielfach mehr als doppelt so hohe Gewinne einstreichen, wie früher. Es sei nur an die Vereinigte Königs- und Laurahütte und die Bismarckhütte in Oberschlesien erinnert, deren Aktionäre im eben geschlossenen Geschäftsjahr ihre Dividende verdoppeln konnten; an die Harpener und Selsendörfer Bergwerksgesellschaft im Ruhrgebiet, deren Betriebsüberschüsse tiefenhaft gestiegen; an die Schweizer Gesellschaft im Saar- und an die Vereinigte Bergwerks-Gesellschaft für das Saarrevier, die gleichfalls doppelt so hohe Ueberschüsse vertheilen als im Vorjahre. Die Arbeiter erhöhten ihren Lohn noch nicht um 1 pCt.

Wieder sind es die Saarbergleute, deren Lohn trotz der um 12,45 pCt. gesteigerten Förderung gleich blieb, sich gegen das Vorjahr auch nicht um einen Pfennig erhöhte. Das ist wirklich stark. Gerade diejenigen Arbeiter, die von allen eine am meisten erhöhte Förderung aufweisen, bekommen von dem günstigen Geschäftsgange aber auch rein gar nichts zu spüren in ihren Lohndüten! Ob wirklich die neulich gemeldeten „Bergleute“ der Saarbergleute anszufassen sind als Zeichen der „wieder-eingekehrten Zufriedenheit“ der fiskalischen Kohlengräber? „Amlich“ wurde dies zwar gesagt, allein die Botschaft hören wir, nur fehlt uns der Glaube. Die „Zufriedenheit“ hält amtlich so lange an, bis sie nichtamtlich von den Bergleuten wie 1880 und 1898 durch Streiks desavouirt wird.

Die Braunkohlen-Bergleute erzielen eine Lohnverbesserung von 7 Pf. pro Tag; die Salz-Bergleute (Halle) belamen 11 Pf. weniger.

Die Erz-Bergleute im Mansfeldischen verdienen im zweiten Viertel d. J. pro Tag 10 Pf. weniger Lohn als im ersten Viertel; in Oberharz fiel der Lohn um 1 Pf. (2,05 M.), in Rastau-Siegen stieg er um 12 Pf. (2,50 M.). Die rheinischen Erz-Bergleute „verbesserten“ ihren Tagelohn um 2-3 Pf. Dabei ist der Preis des Doppelwaggons Erz um 20-50 M. gestiegen. Die Gruben, besonders in Siegerlande, wissen kaum den Aufträgen gerecht zu werden und weitere Preiserhöhungen werden fast jeden Tag gemeldet. Doppelt und dreifach steigt der Gewinn der nicht-thuenden Aktionäre, der Arbeiter aber erhält kaum ein paar lumpige Pfennige mehr. Es geht doch nichts über die „Harmonie zwischen Arbeit und Kapital“.

Der sich aus den Ergebnissen der Berufszählung vom 14. Juni 1895 über die Gesamtzahl der einen bestimmten Beruf ausübenden Personen informieren will, um daraus etwa Schlüsse zu ziehen auf Umfang und Bedeutung dieses Industriezweiges, kann durch das amtliche Material recht sehr irreführt werden. So ist die Konfektionsindustrie auch nicht annähernd ihrem Umfang entsprechend ermittelt, so beispielsweise die Konfektion (Herstellung fertiger Kleider und Wäsche). Die Berufszählung giebt die Gesamtzahl der in dieser Branche thätigen Personen mit 58 878 an, worunter 43 682 weibliche. Die Unrichtigkeit dieser Zahlen erweist sich sofort, wenn man folgendes in Betracht zieht: Allein die Orts-Krankenkasse der Berliner Schneider und Schneiderinnen hat ca. 32 000 Mitglieder, darunter ca. 28 000 weibliche, die fast ausschließlich in der Konfektion thätig sind; die Zahl der in Breslauer Krankenkassen eingeschriebenen Arbeiterinnen, die hauptsächlich in der Konfektion thätig sind, beläuft sich nach Angabe Dr. Winter's („Das Schneidergewerbe in Breslau“, siehe „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“) auf 10 000 bis 12 000. Hierbei muß noch berücksichtigt werden, daß die meisten in der Branche thätigen Arbeiter als Hausindustrielle gelten, die dem Versicherungszwang nicht unterliegen und deshalb keiner Krankenkasse angehören. Einen weiteren Beweis für die Unrichtigkeit der Zahlen der Berufszählung liefern die Zahlen der Konfektionsarbeiter, die beim Berliner Konfektionsarbeiter-Kreis in den Streiklisten eingetragen wurden. Am Streik beteiligt waren nur Arbeiter und Arbeiterinnen der Damen- und Kindermäntel-, Herren- und Knabenkonfektion (nicht am Streik beteiligt waren die Arbeiter der Wäsche-, Jupon-, Schürzen-, Blousen- und Damenkleiderkonfektion) und selbst von diesen Branchen nur ein bestimmter Theil. Und doch waren in den Streiklisten 18 405 Arbeiter eingetragen! Will man zu einem ungefähren Ergebnis über die Zahl der in der Konfektion thätigen Personen kommen, so muß man in der amtlichen Statistik noch andere Berufsarten der Gruppe Bekleidung und Reinigung heranziehen. Unter Näherinnen werden aufgeführt 306 420; unter Schneider und Schneiderinnen 483 246 Personen, darunter 303 019 weibliche. Die Gesamtzahl der in den drei Berufsarten: Konfektion, Näherinnen, Schneider und Schneiderinnen aufgeführten Personen beträgt also 848 539, darunter 530 329 weibliche. Lei dem Umfang der deutschen Konfektionsindustrie darf angenommen werden, daß mindestens 500 000 Personen darin beschäftigt werden, die unter den Berufsarten Näherinnen und Schneider und Schneiderinnen gezählt sind; außerdem werden noch unter der Berufsart: Wollschankhaken, Wäscherinnen, Plätterinnen 137 033 Personen gezählt, darunter 129 789 weibliche, die theils in der Konfektion, theils in der Reinigung thätig sind. Der Begriff Konfektion ist also bei der Verarbeitung der Ergebnisse der Berufszählung vollständig verkannt, was um so mehr auffallen muß, da der Direktor des kaiserlichen statistischen Amtes, Herr von Scheel, zugleich Mitglied der Reichskommission für Arbeiter-Statistik ist und deshalb aus seinen dorthin gesammelten Erfahrungen heraus die Unrichtigkeit Zusammenstellung der in der Konfektion thätigen Personen beurtheilen müßte.

Zur Klassenwahl in Preußen. Bei der Stadtverordneten-Wahl in Breslau sind nach neuester amtlicher Aufstellung wahlberechtigt: in der 1. Klasse 468 Personen, in der 2. Klasse 2462 und in der 3. Klasse 89 285. Weitere Zehntausende aber müssen selbst auf das bürgerliche Wahlrecht der dritten Abtheilung verzichten, weil sie wohl Gemeinde-Abgaben zahlen, aber nicht in der Höhe, wie der Wahlschluß sie erfordert.

Zur Krisis in der Textilindustrie schreibt der in Langenbieten erscheinende „Proletarier“: In unserem Eulengebirge hört man ja über Arbeitslosigkeit noch nicht viel klagen, soweit es die Weber der Baumwoll- und Leinenbranche angeht. Die hiesigen Fabriken haben offenbar deshalb genügend Aufträge, weil sie bei den hier besonders niedrigen Arbeitslöhnen im Stande sind, die Konkurrenz anderer Gegenden aus dem Felde zu schlagen. Anders sieht es dagegen um die besonders im Neuroder Kreise wohnenden Weber, welche die sogenannte Berliner Arbeit, das sind Konfektionsstoffe für Damen, weben. Diese klagen schon längst über mangelnde Arbeit und Lohnabzüge. Der Rücken der Arbeiter ist nun einmal der grüne Tisch, auf welchem das Gewinn- und Verlustkonto der kapitalistischen Wirtschaft ausgeglichen wird. Für die Herren Kapitalisten giebt es, wenn hoch kommt, einige Tausend Mark weniger Reingewinn, für die Arbeiter aber sofort das Hungertuch.

Krankenversicherungswesen. Der Kreisstag des Landkreises Solingen beschloß ein Statut, das die Krankenversicherung für alle Gemeinden einheitlich regelt. Ein Antrag betreffend die Einbeziehung der Familienangehörigen landwirthschaftlicher Betriebsunternehmer in die Versicherung wurde abgelehnt, ein solcher auf Einbeziehung der Familienangehörigen gewerblicher Betriebsunternehmer hingegen angenommen.

Die Verwendung von Soldaten in der Rübenkampagne wird in einer Zuschrift aus Briesen in der Breslauer „Volkswacht“ gerügt. Obwohl es dort an beschäftigungslosen Arbeitern nicht mangelt — trotz des niedrigen Tagelohns von 1,20 M. — melden sie sich in hessen Haufen auf den Zuckerfabriken — sollen in der Zuckerfabrik des Herrn v. Ebbede eine größere Anzahl Soldaten des 51. Infanterie-Regiments beschäftigt worden sein. Der Einsender dieser Mitteilung fragt: Ist die Armee dazu da, die geringe Arbeitsgelegenheit noch zu vermindern und damit das Elend noch zu vergrößern?

Einige Bilder aus der Hamburger Konfektion brachte kürzlich die „Nachzeitung“ für Schneider. Der Verfasser des betreffenden Artikels besuchte Studien halber ca. 45 Konfektionsarbeiter und schildert nun die Eindrücke, die er daselbst bekommen hat. In einem Hinterhause der Altstadt wurde ein aus sechs Köpfen, Ehemann, Frau und 4 Kindern, bestehende Familie aufgeschuht. Die Wohnung bestand aus drei Räumen. Das Zimmer, welches zur Bekleidung diente, wurde vom Arbeitstisch, der Maschine und einem Schrank soweit ausgefüllt, daß in dem noch freibleibenden Raum zwei Personen kaum nebeneinander vorbei konnten. In dem sogenannten Wohnzimmer fand ein altes Sopha, welches gleichzeitig zum Schlafen benutzt wurde, eine Kommode, ein Tisch und ein paar Stühle; für mehr Mobilität war kein Platz vorhanden. Das dritte Zimmer hatte gar kein Fenster, war vollständig dunkel, erhielt Luft und Licht aus dem Nebenzimmer und diente zum Schlafen. Die Wohnung war so niedrig, daß ein mittelgroßer Mann mit Leichtigkeit an die Decke reichen konnte. Eine schlechte Atmosphäre in der Wohnung, und schier verpestet ist die Luft, wenn die Frau in der Bekleidung wäscht. Der Jahresverdienst des Mannes schwankt zwischen 750 und 800 M. Frau und Kinder waren abgehärtet und blutarm von Noth und Entbehrungen.

In der Springelwiese stieg der Gewährsmann zwei steile, dunkle, winkelige Treppen empor und betrat einen 3,96 Meter breiten, 3,12 Meter tiefen und 2,33 Meter hohen Raum, wo gearbeitet und geschlafen wurde. Die Familie bestand aus drei Köpfen. Der Mann saß auf dem Tisch und arbeitete, daneben lag die Frau im Bett und erwartete jeden Augenblick ihre Niederkunft. Auf Fragen bezüglich der Ernährung wurde geantwortet: Fleisch essen wir nur, wenn wir Geld dazu übrig haben, sonst gewöhnlich Brot, Kartoffeln und Gemüse.

Aus dem Arbeitsbuch einer Wittwe mit drei Kindern, die für ein Seemannsgeschäft leinene Mäntel pro Stück für 50 Pf. näht, wurde festgestellt, daß sie in 1/2 Monaten von 15. Mai bis Ende August 84 M. verdient hatte, was einen Wochenverdienst von 5,60 M. ausmacht. Unter Thränen erzählte die Arbeiterin, daß sie oft Tage lang nicht einmal einen Bissen Brot im Hause habe. Ähnliche Bilder, die nach Belieben vermehrt werden könnten, zeigte sich überall. Der Gewährsmann der „Nachzeitung“ schreibt am Schluß: Und hat sich oft beim Anblick all des Elends das Herz zusammengekrampft und unwillkürlich drängte sich und wiederholt die Frage aus: Ist es notwendig, daß die Arbeiter eines nach dem Konfektionär“ so blühenden Industriezweiges, wie der Konfektion, unter so elenden Existenzbedingungen leben und arbeiten müssen? O nein, es wäre nicht möglich, hätten die Arbeiter ihre Klassenlage, ihren eigenen Werth, den Werth ihrer Arbeitskraft begriffen, um die kapitalkräftigen Konfektionäre zu zwingen, der Arbeit den Tribut zu zahlen, welcher ihr gebührt.

Errichtung von Bädern in den Wostschischen wurde in der Hamburger Bürgerzeitung von den Herren Dr. C. F. Roth und J. J. F. Wittmann beantragt. Dr. Roth führte zur Begründung des Antrages an, daß die armen Leute ihren Kindern nicht die nötige Körperpflege zu theil werden lassen können. Die fremden Arbeiterelemente die in den letzten Jahren nach Hamburg gekommen seien, hätten die Reinlichkeitsverhältnisse unter den Hamburger Arbeitern ungünstig beeinflusst. Die vorhandenen öffentlichen Bade-Anstalten seien unzureichend. Eine Störung des Schulunterrichts durch die Schulbäder dürfe kaum zu befürchten sein. In Bremen habe man mit den Schulbädern gute Erfahrungen gemacht.

Der Antrag wurde dem Ausschuss zur Prüfung überwiesen.

Ein unter staatlicher Aufsicht stehendes Generabureau soll, der „Prov. Jtg.“ zufolge, mit der Errichtung des Fischereihafens in Oestemünde in Thätigkeit treten. Als Vorsteher desselben ist der Stenermann Wehrmann vom Fischdampfer „Red“ gewählt worden. Herr Wehrmann hat längere Zeit auf Fischdampfern gefahren und ist mit den Verhältnissen derselben daher vertraut. Er wird seinen Dienst als Generabaas gegen festes Gehalt unter Aufsicht des königl. Hafenamtes versehen und eine mäßig bemessene Gebühr nach einer vorgeschriebenen Tare dafür erheben. Die von den zu verheuernden Leuten zu zahlenden Feuergebühren sind erheblich niedriger als die sonst üblichen. Der Vorsteher darf weitere Geldgeschenke durchaus nicht annehmen. Das Generabureau steht in Verbindung mit dem Seemannsheim. Die „Bremer Bürger-Zeitung“ fürchtet deshalb, daß bei der Vergebung von Stellen, wobei die „christlichen“ Seelen zunächst berücksichtigt werden, wodurch der Heuchel Thür und Thor geöffnet würde. Man wird abwarten haben, ob diese Befürchtung eintreift. Aber durchaus recht hat unser Bruderorgan, wenn es sagt: Schaffe man in erster Linie die brutale Seemanns-Ordnung ab und setze an deren Stelle den Anforderungen der Humanität entsprechende Bestimmungen, Sorge man für eine ausreichende Bemannung der Schiffe, dann thut man einen gewaltigen Schritt vorwärts.

Arbeitszeit-Verkürzung. In der elsässischen Maschinenfabrik in Mülhausen wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß von jetzt an die Arbeit an Sonnabenden schon um 5 Uhr abends eingestellt werden soll bei Ausbezahlung des vollen Lohnes.

In Paris gibt es zur Zeit in 15 Arrondissements von 20 städtische u. n. g. l. e. k. t. r. i. s. c. h. e. A. r. b. e. i. t. s. n. a. c. h. w. e. i. s. e. Im Durchschnitt wiesen diese Bureaus im vorigen Jahre täglich 2408 Stellen nach (1891: 1928). Die Organisation dieser Arbeitsnachweise läßt aber sehr zu wünschen übrig. Beispielsweise kommt es häufig vor, daß in einem Arrondissement Stellen unbesetzt bleiben, wofür in einem anderen Arrondissement Bewerber im Ueberflusse vorhanden sind; den Arbeitsnachweisen fehlt die regulierende Zentralkasse. An Kosten verursachen sie im Durchschnitt nur je 2500 Fr. jährlich. Die Kosten werden zum Teil von der Gemeinde, zum Teil aus privaten Zuwendungen, zum Teil vom Ministerium des Innern gedeckt. Von den Personen, die seit Bestehen der Arbeitsnachweise Stellen nachgewiesen bekommen, waren 19 708 weiblichen und nur 8043 männlichen Geschlechts. Der Werth der städtischen Arbeitsnachweise beruht in ihrer Unentgeltlichkeit, denn die Privatbureaus beanspruchen für eine Vermittlung durchschnittlich 10 Franz. Vergütung.

Ein Kongreß der französischen Unternehmer-Nachbarn tagte vorletzter Woche in Paris. Die gefaßten Beschlüsse legen wieder einmal Zeugnis ab von dem verbohrt egoistischen Geist, der das französische Unternehmertum durchdringt. Selbst das ungenügende und äußerst mangelhaft durchgeführte Kinder- und Frauenschutz-Gesetz von 1892 wurde vom Kongreß als „für die Industrie schädigend“ getadelt. Die staatliche Altersversicherung wurde verworfen. Das Haftpflicht-Gesetz, an dem Kammer und Senat seit einem Dutzend Jahren herumzuführen, ohne zu einer Verständigung gelangen zu wollen, soll nach dem Recept: „Wasch mir den Pelz und mach ihn nicht naß“ gefaltet werden. Ferner sprach sich der Kongreß aus gegen jede Milderung des bestehenden Steuersystems, gegen das Alkohol-Monopol, für die Abschaffung des Zündhölchen-Monopols und gegen die Gewerbesteuer-Freiheit der Konsumgenossenschaft. Bekannter Wunsch wurde vom Senat bereits erfüllt. Die Kammer hat sich aber darüber noch nicht ausgesprochen.

Ueber verschärfte Maßnahmen gegen die Einwanderung mittellose Fremder in den Vereinigten Staaten von Amerika wird berichtet: Laut einem neuen Dekret der Einwanderungsbehörde sind mittellose Kommis, brotlose Gelehrte u. s. w. das heißt Leute, denen es an Substanzmitteln, Aussicht auf Erwerb, sowie körperlicher Kraft zur Ausübung harter Arbeit gebricht, womit sie ihre Existenz als Tagelöhner, Farmarbeiter u. c. zu fristen im Stande wären, als „Paupers“ zu betrachten und zurück zu senden, von wannen sie kommen.

Weiter müssen die über 15 Jahre alten Einwanderer des Schreibens und Lesens ihrer Muttersprache kundig sein.

Soziale Rechtspflege.

Eine für Schneider wichtige Entscheidung hat die Kammer I des Oberverwaltungsgerichts kürzlich gefaßt. Der Schneider S. hatte für das Herrengarderobengeschäft von Arnold Müller in der Weise gearbeitet, daß er sich die zugeschnittenen Stoffe mit nach Hause nahm, dort zu Hosen verarbeitete und dann die fertigen Stücke an Müller ablieferte. In der Zeit vom 5. bis zum 19. September erschien er täglich im Geschäft, an manchen Tagen sogar zweimal, ohne daß ihm Beschäftigung zu Theil wurde; der Zuschneider hatte ihn jedes Mal vertrieben und aufgefodert, am anderen Tage oder am Nachmittag wiederzukommen. Als er schließlich erfahren hatte, daß er überhaupt keine Arbeit mehr aus dem Geschäft erhalten würde, klagte er gegen Müller beim Gewerbeamt auf eine Entschädigung für jene Zeit, die man ihn, wie er sagte, „hingelegen habe“. Seine Schadensforderung wegen unzureichender Entlohnung verlangte er nicht. Im Verhandlungstermine vor der Kammer I stellte Kläger fest, daß er damals nur für Müller thätig gewesen sei. Der Beklagte machte geltend, Kläger hätte zwei Sogertricks machen können, dies habe er aber abgelehnt, weil er Maßschneider sei. Die Kammer, der Assessor Hellwig vorsah, wies S. unter folgender Begründung mit seiner Klage ab: Der Anspruch des Klägers, den er daraus stütze, daß er alle Tage vom Zuschneider nach dem Geschäft bestellt worden sei, entbehre jeder rechtlichen Unterlage. Eine Verpflichtung, ins Geschäft zu kommen, habe nicht vorgelegen, denn das Arbeitsverhältnis sei kein festes gewesen, sondern hätte jederzeit gelöst werden können. Wollte Kläger dem Munde des Zuschneiders nicht folgen, so hätte er es nicht thun brauchen. Es habe ganz in seinem Interesse gelegen, nachzusehen, ob Arbeit vorhanden sei oder nicht.

Gerichts-Beitrag.

Ausgegangen wie das Hornberger Schieken sind die Klagen des Depeschbureaus Herold gegen das Sächsisch-Korrespondenz-Bureau. Bei der ersten Verhandlung wurde der Inhaber des Sächsischen Korrespondenz-Bureaus, Treiber, zu 60 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurtheilt, worauf er Berufung und Widerlegung einreichte. Treiber beschuldigt bekanntlich das Herold-Bureau, daß es häufig Depeschen anderer Zeitungen als eigene ausgibt und auch erdichtete Depeschen fabrizirt. Vor der Strafkammer in Stuttgart als Berufungsinstanz kam nun folgender Vergleich zu Stande: 1. Der Privatkläger nimmt die Privatklage, 2. der Angeklagte die Widerklage zurück; 3. jede Partei erklärt, daß sie in ihren Angriffen, der Privatkläger hinsichtlich des Bezichts der Schreibweise, der Angeklagte bezüglich des Vorwurfs des Depeschendiebstahls und unlauteren Geschäftsbetriebs zu weit gegangen sei. 4. Jeder Theil trägt seine Kosten und an den Gerichtskosten der beiden Instanzen die Hälfte.

Eine für Radsfahrer interessante Entscheidung fällt die III. Strafkammer des Landgerichts I. Der Pianofortechamer-Fabrikant S. überfuhr an einem Augusttage mit seinem Fahrrad ein auf der Straße spielendes vierjähriges Mädchen. Dasselbe erlitt nur geringe Hautabrisse. Da S. das Fahrrad auch benutzt, um damit Geschäftswege zu erledigen, so erhob der Staatsanwalt die Anklage gegen ihn, weil angenommen wurde, daß er die Aufmerksamkeit, zu der er infolge seiner Berufstätigkeit besonders verpflichtet war, außer acht gelassen hatte. Im Termine beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 30 M. Das Gericht erkannte aber auf Einstellung des Verfahrens unter folgender Begründung: Wenn der Angeklagte auch das Fahrrad zu Geschäftszwecken benutze, so könne man ihn dadurch nicht zu einem berufsmäßigen Fahrer stampeln, ihn beispielsweise mit einem Fahrrad-Dienstmann oder einer anderen Person, zu deren Beruf das Fahren auf dem Rad gehöre, in eine Reihe stellen. Werde aber die Berufstätigkeit ausgeschlossen, so liege nur der leichtere Paragraph, betreffend fahrlässige Körperverletzung, zur Anwendung, und bei diesem Vergehen sei ein Strafantrag seitens der Verletzten, ihrer Eltern oder ihres Vormundes erforderlich. Da ein solcher nicht vorliege, habe auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden müssen. Der Staatsanwalt erklärte, den Revisionsweg betreten zu müssen, da die Frage für die Berliner Radsfahrer-Verhältnisse von großer Wichtigkeit sei.

Verfassungen.

Die Parteigenossen des ersten Berliner Wahlkreises waren am Freitag Abend in den Remihallen versammelt, um nach Erledigung der üblichen Rechenschaftsberichte den Bericht über den Parteitag entgegenzunehmen. Unter der Leitung von Bohn, Petermann und Kenkel berichtete zunächst Wittner über die stattgehabte Brandenburger Konferenz. Daraus gab Bohn seinen Bericht als Vertrauensmann, welchen

Kosten er nach Auflösung der Partei-Organisation vom 10. Dezember vorigen Jahres abbestellt. Während der Zeit seiner Thätigkeit fanden 9 Versammlungen statt. Der vorgetragene Spezialbericht Raffenberg wies eine Einnahme von 1660,88 M. auf, der eine Ausgabe von 1400,60 M. entgegengesetzt, so daß ein Bestand von 189,78 M. vorhanden ist. Nach der Bemerkung, daß Bohn die vom Kreise für den Parteitag gestellten Anträge einbringend vergaß, wurde auf Antrag der Revisoren dem Vertrauensmann Decharge ertheilt. Bohn erklärte, die Unterlassung der Einbringung sei ein Versehen seinerseits, andererseits hätten die entsendeten Delegirten die Anträge mitbekommen und für dieselben auch die nöthige Unterstützung auf dem Parteitag erhalten. Bohn wurde sodann als Vertrauensmann wiedergewählt. Ueber die Lokalfrage berichtete Kubat. Redner schilderte die Lokalverhältnisse im ersten Kreis als äußerst unglücklich. Köllig's Lokal sei durch Abriß des Gebäudes verloren gegangen. Die Haltung des Oekonomien von Kaufmann's Varietè bezeichne er als durchaus unzuverlässig; der Hauptlokal sei wohl für größere Versammlungen geeignet, doch gerade an kleinen Lokalen für Agitations-Versammlungen fehle es sehr. Wohl gäbe es deren einige, deren Besitzer die Lokalitäten unter den bekannten Bedingungen zur Verfügung stellen würden, doch die bedingte Unterschrift aus verschiedenen Rücksichten nicht leisten. Aus praktischen Gründen und im Interesse der Genossen im ersten Kreise ergehe es, die Lokale auch ohne Unterschrift zu benutzen. Zur Lokalfrage im allgemeinen meinte Redner, daß die Genossen von außerhalb den Berliner Genossen bereitwillig entgegengekommen sind. Nur werde aus einigen Kreisen zu viel verlangt. Im übrigen genüge die Resolution John vollständig und möge man den in die Lokalkommission zu wählenden Genossen anheimgeben, sich mit denselben einverstanden zu erklären. Bezüglich der Kunstinstitute kritisirte er den nicht konsequenten Standpunkt, den einige Genossen in anderen Kreisen dazu eingenommen haben. Polih findet die Diskussion über die Lokalfrage auf der Konferenz sehr mangelhaft und lehnt es ab, die Kunstinstitute wie Kroll und Philharmonie zu sperren. Stabernack widerspricht dem Vorschlag, einige kleine Lokale ohne Unterschrift zu benutzen, da diese gegenwärtig dem Drucke der Verhältnisse wohl nachgeben, aber in der Wahlzeit ihr wörtliches Versprechen nicht innehalten würden. Kroll und Philharmonie dagegen seien Lokale, die als Versammlungsorte für den 1. Kreis gänzlich ungeeignet, daher als Kunstinstitute freizugeben seien. Timm ist ebenfalls bezüglich der Kunstinstitute mit Kubat nicht einverstanden; er siehe auf dem Standpunkt, nur das Beste ist für den Arbeiter gut genug. Ohne unsere Taktik zu ändern und ohne uns prinzipiell auch nur das geringste zu vergeben, seien für jeden einzelnen, der Sinn für Kunst habe und dem es seine Mittel geblieben, die Kunstinstitute freizugeben; im übrigen befürworte er auch die Resolution John. Kubat tritt noch einmal für Benutzung einiger kleinen Lokale ein. Wittner befürchtet, nach den Anregungen Timm's würden wir nächsten keine Lokale mehr haben. Kenkel erklärt sich ebenfalls für Freigabe der Kunstinstitute. Helgentreff hält die Resolution John für die Genossen des ersten Kreises für nicht annehmbar. Schließlich wird einem Antrage Timm's stattgegeben, vor der nächsten Lokalkonferenz in einer Parteiverammlung die diesbezüglichen noch schwebenden Fragen vorerst zu regeln. In die Lokalkommission wurden Kubat und Kenkel gewählt. Beim Bericht der Preschkommission erklärte Sonta, daß er wenig zu berichten habe. Vor der Auflösung sei außer einigen anderen Kleinigkeiten der Fall Rogge zu erledigen gewesen. Nach der Auflösung waren die Quard-Angelegenheiten zu regeln, hierbei hätten sich die Genossen der Preschkommission konsequent auf seinen der Redakteure gestellt. Bezüglich des Annoncenwesens sei er der Meinung, daß wir das Geld hernehmen sollten wo wir es bekommen. Die Hauptsache sei, daß es ehrlich erworben; nur recht viel müßte es sein, denn wir können es für unsere Zwecke gebrauchen. Außerdem würde im „Vorwärts“ eine Sichtung der Annoncen vorgenommen und finden Wörtern und Lotterien keine Aufnahme, wodurch eine nicht unbedeutende Einnahme verloren geht. Betonen müsse er noch, daß er und Timm sich im steten Einverständnis bei den einzelnen Fragen befinden hätten. Polih fragt, wie sich die Genossen zu der Person Timm's stellen, da aus den Reihen der Genossen im sechsten, fünften und dritten Kreis Andeutungen gefallen sind, als ob Timm eine eigenhümliche Stellung in der Preschkommission einnehme, weil er und seine Frau am „Vorwärts“ gelegentlich mitarbeiten. Hierzu erklärt Timm, er habe es stets als seine erste Parteipflicht gehalten, den Wünschen der Genossen des ersten Kreises voll und ganz nach jeder Richtung hin Rechnung zu tragen, er müsse annehmen, daß diese Nachrede von einem ehemaligen Verleumdungsbüchse aus dem dritten Kreis in Umlauf gesetzt worden. Sonta behauptet, Timm habe stets seine Pflicht gethan, er empfehle ihn zur Wiederwahl in die Preschkommission. Helgentreff erklärt, König sei mit demselben Ansehen an ihn herangetreten, wie es Polih hier angeregt habe. Die Wahl ergab, daß Timm und Sonta gegen 1 Stimme wieder in die Preschkommission entsandt wurden. In die Brandenburger Agitationskommission wurde Schuster gewählt und Sommer, Wallhauer und Woldt zu Revisoren ernannt. Nimmich berichtete Timm über den Gothaer Parteitag. Nach kurzer Resäpulation über die Debatte bezüglich der Agitation kam Redner zur Presse und der damit verbundenen Kunstdebatte. Diese sei nach vielen Richtungen hin interessant und lehrreich gewesen. Heute gebe es kein Gebiet mehr, auf dem nicht Umwälzungen zu verspüren seien; dies zeige sich auch deutlich in der Kunst. Der Drang nach Wahren gebar die moderne Kunst, diese Regungen dem Volke zur Anschauung zu bringen, sei das Prinzip Steiger's gewesen. Die gute Vertheidigungsrede Steiger's und dessen Erklärung, sich den Wünschen der Parteigenossen anpassen zu wollen, ließen den Schlag zu, daß die „Neue Welt“ ihre Leser künftig zufriedener werden. Ferner habe der „Vorwärts“ eine eingehende Kritik erfahren, die durchaus berechtigt gewesen sei. Der „Vorwärts“ leide daran, daß der Genosse Liebkecht durch Zuanfpruchnahme anderer Parteiarbeiter vielfach abwesend sein müßte, und nicht, wie es notwendig sei, Muske behalte, eine täglich erscheinende Zeitung zu redigiren. Das dies zur Sprache gekommen, sei durchaus kein Fehler. Zu bedauern sei allerdings, daß dabei über die Schür gehauen wurde, wie es von Schmidt-Magdeburg geschah. Bei einem Theil der gerügten Vorkommnisse spreche auch der Umstand mit, daß zur Zeit des Parlaments einige der im „Vorwärts“ beschäftigten Parteigenossen aus ihrer Thätigkeit herausgerissen würden, und die Zurückbleibenden dann für die Arbeit nicht ausreichen. Arbeiterfrage sei ein Punkt, der auf dem Parteitag immer wiederkehren werde. Die Kultur-Vadenschlußfrage habe keine Begeisterung hervorgerufen, weil die Reichskommission für Arbeiterkassentil nicht weit genug in ihren Vorschlägen gegangen sei. Allgemeine Spannung herrschte, als Legien zu den Quard'schen Vorschlägen das Wort nahm, da die Generalkommission noch vor einigen Jahren auf einem ähnlichen Standpunkt stand, wie heute Quard. Nebenbei sei es, wenn Legien meine, die Gewerkschaften müßten unbedingt Sozialpolitik treiben, diese dränge aber nicht Parteipolitik zu sein. Im wirtschaftlichen Kampfe gelte es, alle Kräfte zusammenzufassen, ohne nach dem politischen Glaubensbekenntnis des einzelnen zu fragen. Die Sozialpolitik sei ja nicht Eigenthum der sozialdemokratischen Partei. Sozialpolitik könne man treiben, ohne Sozialdemokrat zu sein, und ein paar Sätze weiter behauptet Legien, die Sozialdemokratie treibe am konsequentesten Sozialpolitik, alle anderen Parteien jedoch nur nach dem Grundsatz, wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß. Da Legien der letzte Redner gewesen sei, konnte eine weitere Debatte bedauerlicherweise nicht stattfinden. Das ferner das Proportionalwahlsystem von der Tagesordnung abgesetzt worden, sei nicht zum Schaden des Parteitages gewesen. Im allgemeinen seien Verlauf und Resultate des Parteitages all-

gemein befriedigend gewesen und läße dieser einen neuen Marktstein in der Geschichte der Sozialdemokratie. Polih erklärte, er sei zu der Ansicht gelangt, daß der „Neuen Welt“ Debatte persönliche Zwistigkeiten zu Grunde liegen. Wegen Liebkecht, der sich sein Leben lang als bester, tüchtiger Parteigenosse erwiesen habe, sei man entschieden zu weit gegangen. Was Quard anbetrifft, so sei der Ton, in dem Schmidt die Kritik übte, nicht zu billigen. Weitere Wortmeldungen fanden nicht statt, und die Genossen gaben zum Schluß einstimmig in einer Resolution die Erklärung ab, daß sie die Haltung ihrer Delegirten auf dem Parteitag vollständig billigen und sich verpflichten, im Sinne der dort gefaßten Beschlüsse weiter zu arbeiten.

Der Verband der Vergolder nahm in seiner Versammlung am 19. Oktober den Kassenbericht vom dritten Quartal entgegen. Danach betrug die Einnahme 1241,89 M., die Ausgabe 180 M.; an die Hauptkasse wurden 107,91 M. abgeliefert, so daß in der Filiale 618,92 M. verbleiben. Hierauf sprach das Mitglied Höpfer über den Arbeitsnachweis der Organisation. Nach einer regen Debatte wurde beschlossen, sowohl im „Vorwärts“ wie in der „Volks-Zeitung“ den Arbeitsnachweis zu annonciren.

Die freie Vereinigung selbständiger Barbier, Friseur und Perrückenmacher nahm in ihrer Sitzung am 22. Oktober den Vierteljahresbericht entgegen. Der Kassenbericht weist an Einnahmen 106,87 M. und an Ausgaben 72 M. auf. Nach einem Bericht des Lehrers der Fachschule gelangten einige interne Angelegenheiten zur Erledigung.

Die Bezirksgruppe „Provinz Brandenburg“ des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Orts-Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands hielt am 23. d. M. eine Versammlung ab. Julius Cohn erstattete Bericht vom Verbandstage in Köln. Derselbe theilte mit, daß der Verbandstag wohl zu der Ansicht gekommen sei, nicht darauf zu warten, daß den Kassenbeamten von Regierungen wegen Geholten werde und insolge dessen beschlossen habe, auf dem Wege der Selbsthilfe vorzugehen. Der Beitrag sei auf 6 Mark pro Jahr erhöht worden und erhalten die Mitglieder an Unterstufungen: Im Falle der Erkrankung 18 Wochen Krankengeld in Höhe von 6 Mark pro Woche, ein Sterbegeld von 30 Mark und während der Stellenlosigkeit eine Unterstufung von 30 Mark pro Monat für drei Monate. Wenn auch durch diese kleinen Unterstufungen den Kollegen nicht wesentlich geholfen werden könne, so seien dieselben doch als erster Schritt zum Ausbau von Unterstufungsklassen zu begründen. Weit wichtiger als diese Unterstufungen hält Redner die Verbesserung der materiellen Lage der Kassenbeamten; er hat auf dem Verbandstage unter Protest gegen das Petitionentreuen an die Regierungen den Antrag gestellt, eine Kommission zu wählen, die sich mit der Regelung der Engagementsverhältnisse der Kassenbeamten beschäftige. Er sei jedoch mit seinem Antrage nicht durchgekommen.

In der lebhaften Diskussion, an der sich Bader, Donat, Alb. Kohn, Riederauer und Herzoff beteiligten, wurde der Standpunkt des Referenten in allen Punkten bekräftigt und einstimmig eine Resolution angenommen, in der sich die Bezirksgruppe der Provinz Brandenburg gegen das Petitionentreuen an die Regierungen und für Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Engagementsverhältnisse ihrer Kollegen ausspricht. Es wurde ferner beschlossen, für die Provinz Brandenburg eine solche Kommission zu wählen. Dieselbe soll auf 1 Jahr aus Bader, J. Cohn, Donat, Herzoff und Riederauer bestehen. Außer der Befreiung von jährlichen Mitgliedsbeiträgen in hiesigen Ortskrankenkassen soll die Kommission bei Streitigkeiten zwischen den Vorständen der Krankenkassen und den Angehörigen der Interessen der Kollegen vertreten. Ein Antrag, einen Delegirten zur Gewerkschaftskommission zu wählen, wurde einer öffentlichen Versammlung überlassen. — Der neu-gewählte Vorstand der Bezirksgruppe besteht aus Bader, Donat, Alb. Kohn und Schwaner.

Die Plaz-Deputirten der Berliner Zimmerer beschäftigten sich am 26. Oktober mit den Plazsperrern. Nach den Ausführungen des Vertrauensmannes Fischer haben diese Maßregeln in der letzten Zeit vielfach den Zweck nicht erreicht, deshalb dürfe mit den Sperrern nicht leichthin umgegangen werden. Bei der augenblicklichen großen Arbeitslosigkeit versuche ein Theil der Unternehmer wieder unter dem Minimallohn zu zahlen, mithin sei auf den einzelnen Plaz taktisches und kluges Vorgehen nöthig. Redner ist der Ansicht, daß es nicht angebracht erscheine, die Sperrre mit einem Male über sämtliche Geschäfte zu verhängen, sondern man müsse warten, bis Kollegen vorhanden wären, die ernstlich gewillt sind, die Sperrre durchzuführen. In der Diskussion wurde diese Ansicht von den meisten Rednern bekräftigt. Obi sowohl wie Lehmann behaupten, daß durch nichts die Garantie geboten werde, daß eine Aenderung der bisherigen Taktik einen Erfolg verspreche, eher könne dadurch ein Rückschlag eintreten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Lohnkommission abgelehnt und sind somit sämtliche Arbeitsstellen zu meiden, wo nicht der Stundenlohn von 55 Pf. gezahlt wird.

Die Stovkarbeiter hielten am 26. Oktober in Keller's Hof eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Mücke in einem recht interessanten Vortrag über „Der Kampf um's Dasein!“ Wodurch entspann sich eine rege Debatte über die Frage: Wollen wir unsere Beiträge erhöhen? Von seiten der Antragsteller wurde beantragt, an Stelle des jetzigen Monatsbeitrages von 25 Pf. einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. einzuführen. Die Berichte über die Stimmung in den einzelnen Werkstätten deuteten darauf hin, daß gegen eine Erhöhung der Beiträge vielfach Einwendungen erhoben werden, da man allgemein der Ansicht ist, mit diesem Schritt ein gut Theil Mitglieder zu verlieren und die Heranziehung indifferenter Kollegen größere Schwierigkeiten bereite. Es wurde deshalb der Antrag auf Erhöhung der Beiträge abgelehnt, dagegen soll für einen Streifonds gesammelt werden. Unter Werkstatteangelegenheiten wurde von mehreren Mitgliedern, die bei Innungsmeistern arbeiten, auf die erbärmlichen Zustände in den Innungs-Krankenkassen hingewiesen und allseitig gewünscht, daß in der nächsten öffentlichen Versammlung am 9. November ein tüchtiger, sachkundiger Referent diesen Punkt behandeln möge.

Der Textilarbeiter-Verband (Polamentiere) hatte am 27. Oktober eine Versammlung einberufen, in der nach einer interessanten Debatte über das Lehrlingswesen die Abrechnung vom letzten Quartal entgegen genommen wurde. Die Einnahme inkl. Bestand betrug 208,90 M., die Ausgabe 71,67 M. Von dem Ueberschuß sind 86,84 M. an die Hauptkasse gesendet; bleibt Bestand 50,89 M. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung am 18. November stattfindet.

Der Allgemeine deutsche Tapezireerverein hielt am 28. Oktober seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ging hervor, daß der Verein im letzten Vierteljahr ein erfreuliches Wachsthum zeigt. Den Bericht des Kassiers giebt Ostoyf und ist danach eine Einnahme von 176,90 M. zu verzeichnen; $\frac{2}{3}$ erhält der Hauptvorstand, sodas für die örtliche Verwaltung 58,98 M. verbleiben. Der Mitgliederbestand beträgt 228. Rebert giebt bekannt, daß unter den 228 Mitgliedern sich 42 Restanten befinden und wird ein Antrag derselben angenommen, die säumigen Mitglieder nochmals an ihre Pflichten zu erinnern, widrigenfalls sie nach § 8a und b des Statuts ausgeschlossen werden. Die Einnahme des Reservesfonds beträgt mit einem Bestand von 12,55 M., 176,49 M., die Ausgabe 79,30 M. Auf Listen sind für die Familie eines inhaftierten Kollegen 114,26 M. gesammelt worden, die Ausgabe beträgt 71,45 M. und ist, da eine Kostenrechnung noch einlaufen kann, der Ueberschuß von 42,81 M. vorläufig dem Reservesfonds überwiesen. Der Sander'sche Antrag, das ganze Jahr hindurch Reise-Unterstützung auszugeben, wird einstimmig angenommen.

Neues Waarenhaus MAX SIMON.

Nahartikel.
Puz und Besatz.
Wollwaaren.
Weißwaaren.
Kravatten.
Wäsche.
Korsetts etc.

Die Eröffnung der Verkaufsräume

findet am

Mittwoch, 4. November,
nachmittags 5 Uhr, statt.

Centrale
in
Frankfurt a. M.
Etablissements
in vielen
Städten Deutschlands.

Rosenthalerstrasse 49.

49 Rosenthalerstrasse.

Hackescher Markt 4 **J. Brünn** Am Stadtbahnhof
(Ecke Neue Promenade) **Börse.**

Ältere zurückgesetzte Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen! Steppdecken!

Fertige Wäsche! Feinwaaren!

gelangen nunmehr zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf.

4. Münzstraße 4.

Wegen Abriss des Hauses **Räumung**
meines Detail- und Engros-Lagers in

Schuhwaaren

in erdenklichsten Sorten zu unerreicht billigen Preisen.

Damen-Zugstiefel eleganter Schnitt, gute Passform 2,90 Mk.
in allen Größen . . . Paar
Damen-Knopfstiefel ausgenähte Knopflöcher, 3,75 Mk.
ausfortirt . . . Paar
Damen-Lederhauschuhe warm gefüttert . Paar 1,90 Mk.
Damen-Steppschuhe warm, mit richtigem halben 1,75 Mk.
Absatz . . . Paar
Damen-Knopfstiefel ausgenähte Knopflöcher, Leder- 5,25 Mk.
lappe, Lederbrandsohle, streng
reell . . . Paar

Herrn-Hohlederzugstiefel genagelt oder genäht, 3,90 Mk.
ausfortirt . . . Paar
Herrn-Schürschuhe genagelt oder genäht Paar 3,50 Mk.
Herrn-Bejagstiefel genagelt mit Knopferzierung 4,00 Mk.
Paar
Herrn-Zugstiefel genagelt oder genäht, Leder- 5,00 Mk.
lappe, Lederbrandsohle Paar
Elegante Herrn-Bejagstiefel, Wiener Arbeit, 6,00 Mk.
genagelt Paar

Zu ebenso billigen Preisen ist mein großes

Winterlager

herabgesetzt.

L. Wachsner, Schuhwaaren en gros

4. Münzstraße 4.

Johannisbeerwein

weiss u. roth, Stachelbeer-, Heidelbeer-
wein à Flasche (5/6 Liter) 75 Pf. Ananas-,
Pflirsich-, Erdbeerwein à Flasche 50 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Berlin SW. 61., Belle-Allianceplatz 6a.
Neue Friedrichstraße 37, Oranienstrasse 190,
Genthinstr. 20, Grüner Weg 76,
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstrasse 48.

Beachtenswerth für Schneider!
Sonnabend: Resterverkauf.

Anzug- u. Paletotsstoffe.

Brenner & Co.
Alte Jakobstrasse 57/59.

Möbel-Verkauf

des Möbelspeichers Rosenthaler Strasse 13.
Wegen beschleunigter Vergrößerung meiner
Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waarenlager
zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum Um-
zuge und für Brautleute ist somit die einzig
reelle Gelegenheit gegeben, Ausstattungen,
sowie einzelne Stücke gediegen und billig ein-
zukaufen. Man lasse sich nicht durch unumgängliche
Anpreisungen blenden, sondern beschlicge sich
die Möbel, welche man kaufen will, genau und
vergleiche dieselben mit vielen nur gediegenen
Möbeln und anerkannt billigen Preisen. Ver-
kaufe ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke
ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-
händler. Auch größtes Lager gediegener und
verliehen gewesener Möbel zu wahrhaftigen
Spottpreisen: Kleiderstühle 18 Mark, Ruhbaum-
Kleiderstühle 20, Waschtisch-Kleiderstühle 22
Ruhbaum, Sopha 16, Bettstühle mit Sprung-
Federmatratze und Rollen 15, Spiegel 9,
Stühle 2, Ruhbaumtrümmen mit Stuhl 40,
Glühbirnen 20, neue, hochfeine Klavier-
Kantatur 100 Mark, Kochfein Ruhbaum-
und Mahagoni-Möbel Spottpreise. Auch gebe ich
Einrichtungen auf Verleihung. Kein Ab-
zahlungspflicht. Eigene Lagerwerkstätten,
vier große Möbelspeicher. Gefasste Möbel
können sofort auf meinen Lagerplätzen
3 Monate stehen bleiben und werden dann
durch eigene Gespanne sauber transportirt und
aufgestellt, auch noch außerhalb.

6 Pfund Brot für 50 Pf.
liefert
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8. Langestr. 26.
Falkensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.
Strickwoll-Heiser, Zephyr, Hochwolle
zu Partierpreis. Holymarktstr. 60, S. 1. 12r.

Sophastoffe
auch Reste
in Kipp, Damast, Crèpe,
Phantastie, Gobelins und
Plüsch Spottpreise!
Proben franks!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.

Läuferstoffe
Emil Lefèvre, Oranienstrasse
158.

Streng reelle Bedienung.

M. Schulmeister

Schneidermeister, 57948*

Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,

empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende
Spezialartikel:

Hohenzollern-Mäntel mit einer 25 an.
weiten Pellerine in schwarz, grau, blau und mod. von M.
aus Estimo-Stoffen, Floconné- u. Mouffe-
Stoffen, schwarz, 18-45
gefüttert . . . von M.

Winter-Paletots in gebieg. wollenen Zwirnstoffen, 16-24
1. u. 2reihig
in glatten Diagonal-, Kamm-
garn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 20-35
1. u. 2reihig
modernster Farben in Satin- u.
englischen Cheviot-Stoffen, eleg. 22-36
Ausführung . . .

Jaquet-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz, Kamm- 25-38
u. Satin-Stoffen, moderner Façons
Jaquet-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt- 30-42
Façons . . .

Jaquet-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und 30-45
Kammgarn-Stoffen, 2reihig . . .

Kod-Anzüge Sport- u. Radfahrer-Anzüge. Loden-Mäntel von 9 M. an.
Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. 5-10
Farben, Kammgarn und Cheviot . . . von M.

Knabenpaletots, Knabenanzüge, Kleidsam. Façons in ge. Auswahl.
in Cheviot, Belour- und dauerhaftem Zwirn-
Stoffen, 1. und 2reihig . . . von 5 M an.

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen
Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung
gut und billig ausgeführt.

Schulanzüge

Sport- u. Radfahrer-Anzüge. Loden-Mäntel von 9 M. an.

Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. 5-10
Farben, Kammgarn und Cheviot . . . von M.

Knabenpaletots, Knabenanzüge, Kleidsam. Façons in ge. Auswahl.
in Cheviot, Belour- und dauerhaftem Zwirn-
Stoffen, 1. und 2reihig . . . von 5 M an.

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen
Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung
gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

Stempelfabrik von
Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142,
liefert schnell u. billig
alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.

Müneh's
Heiz-Apparate
3,50 Mk.

unentbehrlich für
jeden Haushalt.
Man achte auf
die Patent-Nr.
39 427,
da Nachahmung,
nicht genügend heizen.
Zu haben in allen Eisengeschäften.
Intensiv-Ofen gut u. schnell heizend.
A. Münch, Brunnenstr. 82.

M. Krüger's
Speise-Teinöl
in das anerkannt beste. Zu haben in
allen Kolonialwaaren- und Vorloft-
Geschäften. Fabrik-Lager: Berlin,
Skaliherstr. 105.

Rohrtabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise.
Sämmtliche Fabrikations-Unterarten.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.
Betten, spottbillig, Neanderstrasse 6.
Pfundleibe.

Kranzbinderet und
Blumenhandlung 57998*

Robert Meyer,
Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2,
Blümenstränge, Girlanden, Ball-
sträußen, Bouquets u. s. w. werden sehr
geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Kunstl. Färbere.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
Zahlung pr. Woche 1 Mk.

Stranzfedern, Blumen
besondere Spezialität, zu Engrospreisen
d. h. die Hälfte billiger als anderswo.
Phantastiefedern, Tuttblumen, sowie hoch-
garnirte Köpfe etc. B. Lentze, Ne u -
S 111 am Wasser 25, 1 Tr., eben-
dortselbst Wäschebrenn 25 Pf. Krause-
federn 10 Pf.

Cohn's Hosenfabrik
und Kosterhandlung
befindet sich nicht mehr Pallisadenstr. 7
sondern nur 5928L*
Pallisadenstr. 3.
Für 12 Mark

Stoff zu einem Herren-Anzug. Für
15 Mark ff. Kammgarn oder Cheviot.
ff. Winter-Paletotsstoffe. Reste. Tuch-
Lager Hoher Steinweg No. 4.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig.
1 Stück Lanolinseife und ein reines
Handtuch liefern ich f. 10 Pf. Woche.
Handtuch-Vorleih-Institut L. Pignor,
1222* Neue Königsstr. 17.
Fernsprech-Num VII. Nr. 2087.

Regulatoren, Remontoir-Uhren,
Granatschmuck, spottbillig, Neander-
strasse 6. Pfandleibe.

Färberei und chemische Waschanstalt für Herren und
Damen-Garderobe empf. allen Bekannten **W. Neumann,**
NO., Gollnowstr. 25 u. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 132.

Tippenriller
fordert nur
in allen
Auschanflokaten
Berlins.

Ein großer Posten
Betten, Bettstellen und Matratzen
ist auch einzeln Spottpreise zu verkaufen.
Verkaufszeit 9-1 vormittags [2248*]
Berlin, Rosenthalerstr. 37, Hof geradezu.

B. Günzel, Lothringerstraße 52. Spezialität: Porträts
sozialistischer Führer,
Saffale, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Bälgen,
Silbern u. dergl., sowie jede Drechlerwaare u. Repar. (Man verl. Preisstaurant.)
Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtöden 1 M.
Piomb. 1,50. Theilzahlg. Rep. sof. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6 Uhr.

Möbel-Magazin
Berlin NW., Bremerstrasse 67.

Otto & Slotawa, Tischlermeister.
2. Geschäft: Gotzkowskystr. 3. (68008*)
Sarg-Magazin
und Beerdigungs-Comtoir.